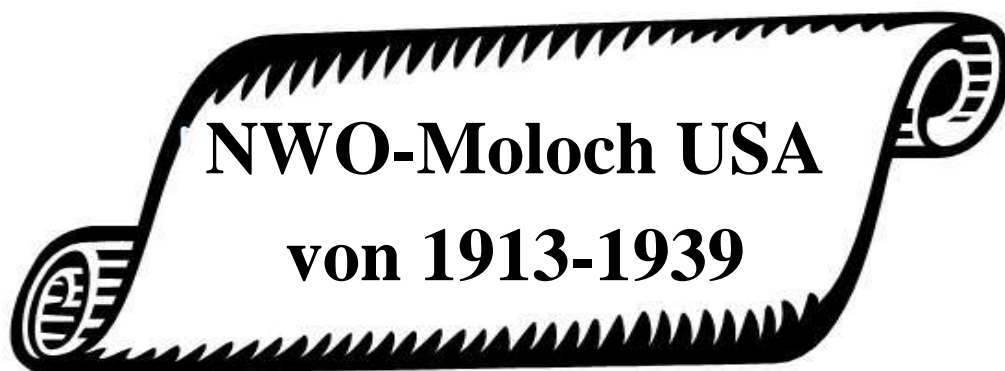


Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
von 1913-1939**

NWO-Sonderheft Nr. 19



Die Neue Weltordnung der USA von 1913-1939

NWO-Sonderheft Nr. 19

NWO-Moloch USA von 1913-1939

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1913-1939	2-93
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	94-96

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1913-1939

Wir sind berufen, einen Wall gegen Ignoranz und Barbarei zu bilden. Das alte Europa wird sich auf unsere Schultern stützen, um, gefesselt an Pfaffen und Könige, so gut es kann, neben uns her zu humpeln.

Thomas Jefferson (1743-1826, 3. Präsident der USA)

Das Federal Reserve System

Am 23. Dezember 1913 setzte US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft. Der Freimaurer Thomas Woodrow Wilson leitete damit die ersten wesentlichen Schritte zur Durchsetzung der "Neuen Weltordnung" ein.

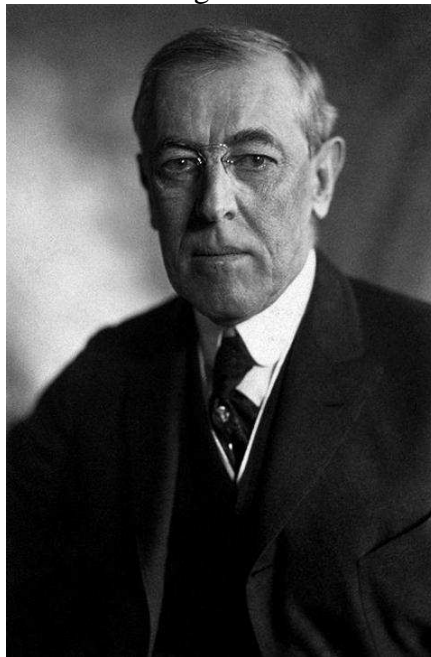


Abb. 51 (x132/1.371): Woodrow Wilson, der 28. Präsident der Vereinigten Staaten.

Der US-Historiker Carroll Quigley (1910-1977) schrieb in seinem Buch "Tragödie und Hoffnung" über die verborgenen Machenschaften und Ziele der geheimen Machtelite (x337/114):
>>Die Befugnisse des Finanzkapitalismus hatten (ein) weitreichendes Ziel und zwar kein geringeres als die Schaffung eines Weltsystems der Finanzkontrolle in privaten Händen mit der Fähigkeit, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise gemeinsam von den Zentralbanken der Welt in geheimen Absprachen, die in zahlreichen privaten Treffen und Konferenzen ausgehandelt werden, geführt werden.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über das US-Federal Reserve System (x364/61-65): >>... **Der Coup der Coups**

Die Struktur der von den Tycoons der Großbanken und des big business geschaffenen Finanzkontrollen war unerhört komplex; ein Unternehmen beruhte auf dem anderen, beide waren wiederum mit halbunabhängigen Partnern verbunden, das ganze überragt von zwei Türmen wirtschaftlicher und politischer Macht, deren einer der in New York - von J. P. Morgan und deren anderer - in Ohio - von der Rockefeller-Familie geleitet wurde. Als diese beiden Gruppen schließlich zusammenarbeiteten, waren sie in der Lage, die Wirtschaft des Landes zum Teil zu beeinflussen und das politische Leben - zumindest auf Bundesebene - fast ausschließlich zu kontrollieren."

Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die amerikanische Wirtschaft derart dynamisch gewachsen, daß die internationalen Bankiers große Mühe hatten, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Ihre Macht und ihre Autorität wurden in Frage gestellt. Ein Weg mußte gefunden werden, um sicherzustellen, daß sie ihrer Macht nie verlustig gehen könnten. Sie beschlossen, daß "der Weg" die Gründung einer Zentralbank war, die sie selbst besitzen und leiten würden.

Es darf nicht vergessen werden, daß die internationalen Bankierfamilien seit mehr als zweihundert Jahren Europa beherrschten, nachdem es ihnen gelungen war die "Bank von England" und andere Zentralbanken in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz zu begründen. Seit dem "Coup der Coups" von 1815, als sie für einen lächerlich geringen Betrag die Kontrolle über England erkaufte, beherrschten die Rothschilds das Bankwesen.

Alle ihre Bemühungen, auch den Vereinigten Staaten eine Zentralbank aufzuhalsen, waren fehlgeschlagen. Die US-Verfassung verlieh allein dem Kongreß die Autorität, "Geld zu prägen und seinen Wert zu bestimmen".

Die künstlich hervorgerufene "Panik von 1907" diente als "Beispiel" für die Unumgänglichkeit einer amerikanischen Zentralbank. Eine riesige Propagandakampagne sollte den Amerikanern diese Idee nahebringen.

Einige der führenden amerikanischen Bankiers schienen gegen diesen Plan zu sein, aber das war nur eine List. William McAdoo, Außenminister und Schwiegersohn Präsident Wilsons, sprach mit den "Gegnern" einer Zentralbank:

"Diese Gespräche mit Bankiers führten mich zu einer interessanten Schlußfolgerung. Nach und nach lichtetete sich der Nebel der Widersprüche, und es wurde mir klar, daß die Finanzwelt durchaus nicht so sehr gegen den Gesetzentwurf war, wie es den Anschein hatte."

Das Federal Reserve System (eine Zentralbank) entstand mit der Verabschiedung des Bundesrücklagengesetzes (Federal Reserve Act) durch das Repräsentantenhaus und den Senat Ende Dezember 1913. Mit diesem Gesetz erhielten die Bankiers das Privileg zugesprochen, Geld ohne Gegenwert zu schaffen und es der amerikanischen Regierung gegen Zinsen zu leihen.

Der Weg für die Plünderung der amerikanischen Nation durch die internationalen Banker war frei.

Es spielt keine Rolle mehr, wer die Gesetze macht

Etwa in dieser Zeit betrat der geheimnisvolle "Colonel" Edward Mandell House die politische

Szenerie. Er war ein Agent der Internationalisten. Präsident Wilson sagte von ihm: "Mr. House ist mein zweites Ich. Er ist mein unabhängiges Selbst.

Seine und meine Gedanken sind eins. Wäre ich an seiner Stelle, würde ich so handeln, wie er sagt."

Im Herbst 1912, unmittelbar nach Wilsons erstem Wahlsieg, erschien anonym ein Buch mit dem Titel "Philip Dru - Administrator". Colonel House war der Autor.

In diesem Buch erläuterte House Pläne für eine Zentralbank, Einkommensteuer (beides Programmpunkte des Kommunistischen Manifests) und für einen "Sozialismus, wie er von Karl Marx erträumt wurde". Es steht außer Frage, daß "Sozialismus" und "Kommunismus" die Begriffe sind, die von den Illuminaten verwendet werden, um den entscheidenden Schritt zu tun zur Eroberung der Welt.

In den vergangenen Jahrhunderten hatten die internationalen Bankiers riesige Vermögen zusammengerafft, indem sie die Kriege der verschiedenen Nationen gegeneinander finanzierten. Es ist geschichtlich erwiesen, daß diese Nationen aufgrund ihrer Kriegsschulden bei den Bankiers geplündert, ausgeraubt und ausgeblutet wurden. Nur eine Gruppe gewann jeden Krieg: die Großbankiers.

"Geben Sie mir die Kontrolle über das Geld, und es spielt keine Rolle, wer die Gesetze macht", sagte Mayer Amschel Rothschild. Mit der etwa gleichzeitigen Einführung des Federal Reserve Systems und der Einkommensteuer war der Weg frei. Das Konto jedes Amerikaners und die riesigen Bodenschätze der Vereinigten Staaten waren von nun an manipulierbar im Rahmen der letzten Schritte zur Erreichung des teuflischen Ziels.

Viele amerikanische Patrioten erkannten die ernstesten Gefahren der neuen Regelung. Der konservative Henry Cabot Lodge Sen. sagte, sie ermögliche den Bankiers, "den Goldwert in nicht einlösbarem Papiergeld zu ertränken". Charles A. Lindbergh Sen., der Vater des berühmten Fliegers, sagte: "Die unsichtbare Regierung der Finanzmacht wird eine Inflation erzeugen, wann immer den Konzernen eine Inflation gelegen kommt."

Aber anscheinend wollte niemand hören. Die Richtigkeit dieser Warnungen wird durch die Tatsache erhärtet, daß die nationalen Schulden der USA zum Zeitpunkt der Begründung des Federal Reserve Systems eine Milliarde Dollar betrug.

Heute steht die Verschuldung bei 1.060.237.928.516 US-Dollar.

Krieg bringt Zinsen

Was als nächstes geschah, ist eine Demonstration der zunächst betrügerischen Taktiken der Verschwörer und ihrer völligen Verachtung des amerikanischen Volkes. Während Woodrow Wilson für seine Wiederwahl mit dem Slogan warb: "Er hielt uns den Krieg vom Leib", war sein alter ego "Colonel" House damit beschäftigt, hinter den Kulissen Vereinbarungen mit England zu treffen, die Amerikas Kriegseintritt sicherten.

Sobald Wilson wiedergewählt war, legten die Insider eine andere Platte auf und begannen, die Idee zu verbreiten, daß der Krieg unvermeidlich sei. Die Versenkung des britischen Munitionsschiffes "Lusitania" wurde hervorgeholt und - ebenso wie der U-Boot-Krieg - zu einer entscheidenden Frage erhoben.

In seinem explosiven Bestseller "The Lusitania" beweist Colin Simpson auf der Grundlage britischer Regierungsunterlagen, daß das berühmte Schiff bereits in der Anfangsphase des Krieges in ein Munitionsschiff umgerüstet wurde, obwohl man das zu jener Zeit und auch noch viele Jahre später heftig verneinte. Bevor die Lusitania New York am 1. Mai 1915 mit einer großen Ladung hochexplosiven Sprengstoffs an Bord verließ, warnten die deutschen Vertreter in den Vereinigten Staaten potentielle Passagiere immer wieder vor der Gefahr, in die sie sich bringen würden, wenn sie die Reise mitmachten.

Als die Passagiere an Bord gingen, wurden die Warnungen mündlich wiederholt. Sechs Tage später wurde die "schwimmende Bombe" von einem deutschen U-Boot-Torpedo getroffen.

Sie sank innerhalb von 20 Minuten. 1.201 Menschen, darunter viele Amerikaner, kamen ums Leben. Die Anwesenheit amerikanischer Staatsbürger auf einem britischen Kriegsschiff war selbstverständlich illegal. Jeder, der die Reise antrat, wußte, welches Risiko er auf sich nahm. In der darauffolgenden Propagandawelle wurden die Deutschen als mörderische Ungeheuer dargestellt, und das Ereignis wurde benutzt, um Amerika in den Krieg hineinzuziehen, den die Insider scheinheilig als den Krieg bezeichneten, "der allen Kriegen ein Ende machen" würde. Amerika erklärte ihn am 6. April 1917.

Er stellte sich für die Bankiers und ihre Freunde als wahre Goldgrube heraus. Die Kriegskosten zwangen die Regierung, von den Bankiers gegen hohe Zinsen Geld zu borgen. Männer wie Bernard Baruch und Eugene Meyer verdienten als Leiter von Schlüsselprojekten Unsummen. Am 8. Januar 1918 forderte Präsident Wilson vor dem Kongreß die Bildung eines Völkerbundes. Dieser Schachzug hatte ohne Zweifel den Zweck, Amerika von seiner seit George Washington aufrechterhaltenen Isolationspolitik abzubringen. "Colonel" House und seine unsichtbaren Hintermänner waren eifrig an der Arbeit, um den nächsten Schritt in Richtung auf ihr Ziel tun zu können. ...<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schrieb später (im Jahre 2010) in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>... Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete später (am 21. Dezember 2013): >>**100 Jahre Notenbank**

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenen Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimtreffen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankmoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

"Ich habe mein Land betrogen"

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger

Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollar-Scheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

Fed in der Zwitterrolle

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Governors der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt.

Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als

Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest. ...

Fed war einst auf einem Imagehoch

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echauffierten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

Kurswechsel ist nicht in Sicht

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenscheine aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 23. Dezember 2013): >>**Die**

Kreatur von Jekyll Island

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. ...

Geheimtreffen mit Großbankern

... Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. ...

Rettungsanker für private Banken

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. ...

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/45): >>"Rockefeller kann nie verlieren"

_ Interview mit Ron Paul

Wer beherrscht die USA? Der Protagonist des kleinen libertären Flügels in der Republikanischen Partei äußert sich über die Macht der privaten Finanzinstitute - und die Notenbank Federal Reserve, die von diesen kontrolliert wird.

Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: "Die Banken verlieren nie." Stimmt das?

Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen Banken gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik der Zukunft.

Können Sie diese Machtstruktur erklären?

Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal Reserve System. Sie sind die Insider und kennen die zukünftigen Entwicklungen. Die Kontrolle über das Geld ist sehr wesentlich. ...

Soll das heißen, wir haben im Grunde ein Ein-Parteien-System in den USA, das nur ansatzweise zweigeteilt ist?

So ist es. Für mich als Libertären ist es fast unmöglich, eine eigene Partei zu gründen. Man muß ein Drittel seines Geldes und seiner Energie dafür aufbringen, um sich für die Abstimmungen zu bewerben. Die Amerikaner wurden darauf konditioniert, daß es toll ist, nur zwei Parteien zu haben. Wir wollen nicht wie Italien sein, wo es all die vielen unübersichtlichen Entscheidungsmöglichkeiten gibt. ...

(Präsident) Thomas Jefferson hat uns gewarnt. Er sagte: "Wenn die amerikanische Bevölkerung es zuläßt, daß private Banken ihre Währung kontrollieren, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten."

Ja, er hatte vollkommen recht. ... Doch das heißt nicht, daß die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank Fed (Federal Reserve) gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Finanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. ... Heute haben wir zwar immer noch eine langsame Inflation - die nichtsdestoweniger eine Menge Schaden anrichtet -, doch eines Tages wird das Land einer riesigen Katastrophe ins Auge sehen.

Drogen und Banken

Selbst die Abgeordneten verstehen nicht, daß die Federal Reserve ein privates Unternehmen ist.

Ich denke, die wenigsten verstehen, wie die Federal Reserve wirklich funktioniert. Auch wenn man sagt, sie sei privat, ist das noch sehr beschönigend. "Privat" würde bedeuten, sie wäre den Gesetzen des Markts unterworfen. Sie wurde von der Politik autorisiert, über diese gewaltige Macht zu verfügen. ...

Die internationalen Bankiers sind Kumpel

Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?

Die internationalen Bankiers sind Kumpel. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. Durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank haben sie die totale Gewalt. Sie haben sogar Treffen, an denen nicht einmal die Finanzminister der Länder teilnehmen dürfen. Ihr einziges Ziel dabei ist, noch mehr neue Kredite zu generieren. ...

Quelle: Talkshow vom August 1988; Link: www.youtube.com/watch?v=NDEgBWO54dA<< Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild, unterstützte u.a. vor allem die Freimaurer und die Illuminaten) hatte bereits im Jahre 1790 die politische Macht des Geldes erkannt: >>Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die neue US-Welt-Regierung (x364/167-169): >>... **Sanierung einer christlichen Nation**

Das bei weitem schwierigste Hindernis auf dem Weg zur Schaffung der Eine-Welt-Regierung sind die Vereinigten Staaten gewesen.

Amerika ist in der gesamten Erdengeschichte einmalig. Es gibt zwei fundamentale Gründe dafür: Amerikas Religion und Amerikas Verfassung.

Amerika hat das 20. Jahrhundert mit einer fast 300 Jahre alten Tradition begonnen, eine christliche Gesellschaft zu sein. Obwohl man von der Existenz Amerikas bereits 500 Jahre vor der Ankunft der Pilgrimväter wußte, setzt mit jenem Ereignis jedoch die "Amerikanische Geschichte" ein. Sie haben den ersten geordneten Versuch zur Besiedlung dieses riesigen neuen Landes unternommen. Wie es in dem berühmten "Mayflower Compact" heißt, bestand das Hauptziel für die Errichtung von Kolonien in der Neuen Welt in der "Verbreitung des christlichen Glaubens".

Von Anfang an, angefangen mit den ersten einfachen Kolonien und Siedlungen, verfügte die amerikanische Gesellschaft über eine Tradition eines tiefen, religiösen Glaubens, der fest auf der biblischen Offenbarung beruhte. Das Christentum war der primäre motivierende Faktor im Leben der Mehrzahl seiner Menschen.

Der US Oberste Gerichtshof hat bei zwei verschiedenen Anlässen erklärt, Amerika ist eine christliche Nation.

Dies war also das Amerika, das die Fesseln der Fremdherrschaft abwarf und dessen Führer die unschätzbar wertvolle Unabhängigkeitserklärung verfaßten - jenes großartige Dokument, das so beredt gegen des Menschen Unmenschlichkeit gegenüber seinen Mitmenschen und für das unveräußerliche, gottgegebene Recht des Menschen spricht, sein Leben frei und offen zu leben, frei von Tyrannei. Es war auch das Land, das sich die Verfassung und die "Bill of Rights" geschenkt hat, die speziell dazu aufgestellt wurden, jene Freiheitsrechte zu schätzen und zu bestärken.

Amerika war also das gesegnete und mitreißende Land, das die große amerikanische Republik hervorgebracht hat, das vorwärtsprechende, heißblütige, unabhängige, herrliche, produktive Amerika, in dem sechs Prozent der Weltbevölkerung in den Genuß von 50 Prozent des Weltwohlstandes kommen. Dies war das starke, vibrierend lebendige, zuversichtliche, freie und missionserfüllte Amerika, das, wie Abraham Lincoln vor 150 Jahren gesagt hat, "über alle Zeiten hinweg leben oder an Selbstmord sterben muß."

Dies war die Nation, die mit Beginn dieses Jahrhunderts zur Zielscheibe eines "Sanierungsprogramms" wurde, dessen Planung und Durchführung die sorgfältigste und heimtückischste

waren, die es jemals in der Menschheitsgeschichte gegeben hat. Die ganze Intrige basierte auf der Erkenntnis, daß es, um Amerika zu zerstören, notwendig war, sein System der Wertvorstellungen zu vernichten, das von der Bevölkerung allgemein anerkannt wurde. Um diese monumentale Aufgabe zu verwirklichen, mußte man die führenden Institutionen untergraben und aufweichen, um die sich die amerikanische Gesellschaft rankte.

Der sicherste Weg ist die Währung zu zerstören. Im Gegensatz zu den "Sanierungs-Taktiken", die man im Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Japan benutzte, wurde die Zerstörung Amerikas als einer unabhängigen, souveränen Nation auf sehr viel subtilere Weise eingefädelt. Die von den Illuminaten in Amerika eingesetzten Abbruchkolonnen hatten für die Methode des "Frontalangriffs" nur Verachtung; vielmehr machten sie sich die Taktiken der Fabian'schen Sozialisten zu eigen.

Der erste große Durchbruch gelang jenen, die den traditionellen, verfassungsmäßigen "American way of life" zu zerstören suchten, mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Federal Reserve Bank am 23. Dezember 1913.

Dieses Gesetz, das man durchbrachte, als die meisten Abgeordneten bereits in die Weihnachtsferien gefahren waren, legte das nationale Währungssystem fest in die Hand der internationalen Banker.

Dem Lehrsatz folgend, daß "der sicherste Weg zum Umsturz einer bestehenden Gesellschaftsordnung der ist, seine Währung zu verderben" (Lenin), setzten die Geldleute sofort alles in Bewegung, um den Wert des Dollar zu zerstören.

Mit der Teilnahme am Ersten Weltkrieg - zunächst als Lieferant von Kriegsmaterial, dann als aktiver Teilnehmer - wurde die Dampfwalze der Vernichtung in Bewegung gesetzt. Mit diesen Handlungen wurde die Basis für die derzeitige riesenhafte amerikanische Staatsverschuldung und für die nationale Versklavung unter den Willen der internationalen Banker gelegt.

Der englische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes, der Berater von Roosevelt während des "New Deal" war, hat gesagt: "Lenin hat zweifellos Recht, es gibt keine einwandfreie beziehungsweise subtilere Methode zur Zerstörung der bestehenden gesellschaftlichen Grundlagen als das Verderben ihrer Währung.

Durch einen fortwährenden Prozeß der Inflation können Regierungen einen wesentlichen Teil des Wohlstandes ihrer Bürger heimlich und unbemerkt an sich reißen. Dieser Prozeß setzt alle verborgenen Wirtschaftskräfte auf Seiten der Zerstörung ein und zwar auf eine Weise, die nicht einer unter einer Million Menschen diagnostizieren kann." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/42): >>>Das Ungeheuer von Jekyll Island

_ von Oliver Janich

Eine Gruppe mächtiger Privatbanken beherrscht seit 1913 die US-Notenbank Federal Reserve und entscheidet so über das Schicksal der Wirtschaft. Demokratische Kontrolle gibt es nicht.

Der Untergang der Titanic machte den Weg frei.

In der Nacht vom 14. auf den 15. April 1912 ereignete sich eine Katastrophe, die sich in das kollektive Gedächtnis der Menschheit eingebrannt hat: Der Untergang der Titanic, der etwa 1.500 Menschen das Leben gekostet hat. Dieses Ereignis hat vielleicht aus einem ganz anderen - bis heute verborgenen - Grund den Lauf der Geschichte für immer verändert. Es ermöglichte den größten Raubzug aller Zeiten: die Gründung der US-Notenbank Federal Reserve, kurz Fed genannt. An Bord der Titanic befanden sich die reichsten Männer des Planeten und vehementesten Gegner einer Zentralbank:

Benjamin Guggenheim, Isidor Straus und John Jacob Astor. Andererseits sagte John Pierpont Morgan, der Eigner der Titanic-Reederei White Star Line und einer derjenigen, die seit Jahren im Geheimen an der Installation der Fed arbeiteten, die Reise in der eigens für ihn vorbereiteten Luxus-Suite in letzter Minute ab...

Nun war der Weg frei für die Gründung der Fed. Am 22. Dezember 1913, als die meisten Abgeordneten schon im Weihnachtsurlaub waren, beschloß der Kongreß, versteckt unter einem Stapel anderer Gesetze, die Etablierung einer privaten Notenbank.

Zu Tarnzwecken gab man ihr den Namen "Federal", um dem Volk zu suggerieren, es handele sich dabei um eine Regierungsbehörde. Die Nacht-und-Nebel-Aktion war nötig, weil die US-Verfassung eine solche Notenbank nicht vorsah. Im Gegenteil: den Bundesstaaten wurde im ersten Verfassungsartikel untersagt, ungedecktes Papiergeld, sogenannte Credit Bills, auszugeben und irgend etwas anderes als Gold oder Silber zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären. Der Kongreß erhielt lediglich das - nicht exklusive - Recht, Münzen zu prägen.

Auch privaten Personen oder Unternehmen war es somit erlaubt, Münzen herauszugeben. Aus heutiger Sicht wäre es wünschenswert gewesen, in der amerikanischen Verfassung deutlicher zu verankern, daß die Regierung auch keinem privaten Unternehmen das Monopol auf die Erzeugung von Geld übertragen darf. Denn genau in diese vermeintliche Lücke stießen die Banken mit der Etablierung der Fed.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete später (am 11. Mai 2022) über die Macht des Geldes (x1.141/...): >>**Plutokraten transformieren die Welt in einen internationalen Totalitarismus**

Im Laufe der vergangenen hundert Jahre haben die Reichsten der Welt eine ungeheure wirtschaftliche und politische Macht aufgebaut. Diese machtbesessene Gruppe von Plutokraten ist auf dem besten Wege, die Welt hinter dem Vorhang von Pandemiebekämpfungen in einen internationalen Totalitarismus zu verwandeln.

Die Demokratie-Versuche vieler Staaten sind in weiten Teilen jetzt schon ausgehöhlt und sollen mit dem "Great Reset" ganz abgeschafft werden. Wolfgang Effenberger zeigt in einem Gastbeitrag diese besorgniserregende Entwicklung auf, die nur aufgehalten werden kann, wenn die medial auf das Virus gebannte Bevölkerung endlich aufwacht. (hl)

Die plutokratische Transformation (1913-2030)

von Gastautor *Wolfgang Effenberger*

Für den Historiker David Engels steht die europäische Demokratie unwiderruflich am Abgrund, Europa führt nach seiner Einschätzung einen schweren Kampf um die Aufrechterhaltung seines ureigenen Wesens, das von innen durch Universalisten oder Fundamentalisten und von außen durch außereuropäische Weltmächte bedroht ist.

Er vergleicht verschiedene Aspekte der jetzigen EU mit Niedergangs-Symptomen der Römischen Republik und findet beklemmende Analogien: Der Untergang vor über 1.500 Jahren wurde begleitet von Werteverlust, Dauerkrise, Reformstau und steigenden Kosten durch eine ausufernde Bürokratie. Zugleich entwickelte sich das Römische Reich zu einem autoritären Imperium.

Der Macht des Geldes ausgeliefert

Seit Bestehen der USA lehnten durchweg alle Präsidenten vor 1913 eine Zentralbank strikt ab. Das änderte sich erst mit der Wahl von 1912. Theodore Roosevelt, auf den Nominierungsparteitag dem amtierenden Präsidenten Taft unterlegen, gründete damals flugs eine dritte Partei, die "Bull Moose Third Party". Davon profitierte dann Woodrow Wilson, der als lachender Dritter mit nur 42 % der Stimmen Präsident wurde. Zum ersten Mal zog kein Jurist und kein General in das Weiße Haus, sondern ein Universitätsprofessor.

Obwohl die allgemeine Stimmung dagegen war, den Banken die Kontrolle über die Währung zu überlassen, versuchte Wilson nun das "Federal Reserve Banking System" als progressive Maßnahme hinzustellen. Weitgehend unbemerkt von der amerikanischen Öffentlichkeit pasierte dann am 23. Dezember 1913 der "Federal Reserve Act" den Kongreß und wurde noch am gleichen Tag von Wilson unterschrieben. Damit verzichtete der Kongreß auf die Macht, Geld zu drucken, und übertrug diese Aufgabe internationalen Bankiers, die für dieses Gesetz

reichlich Lobbyisten-Gelder hatten fließen lassen.

Zu den leidenschaftlichen Gegnern des Gesetzes zählte der Kongreßabgeordnete Charles Lindbergh. Er warnte davor, daß durch dieses Gesetz der größte Trust auf Erden etabliert würde und dadurch Exekutive und Legislative der USA der Macht des Geldes ausgeliefert wären.

Der Kongreßabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Banken und Währung in den Jahren 1920-1931, Louis T. McFadden, sah im Nachhinein die Befürchtungen Lindberghs bei weitem übertroffen: Ein Super-Staat wird durch miteinander agierende internationale Bankiers und Industrielle kontrolliert und die Welt zu deren eigenem Vergnügen versklavt.

Spätestens seit der Bankenkrise von 2008 erscheint die "Finanzwirtschaft" als ein von Notenbanken und Politik koordiniertes elitäres Geldbeschaffungssystem. Gigantische Verluste krimineller Spekulationen wurden von steuerfinanzierten "Rettungsschirmen" aufgefangen.

Aus dem Nichts geschaffenes Geld ohne reale Deckung, das sogenannte "Fiat-Money", dient dazu, den Reichtum einiger Weniger noch weiter zu vermehren. Im Zentrum agiert die US-Zentralbank. Dieses Geldsystem ermöglicht es, fast jede Regierung und Institution auf dem Planeten zu korrumpieren bzw. in die gewünschte politische Richtung zu "dirigieren". Nach vielen Jahren immer größerer Schuldenexpansion steht die Weltwirtschaft am Rande des Zusammenbruchs, die Gesundheitskrise dient nun als Vorwand, um die Geldschöpfung noch weiter zu steigern.

2020: Mit Schrecken und Furcht in den "Great Reset"?

Mit dem Auftauchen des neuartigen Covid-Virus Ende 2019 wurden weltweit Maßnahmen ergriffen, die sich außer den Akteuren - hier sei u.a. an das Planspiel 201 erinnert - niemand vorher auch nur im Ansatz hatte vorstellen können. Neben dem globalen Aufbau von autokratischen Strukturen wurde in einem ungeheuren Ausmaß Geld geschöpft und damit die Schuldenblase monströs ausgeweitet - bei steigendem Aktienmarkt (!).

Die Zeitlinie dieser Entwicklung geht über die Ereignisse von 9/11, welche den NWO-Akteuren die einmalige Gelegenheit boten, die Verfassung mit ihren vorformulierten "Patriot Acts" auszuweiten, und die beiden Weltkriege, von denen vor allem amerikanische Banker und Rüstungsindustrielle profitierten, bis zur Gründung der Federal Reserve im Jahr 1913 zurück.

Deren Netzwerke schöpften nicht nur über viele Jahre den Reichtum aus der Gesellschaft ab; sie konnten in Zusammenarbeit mit großen internationalen Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandels- und Weltgesundheitsorganisation und Vereinte Nationen sowie mit nationalen Zentralbanken und großen Finanzinstitutionen, militärisch-industriellem Komplex und Big Pharma alle Mainstream-Medien und fast alle Länder samt ihren Politikern kontrollieren. Dieser Hintergrund mag erklären, warum die Pandemie es möglich macht, daß bis auf wenige Ausnahmen global alle im Gleichschritt marschieren.

Vor angstschürenden Bildern mit nach Luft schnappenden Patienten und aufgestapelten Särgen kündigte der Gründer des "World Economic Forum" (WEF), Klaus Schwab, im Juni 2020 für den Januar 2021 einen "einzigartigen Zwillingsgipfel" zur globalen Gesundheitskrise in Davos unter dem janusköpfigen Motto "The Great Reset" an. Diesen "großen Neustart" definierte der Bilderberger Schwab als "Verpflichtung, gemeinsam und dringend die Grundlagen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems für eine gerechtere, nachhaltigere und widerstandsfähigere Zukunft zu schaffen".

Im Sinn der 2015 beschlossenen UN-Agenda 2030 soll ein ganz spezifischer Umbau - mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit - vorangetrieben werden. Ziel ist eine "nachhaltige Welt" mit gleichen Einkommen, mit einer Gleichstellung der Geschlechter und mit für alle verfügbaren Impfstoffe dank der Weltgesundheitsorganisation und CEPI.

Bei der Präsentation des "Großen Neustarts" arbeitete Schwab geschickt mit der Angst um den

Planeten und rückte den Klimawandel und die grüne Agenda in den Mittelpunkt: "Wir haben nur einen Planeten und wir wissen, daß der Klimawandel die nächste große Katastrophe sein könnte, mit noch dramatischeren Folgen für die Menschheit."

Um zu unterstreichen, wie grün und nachhaltig seine Ziele sind, ließ das WEF den englischen Thronfolger Prinz Charles auftreten, der mit Blick auf die globale Covid-19-Katastrophe sagte: "Wenn wir eine einzelne zentrale Lektion aus dieser Krise mitnehmen, dann die, daß wir die Natur in den Mittelpunkt unseres Tuns stellen müssen. Wir dürfen schlichtweg keine Zeit mehr verlieren."

Mit dieser Inszenierung suggerierte Schwab, daß strikte Corona-Einschränkungen für den Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden können. (Inzwischen wird bereits ein regelmäßiger Lockdown im Sinne des Klimas gefordert.) Weiter schwebt dem WEF-Chef vor, daß die enormen Konjunkturprogramme, welche die EU, die USA, China und andere Länder gerade verabschiedet haben, für den Aufbau einer neuen Wirtschaft genutzt werden, die "widerstandsfähiger, gerechter und auf lange Sicht nachhaltiger ist".

Diese hehren Ziele sollen von einer Finanz- und Wirtschaftselite umgesetzt werden, die den heutigen Zustand zu verantworten hat? Einer Elite, die sich nun auf einmal Sorgen um das Weltklima macht und im Privatjet anreist? 2019 jedenfalls sollen nach den Analysen des Unternehmens "Air Charter Service" rund 1.500 private Flieger rund um den Gipfel gelandet sein.

Umbau der Welt

Die Corona-Krise ermöglicht mittels eines sogenannten "Resets" den Umbau der Welt in eine digitale Diktatur. Das "World Economic Forum" hat im Oktober 2020 ein Weißbuch herausgegeben: "Neuaufrichtung der Agenda für die Zukunft der Arbeit: Disruption und Erneuerung in einer Post-COVID-Welt".

Für dieses Papier haben sich mehr als 200 hochrangige Führungskräfte globaler Arbeitgeber, Bildungstechnologie-Anbieter, Akademiker und Regierungsvertreter aus neun Branchen zusammengesetzt, "um eine relevantere und integrativere "neue" Zukunft der Arbeit nach der Pandemie zu schaffen".

Dieses Papier liest sich - wie alle Weißbücher - sehr positiv und läßt wenig Kritik zu. Doch sollten die Absichten rund um das WEF nicht unterschätzt werden:

Schon 2016 hatte das WEF in einem Werbevideo 8 Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030 zusammengefaßt:

Die Menschen sind besitzlos. Güter sind kostenlos oder werden vom Staat geliehen.

Die USA werden als führende Supermacht abgelöst - eine Handvoll Länder wird dominieren.

Organe werden nicht transplantiert, sondern gedruckt.

Der Fleischkonsum wird minimiert werden.

Massive Vertreibung von Menschen wird stattfinden mit Milliarden von Flüchtlingen.

Zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes wird global ein exorbitanter Preis festgelegt.

Die Menschen können sich darauf vorbereiten, zum Mars zu fliegen ...

Das westliche Wertesystem wird bis zum Zerreißen belastet ...

Damals brachte Papst Franziskus in seiner Ansprache auf dem "Fortune-Time-Global-Forum" ähnliche Gedanken zum Ausdruck: "Wir brauchen jetzt keinen abstrakten neuen Gesellschaftsvertrag, sondern konkrete Ideen und entschlossenes Handeln, das allen Menschen zugute kommt und eine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit gibt."

Antwort auf die drängenden Fragen finden sich beim WEF und beim "Council for Inclusive Capitalism" (Rat für inklusiven Kapitalismus), einer gemeinnützigen Organisation zur Förderung eines "humanen" Kapitalismus. Auf seiner Website verweist dieser Rat stolz darauf, daß er 10,5 Billionen Dollar an Vermögen verwaltet, 2,1 Billionen in Marktkapitalisierung hält und 200 Millionen Arbeiter in 163 Ländern vertritt. Gegründet wurde die Organisation von

Lynn Forester De Rothschild, zugleich auch CEO. Hauptunterstützer sind die Ford Foundation und E. L. Rothschild. Am 8.12.2020 kündigte dieser Rat eine neue Partnerschaft zwischen dem Vatikan und Wirtschaftsführern aus aller Welt an.

Was für eine merkwürdige Allianz!

Für den deutsch-amerikanischen Autor und Wirtschaftsjournalisten William Engdahl handelt es sich bei dem "Rat" "wohl um eine der zynischsten und mit Blick auf die Teilnehmer gefährlichsten Schwindeleien, seit der Weltwirtschaftsforum-Guru und Henry-Kissinger-Protegé Klaus Schwab den "Großen Neustart" für die kapitalistische Weltordnung ausgerufen hat." Der "Neustart" wird in eine Welt totaler Kontrolle und Unterordnung unter die Diktatur des digital-finanziellen Komplexes führen.

Am 29. Dezember 2020 verabschiedete der Vatikan ein 20-Punkte-Papier zu Corona-Impfungen und forderte katholische Institutionen auf, sich an der weltweiten Impfkampagne zu beteiligen. Dieses Papier liegt voll auf der Linie von Bill Gates. Impfmittel, die mit Hilfe abgetriebener Föten hergestellt werden, wurden ausdrücklich zugelassen. Impfgegner werden als unsozial kritisiert, da die verweigerte Immunisierung zum Risiko für andere werden könnte.

Durch den Schulterschluss mit den weltweiten Bestrebungen der Macht- und Finanzelite begibt sich Papst Franziskus auf ein Terrain, das seinem offiziellen Auftrag und seinem Amt diametral entgegensteht. Von der Botschaft Jesu Christi, der sich nie auf die Seite der Mächtigen gestellt hat, daß Demut und Liebe der Kern des Glaubens seien und nicht der Kampf gegen vermeintliche Schädlinge, ist diese Haltung weit entfernt.

"Build back better"

Inzwischen wurde von Biden der Slogan "Build back better" ausgegeben und gleich von Greta Thunberg, Gates, Clinton und Obama öffentlichkeitswirksam nachgeecho. Dabei haben Clinton und Biden 1999 die Ausplünderung der Erde mit der Aufhebung des Trennbankensystems erst möglich gemacht - die Folge war ein unkontrollierter Raubtier- und Spekulationskapitalismus, der in die Bankenkrise 2007/8 führte. Unter Obama/Biden wurden die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Die Banken wurden mit gigantischen Hilfspaketen aus Steuergeldern gerettet.

Clinton ist auch verantwortlich für den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien und Obama für die illegalen Kriege gegen Libyen und Syrien.

Wir brauchen keinen Rückbau durch Politiker, die diesen Planeten ruiniert haben, wir brauchen eine Zukunft, in der sich unser Planet von Krieg und Ausbeutung erholen kann!

Ausblick

Das Jahr 2020 könnte als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem eine kleine Wirtschafts- und Finanzelite mit der im Irakkrieg angewendeten US-Taktik der Schockwirkung ("Shock and Awe") den Gegner, also den Rest der Menschheit, nachhaltig verunsicherte, weitgehend willenlos machte und in Ketten legen konnte.

Kernziel der Vertreter einer NWO - Bilderberger, Club of Rome, CFR, Trilaterale Kommission und die diversen Foundations (Rockefeller, Ford, Bill & Melinda Gates, Clinton, Soros usw.) - dürfte die Zerstörung der bisherigen Gesellschaftsstrukturen sein. Wirtschaftlich geht es dabei um die Zerstörung von Eigenständigkeit und regionaler Versorgung, gesellschaftlich um das Aufweichen traditioneller und familiärer Bindungen sowie der Einbettung in Vereine und kulturelle Gemeinschaften.

Die Vision einer Welt von isolierten, bindungsarmen und finanziell wie psychisch abhängigen Einzelpersonen läßt Erinnerungen an die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts aufkommen. Die Menschen, die das "Dritte Reich" oder die Diktaturen in Osteuropa erlebt haben, erkennen in den Demonstrationsverboten, Reisebeschränkungen, Zensur und Diffamierungen, die bis zum Existenzverlust gehen, durchaus Parallelen und äußern sich oft auch kritisch und besorgt.

Der Großteil der im Wohlstand aufgewachsenen deutschen Bildungsbürger läßt sich dagegen durch immer mehr zu Propagandainstrumenten verkommene Medien und deren Frontorganisationen wie "Faktencheck" oder "Correctiv" manipulieren. Die Kollateralschäden der rigiden Corona-Maßnahmen werden ausgeblendet, die Fassade steht ja noch! Dabei gibt es schon Nachbarn, die kein Einkommen mehr haben oder keine Perspektive, Firmen, die insolvent sind und völlig isolierte alte Menschen.

Zur Transformation Europas gehört auch die gezielte Entwurzelung einerseits und die Überfremdung andererseits durch Migration. Einige alte weiße Multimilliardäre - die im Übrigen auch hinter Organisationen wie "Black Lives Matter" stehen und sie finanzieren - wollen Gott spielen und mittels KI und Transhumanismus den Menschen mit der Maschine verschmelzen. Das bedeutet die totale Kontrolle.

Der Weg dahin geht über soziale Distanz und menschliche Entfremdung hin zu einer Verschmelzung des westlichen Neoliberalismus mit der modernen Form des chinesischen Kommunismus. Die forcierte Impfung incl. Diffamierung der Kritiker und Deklassierung der Nichtgeimpften ist bereits ein Mittel dazu.

Bei den mRNA-Injektionen liegt der Verdacht nahe, daß die Impfkation in eine genetische Manipulation münden könnte. Fällt es den Menschen nicht auf, daß Informationen unterdrückt und sogar Wissenschaftler von internationalem Rang diffamiert werden, die Voraussetzungen für eine freie, demokratische Gesellschaft also nicht mehr gegeben sind?

Sogar der Publizist Heribert Prantl hofft, daß die Gesellschaft aufwacht. Er beobachtet mit Sorge, daß schon derjenige, der Grundrechte verteidigt, sich wappnen muß.

Schon der Schriftsteller und Politiker Ferdinand Lassalle (1825-1864) schrieb:

"Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist."

Die Demokratie ist in weiten Teilen jetzt schon ausgehöhlt und soll mit dem Reset ganz abgeschafft werden. Eine machtbesessene Gruppe von Plutokraten steuert hinter dem Vorhang der Pandemiebekämpfung auf einen internationalen Totalitarismus zu - und das weitgehend unbemerkt von einer schlafenden und gebannt auf das Virus starrenden Öffentlichkeit.

Wolfgang Effenberger, Jahrgang 1946, ehemaliger Offizier der Bundeswehr, setzt sich als Autor seit Jahrzehnten engagiert für den Frieden ein. Wichtige Bücher von ihm zum Thema: "Wiederkehr der Hasardeure" (2014, Koautor Willy Wimmer) und "Schwarzbuch EU & NATO" (2020).

Im April 2022 erschien von ihm das Buch "Die unterschätzte Macht: Von Geo- bis Biopolitik - Plutokraten transformieren die Welt", von dem der obige Artikel gewissermaßen eine gedrängte Zusammenfassung ist. ...<<

Erster Weltkrieg

USA: Bernhard Dernburg berichtete am 21. November 1914 in einer Artikelserie der damals auflagenstärkste US-Wochenzeitschrift "The Saturday Evening Post" über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x1.035/...): >>>**Deutschland und England: das eigentliche Problem**

England hat einen großen Seehandel erschaffen und enorme Besitzungen in Übersee erworben, und es fühlte sich in seiner Vormachtstellung sicher. Nur in Bezug auf die Vereinigten Staaten war es beunruhigt, die - bis Deutschland am Horizont als Großmacht auftauchte - von ihr behandelt wurden wie Deutschland vorm Kriege. Jetzt aber fühlte es, daß seine absolute Macht in Gefahr war.

Selbst in seinem eigenen Herrschaftsgebiet erzielt es einen sehr großen Anteil am Geschäft nur mit ausländischer Hilfe. Die meisten der großen Bankiers, von Rothschild abwärts, sind deutscher Herkunft; das gesamte englische Kreditwesen wäre zusammengebrochen, wenn die englischen Machthaber Baron Schröder nicht gezwungen hätten, innerhalb von vier Stunden

englischer Staatsbürger zu werden; das Diamanten- und Goldgeschäft ist in den Händen von anglisierten Deutschen; es gibt eine große Beteiligung im Bereich von Produktionsunternehmen. Die Engländer können ohne deutsche Angestellte nichts anfangen.

Deutscher Aufschwung als Problem für England

Ich erinnere mich an eine Rede des Vorsitzenden der Londoner Handelskammer, Lord Southwark, nicht länger zurückliegend als letzten Juni (1914), in der er sagte: "Ihr Deutschen überholt uns, weil ihr sechzehn Prozent mehr arbeitet als wir und weil ihr den Sonnabend nicht als Feiertag betrachtet."

Die Deutschen lernen sämtliche Sprachen, während Engländer dies sehr selten tun. Wenn ein Engländer einen Stenographen sucht, um einen portugiesischen Brief nach Brasilien zu schreiben, muß er sich einen deutschen Schreiber nehmen.

Die deutsche Handelsmacht wurde in der gesamten Welt durch die Tatsache begründet, daß die Deutschen mit den Leuten in deren eigener Sprache sprechen, deren nationale Gefühle respektieren und ihre nationalen Bedürfnisse herausfinden und an sie genau das liefern, was sie zu erhalten wünschen. Der Deutsche sagt nicht "Wir können dies nicht tun" oder "Ihr müßt unsere Standards übernehmen", sondern führt sorgsam ihre Bestellungen aus, entsprechend den besten wissenschaftlichen Methoden und deshalb zum besten Preis.

Die deutsche Stahlindustrie hat, wegen ihrer verbesserten Methoden, einen großen Anteil am englischen Handel erlangt. Deutsche Maschinen sind, die Textilindustrie ausgenommen, effektiver als englische Maschinen. Der Bereich der elektrischen Industrie ist von England zugunsten Amerikas und Deutschlands vollständig aufgegeben worden.

Heute werden Farbstoffe über Amerika und Kanada zurück nach England verschifft. Deutsche eigenentwickelte Medikamente haben den Weltmarkt erobert, und die deutsche Konkurrenz ist überall zu spüren.

Sodann gibt es auch einen spürbaren Zuwachs an deutschen Schiffen, ungeachtet der Tatsache, daß praktisch sämtliche im Passagierbereich tätigen englischen Gesellschaften zur Hälfte pleite sind. Während die International Mercantile Marine Company die Zahlungen eingestellt hat und die großen Linienschiffe der Cunard Line nur durch Zuschüsse überleben können, wurde von Deutschland eine recht prachtvolle Handelsmarine aufgebaut mit Schiffen, die im Komfort und in der Größe jedes beliebige von Englands Werften vom Stapel gelassene Schiff übertreffen. Selbst in das Geschäft der Bedarfsschiffahrt, des Rückgrates der englischen Schiffahrt, sind die Deutschen in umfangreichem Maße vorgedrungen.

Während also der Handel von Großbritannien und Irland seit 1870 von zwei Milliarden Dollar auf fünfeinhalb Milliarden stieg, ist der Deutschlands von einer auf fünf Milliarden gestiegen - mit anderen Worten, während Deutschlands Handel jetzt das Fünffache dessen beträgt, was er im Jahre 1870 betrug, beträgt der englische Handel nur das Zweiundeinhalbfache des einstigen Umfangs. Für eine Handelsnation wie England ist dies eine sehr ernste Situation. Sie betrifft das Herzstück der Existenz der Nation.

Krieg gegen Deutschland als Lösung für England

Demzufolge stand Großbritannien vor der Alternative, bessere Arbeitsgewohnheiten, verbesserte Maschinen, bessere Ausbildung, bessere Fremdsprachenkenntnisse zu erlangen - was heißt: fleißiger, weniger luxuriös und arbeitsamer zu sein - oder zu kämpfen.

Aber England war nicht daran gewöhnt, seine eigenen Kämpfe durchzustehen, ausgenommen mit der Flotte. Seine anderen Kollegen, deren Wohl ihm Herzensangelegenheit war, konnten für England in den Kampf ziehen, es war für England also nicht sehr schwer, seine Wahl zu treffen.

Das ist die wirkliche Erklärung für den gegenwärtigen Krieg.

Die Richtigkeit dieses Blickwinkels wird erwiesen durch die ständigen Aufforderungen Englands an Amerika, ihm dabei zu helfen, vom deutschen Handel loszukommen, eine Idee, die

auf den amerikanischen Geist abstoßend wirkt.

Es war also nicht Deutschlands Militarismus, den England fürchtete, sondern den deutschen Handel und Handelsverkehr, welche es nicht zerstören konnte, wegen der dahinterstehenden Militär- und Flottenmacht.

Deutschland verteidigt sich

Deutschland wird jetzt von sieben Nationen angegriffen.

Es kämpft moralisch für seine Freiheit und für sein Dasein. Gegen niemanden empfindet es Groll. Es ist in seinen Ansprüchen maßvoll und will lediglich seinen Platz unter der Sonne behaupten.

Es tritt ein für Chancengleichheit, eine Politik der offenen Tür und weltweit offenen Handelsverkehr.

Es ist weder hunnisch noch barbarisch, wie die Amerikaner von den 25 Millionen Deutschen oder Deutschamerikanern erfahren haben werden, die in ihrer Mitte leben.

Deutschland ist auf Expansion aus, allerdings auf friedliche Weise, eine auf höhere Gewinne zielende Art und Weise, wodurch die Tüchtigeren und Arbeitsameren gewiß sein können, Erfolg zu haben. Dies ist für die ganze Welt von Interesse.

Deutschlands Bilanz ergibt vierundvierzig Jahre Frieden, und es hat niemals den Besitz seiner Nachbarn begehrt. Was also den moralischen Aspekt betrifft, schneidet es von den sich jetzt im Krieg befindenden Nationen am besten ab.

Übersetzung aus dem Englischen: Thomas Kuzias. Erstveröffentlichung in: IfS intern Nr. 16/Juli 2014. ...

The Saturday Evening Post, damals auflagenstärkste Wochenzeitschrift der USA, veröffentlichte im Herbst 1914 eine Artikelserie über den Ersten Weltkrieg. Darin sollten prominente Vertreter Frankreichs, Englands und Deutschlands den amerikanischen Lesern den Krieg aus der Perspektive des jeweiligen Landes erklären.

Den ersten Artikel verfaßte am 12. November der Engländer Arnold Bennett; der ehemalige französische Ministerpräsident Clemenceau folgte am 24. Oktober. Der deutsche Beitrag von Bernhard Dernburg erschien am 21. November. Aus diesem Beitrag bringen wir den Schluß, in dem Dernburg die aus seiner Sicht wirklichen Gründe für den englischen Kriegseintritt darstellt. Der Artikel erschien aufgrund seiner Popularität im Jahre 1915 unter dem Titel "Search-Lights on the War" in den USA auch als Broschüre.

Bernhard Dernburg, aus einer jüdischen Familie stammend, war als Bankier, Aufsichtsrat und Kolonialbeauftragter früh international vernetzt. In der Weimarer Republik war er kurzzeitig Finanzminister und Vizekanzler sowie 10 Jahre lang Reichstagsabgeordneter der links-liberalen DDP, die er mitbegründet hatte. ...<<

Ein deutsches U-Boot versenkte am 7. Mai 1915 vor der Südküste Irlands den britischen Passagierdampfer Lusitania (Waffentransporter). 1.198 Menschen fanden den Tod (darunter sind auch 139 US-Bürger). Obgleich die deutsche Botschaft in einigen nordamerikanischen Zeitungen rechtzeitig vor einer Fahrt mit dem bewaffneten Waffentransporter gewarnt hatte, drohte Nordamerika den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen an (x041/66).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bildeten sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...

Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.

Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."

Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.

Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.

Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.

Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 – sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten bestätigen, Munition für England an Bord – durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.

Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen im British Naval Intelligence Department noch immer geheimgehalten werden.

Danach drohte Präsident Wilson mit der Kriegserklärung, falls der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht eingestellt würde. Daraufhin gab Kanzler Bethmann-Hollweg im September 1915 nach. Aus Furcht vor Amerika wurde die Schlinge um den Hals der Briten gelockert.

Das aber scheint nach der Analyse von Robert O'Connell ein Fehler gewesen zu sein. Er hat 2001 gezeigt, daß die USA damals auf einen Kriegseintritt noch nicht vorbereitet waren, England hingegen, von der Zufuhr über See abgeschnitten, vor der Hungerkatastrophe stand. Bevor die USA wirksam hätten eingreifen können, wäre durch einen nachhaltigen Einsatz der Torpedowaffe London 1916 gezwungen gewesen, Frieden zu schließen, der dann auch den Eingriff Washingtons erübrigt hätte.

Die von O'Connell angenommenen innenpolitischen Voraussetzungen für einen maßvollen Verständigungsfrieden mit Deutschland auch durch Frankreich und Rußland – Rücktritt der Regierungen aufgrund von Unruhen im Lande - stehen auf schwachen Füßen, doch wenn wir die Annahmen akzeptieren, faszinieren die Folgen. Die Turbulenzen der anschließenden Jahrzehnte in Europa entfielen ...

Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-

Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.

Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden – so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsoffer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. Dies erfordert allerdings die Zusatzannahme, daß jenes Patt die Entscheidung nicht einfach vertagt hätte, die 1914 gesucht worden war. Ein erneuter Ausbruch des Konfliktes wäre denkbar, so wie er 1939 ja tatsächlich stattgefunden hat.

Aber auch eine günstigere Folge jenes damals möglichen aber unterbliebenen Friedens kommt in Frage. Deutschland hätte eine konstitutionelle Monarchie bleiben können – allerdings mit der unter Max von Baden 1918 durch den Krieg bewirkten, im Frieden wohl verzögerten Parlamentarisierung. Die Aussichten der Donaumonarchie wären weniger günstig gewesen. sie hätte sich nach englischem Beispiel in ein Commonwealth verwandeln müssen. ...<<

Die US-Publikation "The Archives of Reason" wandte sich am 5. August 1915 an die nordamerikanischen Kriegshetzer (x267/127): >>Mache einen schulterhohen Graben in deinem Garten, lasse ihn halb voll Wasser laufen und krieche hinein. Alsdann verharre darin zwei bis drei Tage ohne Nahrung. Dazu bestelle dir einen Geisteskranken, der aus geeigneter Entfernung mit Revolvern und Maschinengewehren auf dich schießt.

So hast du eine Veranstaltung, die dem Kriege völlig gleichkommt und deinem Lande sehr viel weniger kostet als die Wirklichkeit. ...<<

Präsident Wilson wurde am 7. November 1916 zum zweiten Mal gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Wiederwahl Wilsons (x068/176-177): >>... Am 7. November 1916 war Präsident Wilson - mit knapper Mehrheit - zum zweiten Mal gewählt worden. Und seinen Wahlkampf hatte er noch unter den drei P - Peace, Prosperity, Progress - ... führen lassen. Die Deutsch-Amerikaner haben damals Wilson nicht gewählt, weil sie seiner Außenpolitik mißtrauten. Sie hatten Recht. Doch die Gewerkschaften hatten ihn gewählt - aus purer Dankbarkeit: "Er hat uns beschützt, mich und die meinen." So kann man sich täuschen. Denn Wilson, noch heute jenseits wie diesseits des Ozeans als "Friedenspräsident" gefeiert, war längst zum Krieg entschlossen.

Noch am 18. Dezember aber hatte der Wiedergewählte - wo zahlt Lügen, Täuschen sich mehr aus als in der Politik, in Priester-, in Verbrecherkreisen?

Namens des neutralen Amerika in einer Friedensnote an die kriegsführenden Mächte dafür plädiert, nicht länger "Millionen und Millionen Menschen weiter aufzuopfern ..." Noch in diesem Jahr auch konnte Wilson sagen, er habe bis jetzt, wie erwartet, die Nation aus dem Krieg herausgehalten, "und ich schwöre, daß ich mit Gottes Hilfe bei dieser Politik bleiben werde - wenn es möglich ist!" Denn schon damals will Wilson nicht, "daß diese Fahne, die wir alle lieben, ungestraft besudelt werden kann."

Zwar ist die "Fahne", so gut wie überall auf Erden, den Herrschenden ganz scheißegal. Die "Fahne" steht, so gut wie überall, für Geld und Macht. Die USA aber befürchten jetzt bei einem russischen Zusammenbruch den Sieg der Mittelmächte - und hatten doch immense Summen in den Sieg der Alliierten investiert. ...<<

Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Gleichzeitig bat die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson (1856-1924), einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752): >>Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit 2 ½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht

hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. ...
 Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. ...
 Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber auch von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. ...<<

US-Präsident Thomas W. Wilson forderte die kriegsführenden Staaten am 21. Dezember 1916 auf, ihre konkreten Friedensbedingungen zu nennen.
 Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.
 Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden.
 Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68). Briand, der im Jahre 1926 mit Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis erhielt, strebte eigentlich erst ab 1925 eine Verständigung mit Deutschland an.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die deutschen Friedensangebote seit 1916 (x057/194): >>Nachdem schon 1916 ein deutsches Friedensangebot von den Gegnern abgelehnt worden war, erfolgte unter Führung des Zentrumsabgeordneten Erzberger die Friedensresolution des Reichstages (1917). Darin wurde ein "Frieden der Verständigung ohne Annexionen" angeboten, aber ohne Erfolg.
 Anfang 1918 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, in seinen "Vierzehn Punkten" die Grundlage eines Friedens aufgestellt. Die von Prinz Max von Baden gebildete Regierung rief Wilson als Vermittler an und bat um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund der "Vierzehn Punkte" (Oktober 1918).<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über die Ablehnung der deutschen Friedensvorschläge (x340/11-12): >>... Alle deutschen Angebote zwecks eines Ausgleichsfriedens wurden von den verantwortlichen Entente-Politikern umgehend abgelehnt. Sie konnten nicht anders, denn um die Blüte ihrer Jugend für die wirtschaftlichen Interessen weniger auf die Schlachtfelder treiben zu können, hatten sich Frankreichs und Englands Politiker bis zum letzten Penny bei amerikanischen Banken und Investoren verschulden müssen.
 Ihnen drohte im Falle eines deutschen Sieges oder eines Ausgleichsfriedens der Bankrott. Die USA waren deshalb 1917 in den Weltkrieg auf Seiten der Gegner Deutschlands eingetreten, um ihre Investitionen zu retten.<<

Präsident Wilson konkretisierte am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident forderte einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbestimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgarantie, anstelle der bisherigen Bündnisse (x041/180).
 Die deutsche Reichsregierung informierte die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (ab 1. Februar 1917).
 Obwohl der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg ausdrücklich vor den Folgen eines unbeschränkten U-Boot-Krieges warnte, setzten sich die Befehlshaber der deutschen Kriegsmarine und hauptsächlich General Ludendorff durch ("letzte Trumpfkarte"). Danach wurde ab 1.

Februar 1917 jedes Schiff angegriffen, das sich der britischen und französischen Küste näherte.

Die Rechnung der deutschen Heeresleitung ging jedoch nicht auf, denn nach der Versenkung mehrerer US-Handelsschiffe (Waffentransporter), führte der verhängnisvolle deutsche U-Boot-Krieg schließlich zum nordamerikanischen Kriegseintritt (6.04.1917).

US-Botschafter Walter Hines Page (1855-1918) telegraphierte am 5. März 1917 aus London an US-Präsident Wilson (x243/10, x340/61): >>... Vielleicht ist unser Eingreifen in den Krieg der einzige Weg, auf dem unsere hervorragende geschäftliche Lage erhalten und eine Panik (US-Rezession bzw. US-Depression) abgewendet werden kann. Das Unterseeboot hat den letzten Ausschlag gegeben für die Gefahr eines Weltfinanzkrachs. ...<<

>>Der Druck der herannahenden Finanzkrise übersteigt nunmehr die Leistungsfähigkeit des Hauses Morgan für die britische und die französische Regierung. ... Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der einzige Weg, um unsere hervorragende Handelslage aufrechtzuerhalten und eine Panik zu vermeiden, die Kriegserklärung an Deutschland darstellt.<<

Präsident Wilson erklärte am 2. April 1917 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x056/-137): >>... Der gegenwärtige deutsche U-Bootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg gegen die Menschheit. ...

Unser Ziel ist es, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit gegen selbstsüchtige und autokratische Gewalt zu verteidigen. ...

Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das Frieden und Sicherheit für alle bringen und schließlich die Welt selbst befreien wird. ...<<

US-Präsident Wilson forderte den nordamerikanischen Kongreß am 2. April 1917 auf, Deutschland den Krieg zu erklären (x068/177-178): >>... Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk ... Wir haben ihm gegenüber keine anderen Gefühle als Sympathie und Freundschaft ... Wir haben keine egoistischen Ziele, keine Eroberungsabsichten oder Herrschaftsansprüche. Wir suchen keine materielle Entschädigung für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir kämpfen nur für die Menschenrechte ...

Es ist furchtbar, dieses große und friedliche Volk in den Krieg führen zu müssen ... Aber das Recht ist wertvoller als der Frieden und wir werden für die Ideale kämpfen, die uns immer am meisten am Herzen gelegen haben ...

Dieser Aufgabe weihen wir unser Leben, unser Glück und alles, was wir sind und was wir haben. Wir sind stolz darauf zu wissen, daß der Tag gekommen ist, an dem Amerika das Vorrrecht hat, sein Blut und seine Kräfte für die Grundsätze hinzugeben, denen es seine Geburt und sein Glück verdankt, für den Frieden, der ihm teuer ist.

Mit Gottes Hilfe kann es nichts anderes tun ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über diese Rede des US-Präsidenten Wilson (x068/178-179): >>... Alles fand sich hier, um Menschen guten Willens zu begeistern, zu entflammen: reine Selbstlosigkeit, keine Spur von schnödem Egoismus, von Macht, von Geldgier, keine Eroberungs-, keine Herrschaftsgelüste. Nur Opfer, freiwillige Opfer, versteht sich, lauterste, für die gute, die beste Sache, für die Rechte, die Menschenrechte, die höchsten Ideale, ja, Sympathie gar und Freundschaft für die Feinde.

Und alles mit Gottes Hilfe ...

Gott, wer möchte da nicht mitkämpfen, wer nicht augenblicklich sein Blut verspritzen! Der Kongreß, zu alt zwar, zu kostbar, um selbst zu fechten, konnte leider nur andere (für sich) fechten lassen und jubelte. Ja, Demokraten wie Republikaner applaudierten. ...

Und wirklich – hatte es je eine freundschaftlichere Kriegsbotschaft gegeben? Je edlere Gründe für einen Krieg? Je eine zu tätige größere Tugendübung? Ein menschenfreundlicheres Werk? Es war eine Rede in jenem grandiosen Yankee-Stil, den man da seit den Tagen der Jefferson und Lincoln kultivierte, eine Heuchelei, die in Yankeebrüsten vielleicht gar nicht mehr empfunden wird, so tief schon ist sie eingedrungen durch Mark und Bein ins innerste Gemüt – ein Puritanererbe eben.

Auch Premier Asquith, ein Earl von Oxford und Asquith, vom gleichen Erbe begnadet, erkannte denn sofort im Unterhaus in der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917, ohne wie er betonte, jede Schmeichelei und Übertreibung, "eine der uneigennützigsten Handlungen der Geschichte". Der König und die Königin von England nahmen an einem feierlichen Dankgottesdienst in der Sankt-Pauls-Kathedrale teil.

Und Wilson, der "Friedensengel" wurde zum totalen Krieger, zum Bundesgenossen eines Chauvinisten wie Clemenceau, eines Lloyd George (der Asquith im Dezember 1916 als Ministerpräsident verdrängte), die nun beide die Notwendigkeiten eines totalen Sieges propagierten. Denn Wilson fürchtete eine Weltherrschaft Deutschlands.

Die Welt aber wollten die USA beherrschen. Schließlich hatte dort seit zwei Jahrzehnten eine gewisse Führungsgruppe auf einer expansiven Weltpolitik bestanden, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, genauer Schwierigkeiten. ...<<

Die Vereinigten Staaten von Amerika traten am 6. April 1917 in den Ersten Weltkrieg ein.

Der Kriegseintritt Nordamerikas brachte endgültig die Wende des Krieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde. Die großen US-Geleitzüge brachten jetzt noch mehr schwere Waffen (vor allem Panzer), Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen trafen neue Waffen-, Munitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

Nordamerika griff in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft beliefert die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika damals nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen. Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen:

Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:

In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.

Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte kein gewaltsames Ende des Zarentums, keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.

Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.

Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit (Beispiel: "British Commonwealth of Nations") entlassen müssen.

Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.

Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" ("Pariser Vorortverträge") hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.

Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wären.

Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.

Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es nicht gegeben.

Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den US-Kriegseintritt in den 1. Weltkrieg (x364/119-126):

>>Amerikas Eintritt in den Krieg

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Einkommensteuer und über die Errichtung des Federal Reserve Systems war für die amerikanischen Banker endlich der Weg frei für die Vorbereitung des amerikanischen Kriegseintritts in den Ersten Weltkrieg. Obwohl Wilson und seine verborgenen Meister Amerikas militärisches Engagement in dem europäischen "Kriegstheater" seit geraumer Zeit geplant hatten, galt es, noch ein größeres Hindernis zu überwinden. Die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes befürwortete den Standpunkt des Isolationismus. Sie wollte, daß ihr Land an den lieb gewonnenen Prinzipien der Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823 festhält und sich nicht in einen Krieg in Europa einmischt.

Als sich der selbstgefällige Marionettenpräsident zur Wiederwahl 1916 stellte, war er gezwungen, so zu tun, als ob er auf der Seite des amerikanischen Volkes stünde, jedenfalls für die Dauer des Wahlkampfes. Mit dem Slogan "Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten" konnte Wilson die Wiederwahl knapp für sich gewinnen. Nur wenige Tage nach seiner zweiten Amtseinführung trat Wilson vor den Kongreß und verlangte die Kriegserklärung gegen Deutschland. Der Kongreß gehorchte.

Amerika erklärte Deutschland am 6. April 1917 den Krieg, und im Juni landeten Hunderttausende amerikanische Truppen unter dem Kommando von General John J. Pershing in Frankreich.

In dem Buch "Pilgrim Partners", das in sehr kleiner Auflage 1942 erschienen ist, enthüllt Sir Harry Brittain, wie die internationalen Verschwörer über die Nachricht der amerikanischen Kriegserklärung entzückt waren:

"Endlich dämmerte im April 1917 ein wunderbarer Tag in der anglo-amerikanischen Geschichte herauf - die USA hatten sich den Alliierten angeschlossen.

Einige Tage darauf wurde in der St. Pauls Kathedrale ein feierlicher Gottesdienst abgehalten, um den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu zelebrieren und die Mitglieder des Pilgrim Clubs erhielten Ehrenplätze unter der Domkuppel, hinter dem König und der Köni-

gin."

Amerika als Werkzeug der Banker

Trotz der massiven Infusion "frischen Blutes" auf Seiten der Verbündeten hielt Deutschland stand. Bereits 1918 hatte Deutschland - mit Hilfe der nach Einstellung der Feindhandlungen im Osten an die Westfront verlegten Truppen - eine massive Stirb-oder-Sieg-Offensive auf die alliierten Streitkräfte vorgenommen. Die Deutschen schossen sich bereits den Weg durch die Außenbezirke von Paris, ehe sie aufgehalten wurden.

Eine Gegenoffensive der Alliierten, vor allem kraft der amerikanischen Verstärkung, brach der deutschen Armee das Genick und zwang sie zum Rückzug auf die ursprüngliche Hindenburg-Linie.

In Deutschland selbst schwollen die Probleme zu einer Revolution an und der deutsche Militärapparat fing an, auseinanderzubrechen. Kaiser Wilhelm II. dankte ab. Der Krieg war zu Ende, als am 11. November 1918 in Compiègne, Frankreich, der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, der den Ersten Weltkrieg beendete.

In den 17 Monaten der amerikanischen Expedition in das europäische "Theater" wurden eine Reihe weitreichender Zielsetzungen für die Hintermänner erreicht. Amerikas Außenpolitik des Isolationismus und der Neutralität, die George Washington so beredt in seiner Abschiedsbotschaft verfochten und die ihren Niederschlag in der Monroe-Doktrin gefunden hatte, war tot.

Damit war ein Präzedenzfall geschaffen worden - wenngleich durch ungeheuerlichen Betrug - daß Amerika als ein militärisches Werkzeug in den Händen der internationalen Banker benutzt werden konnte.

Dem Pan-Amerikanismus wurde durch ein Geheimabkommen der Pilgrim Society Ende 1890 abgeschworen, als die amerikanischen Wirtschafts- und Politikräfte entschieden, daß sie in Zukunft den "Anglo-Saxonismus" unterstützen und die Interessen der Krone verteidigen würden. Das Bewußtsein über diese Tatsache hat vielen Amerikanern nur sehr langsam gedämmt.

Das zaristische Rußland, den Geldmonopolisten seit vielen Jahren ein Dorn im Auge, war mit Erfolg von der Weltbühne gefegt worden. Dies hatte 47 Jahre zuvor der Oberilluminat Albert Pike in seinem berühmten Brief an Mazzini beschworen.

Der Erste Weltkrieg hatte in den beteiligten Ländern eine Staatsverschuldung von astronomischer Höhe geschaffen. Diese Schulden waren bei den internationalen Banken gemacht worden, die die Sache von vorne bis hinten organisiert und in Szene gesetzt haben. "Kriegsschauplätze" haben sich schon immer als höchst lukrativ für ihre Manager und diejenigen erwiesen, die sie finanzieren.

Ruinen und Schulden und nur Verlierer

Der Erste Weltkrieg hatte in den Ländern Europas einen beispiellosen gesellschaftlichen Umbruch bewirkt und die Bühne für eine weltweite soziale Revolution vorbereitet. Als der Waffenstillstand 1918 geschlossen wurde, hatte sich das Bild der Welt grundlegend verändert.

Aus den Ruinen und Schulden des "Krieges zur Beendigung allen Krieges" erhoben sich unanfechtbare Tatsachen. Das englische Volk hatte verloren. Das französische Volk hatte verloren ebenso wie das deutsche, österreichische und das italienische.

Das russische Volk hatte den Krieg, die Revolution - und seine Freiheit verloren.

Amerika, mit mehr als zwei Millionen Truppen bei Kriegsende in Europa, stand auf Seiten der Verlierer Rußland nur wenig nach. Dank der Treulosigkeit von Präsident Wilson und vielen Kongreßmitgliedern und der ungezügelten Lust derer, die jetzt unser Währungssystem kontrollieren, befand sich die einstmals stolze amerikanische Republik auf rasantem Weg in die Zerstörung.

Obwohl das amerikanische Volk eindeutig der Verlierer im Ersten Weltkrieg war, ebenso wie die Völker der übrigen beteiligten Nationen, gab es eine Gruppe, für die der Erste Weltkrieg

ein uneingeschränkter Erfolg gewesen war: die Big Banker.

Die Tatsachen über die wirklichen Sieger teilt Carrol Quigley in seinem Buch "Tragedy and Hope" mit: "Der Erste Weltkrieg war eine Katastrophe solchen Ausmaßes, daß selbst heute das Vorstellungsvermögen nur schwer mithalten kann. An allen Fronten sind in der gesamten Kriegszeit rund 13 Millionen Männer der verschiedenen Streitkräfte umgekommen, sei es durch Verwundung oder Krankheit.

Die Carnegie-Stiftung für den internationalen Frieden hat geschätzt, daß der Krieg Gebäude im Wert von 400.000.000.000 \$ zerstört hat, wobei der Wert aller Gebäude in Frankreich und Belgien zu der Zeit nicht mehr als 75.000.000.000 Dollar betragen hat."

Wenn Sie die folgenden Worte lesen, erinnern Sie sich der langfristigen Zielsetzung der Illuminaten, wie sie aus verschiedenen Quellen belegt wurde: "Es war offensichtlich, daß der Aufwand an Menschen und Gütern in solchen Größenordnungen eine gewaltige Mobilmachung von Hilfsquellen in der ganzen Welt erforderlich macht, und nicht umhin konnte, weitreichende Auswirkungen auf die Denk- und Handlungsweise der Menschen zu haben, die unter eine derartige Belastung gezwungen wurden. Einige Staaten wurden vernichtet oder auf immer verkrüppelt.

Es gab tiefgreifende Veränderungen im Finanz- und Wirtschaftsleben, in den gesellschaftlichen Beziehungen, in der Weltanschauung und im Gefühlsverhalten.

Der Krieg setzte nichts Neues in die Welt; vielmehr beschleunigte er einen Gärungsprozeß. Mit dem Ergebnis, daß Veränderungen, die sich in Friedenszeiten über einen Zeitraum von 30 oder 50 Jahren entwickelt hätten, innerhalb von fünf Kriegsjahren vollzogen worden waren.

Beherrschung der Wirtschaft der Welt

Carrol Quigley betont des weiteren, die gewaltigen Veränderungen "in der Gesellschaftsordnung", die der „Krieg bewirkt hat, aber er beklagt die Tatsache, daß viele es nur langsam akzeptieren konnten, diese Veränderungen als dauerhaft anzusehen.

"Es war, als ob die Veränderungen zu schnell gekommen wären, um vom menschlichen Verstand hingenommen zu werden, oder was wahrscheinlicher ist, daß die Menschen zwar die überall eingetretenen Veränderungen sahen, aber annahmen, sie seien vorübergehende Entgleisungen einer Kriegszeit und daß, wenn der Frieden käme, sie verschwinden und jedermann zu seiner langsamen, angenehmen Welt von 1913 zurückkehren würde." Für den illuminierten Professor Quigley war dies ein "sehr gefährlicher" Standpunkt.

"Sehr gefährlich" für wen? Vermutlich für die Illuminierten und für die internationalen Banker, die, wie Quigley offen zugibt, höchst interessiert daran waren, "ein anderes, weitreichendes Ziel, nicht geringeres als die Erschaffung eines Weltsystems zur finanziellen Kontrolle durch private Hand, in der Lage, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise (Rückkehr zur Leibeigenschaft) von den Zentralbanken der Welt (internationale Banker) gesteuert werden, die konzentriert handeln, und zwar aufgrund von Geheimabkommen, die auf häufigen Privatkonferenzen und Treffen vereinbart würden."

Quigley, ein anerkannter "Insider", der sich mit einem zweijährigen Zugang zu den "Papieren und Geheimdokumenten" der Round-Table-Gruppe (Illuminaten) zu Beginn der 60er Jahre brüstet, macht einige aufschlußreiche Erklärungen über die internationalen Banker:

"Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zeigt, daß der Rat, den die Banker (die, wie wir gesehen haben, die Regierungen kontrollieren) Regierungen gegeben haben, ebenso wie der Rat, den sie an Industriekonzerne gegeben haben, für die Banker durchweg vorteilhaft waren, aber für die Regierungen, Unternehmen und das Volk allgemein oft unglücklich. Solcher Rat konnte, falls notwendig, durch Manipulation der Aktienbörse, Goldbewegungen, Diskontsätze, ja sogar durch Wirtschaftszyklen aufoktroiert werden."

Quigley entdeckt uns sodann die Methoden, mit denen die internationalen Banker jedes

Gramm Profit aus dem Krieg herausgeschlagen haben, den ihre Tricks verursacht haben. Er informiert seine Leser, daß "im Juli 1914 die Militärs zuversichtlich waren, eine Entscheidung innerhalb von sechs Monaten herbeiführen zu können, weil ihre strategischen Pläne und die Beispiele von 1866 und 1870 eine sofortige Entscheidung nahelegten.

Dieser Glaube wurde von den Finanzexperten unterstützt, die zwar die Kosten des Krieges erheblich unterschätzt hatten, aber dennoch sicher waren, daß die finanziellen Mittel aller Staaten nach sechs Monaten erschöpft sein würden. Unter finanziellen Mitteln verstanden sie die Goldreserven der verschiedenen Nationen. Diese waren ganz offensichtlich begrenzt; alle Großmächte waren an den Goldstandard gebunden, nach dem Banknoten und Papiergeld auf Verlangen in Gold umgetauscht werden konnten."

Die Banken machten das Geld

Quigley schreibt weiter, daß "der Kriegsausbruch von 1914 diese finanziellen Kapitalisten von ihrer schlechtesten Seite zeigte, kurzsichtig und selbstsüchtig, während die, wie gewöhnlich, ihre totale Hingabe an das soziale Wohl proklamierten.

Die Einstellung der Banker hat sich am deutlichsten in England gezeigt, wo jede Bewegung von den Bemühungen diktiert wurde, ihre eigene Position zu sichern und davon zu profitieren, und nicht von den Überlegungen, wie die Wirtschaft für den Krieg oder das Wohl des englischen Volkes zu mobilisieren sei."

Um die Finanzierungsprobleme zu bewältigen und den Weg für eine Verlängerung des Krieges zu öffnen, so daß daraus der größte finanzielle und politische Gewinn geschlagen werden konnte", stellten die Banker ein System auf, wonach die ihnen geschuldeten Verpflichtungen mit ungedecktem Papiergeld sogenannte Schatzanweisungen - beglichen werden konnten."

"Jedes Land hob den Goldstandard bei Kriegsbeginn bis auf weiteres auf. Damit wurde die automatische Begrenzung in der Versorgung mit Papiergeld beseitigt.

Sodann hat jedes Land den Krieg durch Aufnahme von Krediten bei den Banken bezahlt. Die Banken machten das Geld, das sie anschließend ausliehen, indem sie der Regierung einfach ein Konto in beliebiger Höhe einräumten, auf das die Regierung Schecks ziehen konnte.

Die Banken waren damit nicht mehr in der Höhe der Kredite beschränkt, die sie bereitstellen konnten, weil sie nun kein Gold mehr auf Verlangen gegen Schecks eintauschen mußten.

Damit wurde die Geldschöpfung der Banken in Form von Krediten nur noch von der Nachfrage ihrer Schuldner begrenzt. Und da die Regierungen für ihren Bedarf Geld borgten, borgten natürlich auch die Privatunternehmen, um die Regierungsaufträge ausführen zu können. Das Gold, das nun nicht mehr einfach verlangt werden konnte, ruhte in den Tresoren, abgesehen von kleinen Mengen, die exportiert wurden, um für die Lieferungen neutraler Länder oder von Mitstreitern zu bezahlen."

Der gewaltige Anstieg von ungedecktem Papiergeld führte zu einer atemberaubenden Inflation:

"Die Mittelklasse der europäischen Gesellschaft, mit ihren Bankguthaben, Scheckeinlagen, Hypotheken, Versicherungs- und Rentenpapieren wurde durch die Kriegsinflation angeschlagen und sogar ruiniert."

Lügen wie zu keiner anderen Zeit der Weltgeschichte

Diese von den internationalen Banken berechnete Vergewaltigung der Währung hatte eine zusätzliche Wirkung, die perfekt in ihre Pläne zur Vernichtung der "alten Weltordnung" paßte, die der "Neuen Weltordnung" der Illuminaten vorausgehen sollte.

In einigen Ländern "ging die Inflation so weit, daß die Währungseinheit vollkommen wertlos wurde. Die Mittelklasse wurde weitgehend zerstört und ihre Angehörigen in die Verzweiflung getrieben oder zumindest an den Rand eines psychopathischen Hasses auf jede Form der Regierung oder der sozialen Klasse, die sie für ihren Notstand verantwortlich hielten."

Selbst in England und Amerika "stiegen die Preise um 200 bis 300 Prozent, während die

Staatsverschuldung um rund 1.000 Prozent zunahm." Professor Quigley bestätigt die Ansicht von Arthur Ponsonby, einem englischen Parlamentarier, daß "es in der Welt von 1914 bis 1918 mehr vorsätzliche Lügen gegeben haben muß als zu jeder anderen Zeit der Weltgeschichte."

Aufgrund der englischen Zensur waren zum Beispiel die meisten Tatsachen bezüglich der Vorgeschichte des Krieges in Amerika unbekannt. Das englische Kriegspropaganda-Ministerium unter Leitung von Sir Gilbert Parker betrieb das amerikanische Informationsbüro, welches "fast alle Informationen kontrollieren konnte, die für die amerikanische Presse bestimmt waren und fungierte ab 1916 als ein internationaler Nachrichtendienst, der die europäischen Nachrichten selbst an rund 35 amerikanische Zeitungen verteilte."

Sie "unterschlügen jede Verletzung des Kriegsrechts oder der Regeln der Menschlichkeit, soweit diese der (britisch-französischen) Entente anzulasten waren. Hingegen wurden Verstöße und Grausamkeiten der Zentralmächte (Deutschland) groß herausgebracht."

"Greuel-Propaganda" wurde hochgespielt, Geschichten über Deutsche, die Tote verstümmeln, Frauen vergewaltigen, Kindern die Hände abhacken, Kirchen und Denkmäler entweihen und Belgier gekreuzigt haben, fanden im Westen allgemein Glauben, als man das Jahr 1916 schrieb.

Diese krassen Lügen wurden von den Illuminaten-Agenten für eine Reihe von Zwecken fabriziert. Zu diesen Zwecken gehörte die Hoffnung, dadurch die Chance eines Verhandlungsfriedens (zum Dezember 1916) zu sabotieren. Sie hofften damit auch, die Unterstützung neutraler Länder (wie die Vereinigten Staaten) zu gewinnen und diese im Namen der "Menschlichkeit" in den Krieg zu ziehen.

Als der Öffentlichkeit diese Lügen am Ende des Krieges bekannt wurden, erfüllten sie auch noch den Zweck, die Skepsis gegenüber allen Regierungsmitteilungen weiter zu vermehren.

Wie Edward Stanton, Lincolns Kriegsminister, in seinem berühmten Buch "Mr. Secretary" sagt: "Kriege werden nicht ausgetragen, um einen Feind zu besiegen. Kriege werden gefochten, um einen Zustand hervorzurufen", der vollkommen in Übersteinstimmung mit den langfristigen Plänen der Illuminaten war.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg (gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.

Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begründer der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.

Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer

"berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.

Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so schefelte.

Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar (schon der heilige Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.

Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiff's Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahresalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.

Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berühmte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerläßlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.

Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina.

Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.

Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.

Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...

Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war

ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons.

Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersonlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.

Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.

Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.

Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten.

Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.

Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen größtenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.

Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<

Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über die Gründe bzw. Folgen der nordamerikanischen Kriegsbeteiligung (x065/329-330): >>... Der Druck der industriellen und landwirtschaftlichen Überproduktion, der in den Vorkriegsjahren so schwer auf den USA gelastet hatte, verschwand im Laufe des Ersten Weltkrieges in zunehmenden Maß als die USA zum Lieferanten der kriegsführenden Alliierten wurden.

Von etwa 40 Millionen Dollar im Jahre 1914 stieg der Wert der nordamerikanischen Ausfuhr 1915 auf 210 Millionen und 1916 auf 1,29 Milliarden Dollar. 1915 betrug die englisch-französischen Schulden in den USA bereits 500 Millionen Dollar. Diese wirtschaftlichen Tatsachen gewannen mehr und mehr an Gewicht. Sie waren zwar nicht das einzige, vielleicht nicht einmal das ausschlaggebende, aber ein höchst bedeutsames Motiv für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 über die Gründe bzw. Folgen der US- Kriegsbeteiligung (x335/-58,60): >>**Händler des Todes**

_ von *Sven Reuth*

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson sicherte sich seine Wiederwahl 1916 mit dem Slogan: "Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten". Eine glatte Lüge - denn die US-

Hochfinanz hatte Deutschland längst ins Visier genommen.

... **Kapitalistische Revolutionäre**

Sowohl das Deutsche Reich als auch Kreise der New Yorker Hochfinanz versuchten, die Russische Revolution zu beeinflussen. In Berlin sah man im Frühjahr 1917 nach dem US-Kriegseintritt nur noch die Möglichkeit, den Krieg im Osten schnell zu beenden, um Kräfte für den Westen freizubekommen.

Da nach dem Sturz des Zaren im März 1917 auch die neue bürgerliche Regierung unter Alexander Kerenski den Krieg fortsetzen wollte, setzte man auf die bolschewistische Karte. Der Schweizer Exilant Lenin wurde in einem plombierten Eisenbahnwaggon über das deutsche Reichsgebiet und Skandinavien nach Rußland gebracht.

Die Bolschewiki erhielten dort über den Hamburger Bankier Max M. Warburg insgesamt sechs Millionen Dollar in Gold. Aber auch jüdische Bankiers in New York wie Jakob Schiff wünschten den Sturz des Zaren, da es in seinem Land immer wieder zu antisemitischen Pogromen kam. So unterstützte Schiff schon vor der Februarrevolution revolutionäre Aktivitäten in der russischen Armee und finanzierte auch Trotzki's Rückkehr aus dem US-Exil nach Rußland.

Geburt einer Weltmacht

Als an der Jahreswende 1916/17 nach der deutschen Eroberung Rumäniens mit seinen wichtigen Ölfeldern und den gescheiterten und ungeheuer verlustreichen britischen Offensiven an der Somme ein deutscher Sieg möglich zu werden schien, brauchte der US-Präsident dann auch nicht lange, um auf militärische Parolen umzuschalten. Den Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 bezeichnete er als "Kreuzzug für die Demokratie". Die ungeheuren materiellen und personellen Ressourcen, die die Vereinigten Staaten in den Krieg warfen, wendeten das Blatt schließlich für die Entente-Mächte.

"Die alliierte Sache ist auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwommen."

Lord Curzon

Die USA waren innerhalb von vier Jahren endgültig zu einer Weltmacht aufgestiegen und hatten ungeheure ökonomische Gewinne realisiert. Betrugen die US-amerikanischen Exportüberschüsse zum Ende des dortigen Fiskaljahrs am 30. Juni 1914 noch eine Milliarde Dollar, so waren sie drei Jahre später auf 82 Milliarden Dollar gestiegen.

Ein unter dem Vorsitz des republikanischen Senators Gerald P. Nye zwischen 1934 und 1936 tagender Untersuchungsausschuß stellte fest, daß die Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkriegs alleine an Großbritannien 2,3 Milliarden Dollar an Krediten vergeben hatten, an das Deutsche Reich aber nur 27 Millionen Dollar. Die von dem konservativen Politiker daraufhin aufgestellte Forderung, das Land dürfe sich nie mehr von den "Merchants of Death", den "Händlern des Todes", lenken lassen, hat sich bislang als frommer Wunsch erwiesen. <<

Lenin rief am 6. November 1917 zum gewaltsamen Sturz der russischen Kerenski-Regierung auf (x073/46): >>**Genossen!**

Ich schreibe diese Zeilen am Abend des 24. (6. November). Die Lage ist äußerst kritisch. Es ist jetzt sonnenklar, daß jetzt jede Verzögerung des Aufstandes den Tod bedeuten würde. Mit der Aufbietung meiner ganzen Kraft mühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Faden hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Konferenzen, durch Kongresse ... entschieden werden, sondern durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewegten Massen. ...

Man muß unter allen Umständen heute abend, heute nacht die Regierung verhaften, indem man die Junker entwaffnet ... Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!

Die Geschichte wird eine Verzögerung den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen können (und bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles zu verlieren, ja Gefahr laufen, alles zu verlieren. ...

Die Regierung schwankt, man muß ihr den Rest geben, koste es, was es wolle!<<

Am 6. November 1917 wurde die russische Kerenski-Regierung durch die Bolschewisten (Kommunisten) gewaltsam gestürzt. An der russischen "Oktober-Revolution" von 1917 (der westliche gregorianische Kalender wurde erst im Februar 1918 in Rußland eingeführt) waren zahlreiche jüdische Revolutionäre maßgeblich beteiligt und besetzten entscheidende Positionen. Zu ihnen gehörten z.B. (x043/346): Leo Trotzki (1879-1940, ermordet), Grigorij Sinowjew (1883-1936, hingerichtet) und Lew Kamenew (1883-1936, hingerichtet, enger Mitarbeiter Lenins).

Lenin berichtete später über die russischen Revolutionäre (x043/346): >>... Die Russen sind zu leichtlebig. Sie werden des revolutionären Kampfes zu schnell müde. Die Juden aber geben mit ihrer Hartnäckigkeit und ihrem Fanatismus ausgezeichnete Revolutionäre ab.<<

Leo Trotzki (ein herausragender Redner und Schriftsteller, der u.a. auch die US-Darlehen weiterleitet) gründete und führte später die Rote Armee.

Der deutsche Historiker Günther Stökl berichtete später über Trotzki's Hauptrolle während der "Oktoberrevolution" im Jahre 1917 (x243/125): >>... Die Seele der Vorbereitungen war ein Mann, den die sowjetische Geschichtsschreibung zur Unperson gemacht hat – Trotzki.

Als Termin war der 25. Oktober (7. November) vorgesehen, an dem der Zweite Allrussische Kongreß zusammentreten sollte. Kein wesentliches Hindernis stellte sich dem Plan in den Weg.

Schon am 22. Oktober (4. November) konnte das militärrevolutionäre Komitee ... es wagen, offen die militärische Militärgewalt zu übernehmen. ... Als Kerenski mit ganz unzulänglichen Kräften – es standen ihm nur die Junker einiger Offiziersschulen und ein Frauenbataillon zur Verfügung – einen letzten Versuch machte, um das Gesetz des Handelns an sich zu reißen und die Druckerei der bolschewistischen Zeitung sowie die Nevabrücken besetzen ließ, schlug Trotzki los.

Während des Tages und der darauffolgenden Nacht besetzten bolschewistische Truppen und Rote Garden (bewaffnete Arbeitermilizen) alle wichtigen Punkte der Stadt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Nur das Winterpalais, in dem sich die Regierung aufhielt, ... fiel erst in der nächsten Nacht – dabei verloren die Angreifer 6 Tote, die einzigen Opfer der Oktoberrevolution in Petrograd – und die anwesenden Minister wurden verhaftet. ...

Zur gleichen Zeit verkündete ein Aufruf Trotzki's den Bürgern Rußlands: "Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Als Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat das militärrevolutionäre Komitee, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht, die Staatsgewalt übernommen."

Die Unauffälligkeit des welthistorischen Ereignisses hat Akteure und Zuschauer gleichermaßen beeindruckt. während der Sturm auf das Winterpalais stattfand, spielten die Theater und fuhren die Straßenbahnen.

Trotzki schreibt später von einer "Stille, schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden, einer Drehbühne gleich, die die Volksmassen in den Vordergrund hob und die gestrigen Herren in die Unterwelt hinabtrug."

Was emporgehoben wurde, waren in Wahrheit nicht die "Volksmassen", sondern die Partei der russischen Kommunisten unter der Führung Lenins, und hinabgetragen "auf den Kehrichthaufen der Geschichte", wie derselbe Trotzki ihnen nachschrie, wurden fürs erste die russischen Sozialisten – rechte Sozialrevolutionäre, Menschewisten und Bundisten, - die am Abend des 25. Oktober (7. November) den Sowjetkongreß aus Protest gegen das Geschehen verließen.

Damit waren die Bolschewisten unter sich – den linken Sozialrevolutionären, die sich ihnen angeschlossen hatten, kam keine selbständige Bedeutung zu – und Lenin begann zu regieren.

...<<

Die Bolschewisten wurden damals durch US-Banken (wie z.B. durch die New Yorker Bankhäuser Kuhn, Loeb & Co., Warburg und andere Geldgeber) finanziell unterstützt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die finanzielle Unterstützung der Bolschewisten durch US-Banken (x068/187-188): >>... Das zaristische Reich kollabierte, die revolutionäre Regierung, ... die rote Armee war zu finanzieren. Jakob H. Schiff, dem Zaren gram wegen der Judenverfolgungen, hatte schon im Russisch-Japanischen Krieg 1905 russische Revolutionäre finanziert und derart zum Sieg der Japaner beigetragen. 1917 aber bezahlte er den bolschewistischen Umsturz, und zwar über Leo Trotzki, der mit der Tochter eines ihm befreundeten Bankiers, Giwotowski, verheiratet war.

Einerseits gelangte derart ein ununterbrochener Geldstrom an die roten Revolutionäre mittels der den Partnern von Kuhn, Loeb & Co. offen stehenden Kredite bei den Rothschildbanken in Paris, London und Petersburg, Lazare Frères, Speyer & Co. und Ginzburg & Co. Andererseits war ja auch die deutsche Heeresleitung zur Unterstützung der russischen Revolution bereit.

Die amerikanischen Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Felix M. Warburg und Paul M. Warburg, schalteten also ihren in Deutschland lebenden Bruder Max M. Warburg ein. (Er war eng befreundet mit dem deutschen Großindustriellen, dem 1922 ermordeten Reichsminister Walther Rathenau, der ab 1914 die Rohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium leitete und als Verwaltungsratsmitglied in weit über hundert Firmen saß.) Max M. Warburg widmete sich fast nur europäischen Unternehmen und gab über seine Bank das deutsche Geld ins neutrale Schweden, an die Nye-Banken in Stockholm, deren Leiter Oscar Ahlström es den Bolschewisten transferierte.

Man wird in Erinnerung behalten müssen, daß die Finanzierung des Umsturzes in Rußland und der roten Armee durch die US-Hochfinanz geschah, ja, daß sie auch dort - über Max M. Warburg - ihre Finger im Spiel hatte, wo der deutsche Goldstrom zum Fließen kam, nämlich das Geld des Rheinisch-Westfälischen Syndikats, einer nahezu singulären Industriekonzentration, auf die Max M. Warburg größeren Einfluß hatte als seine Rivalen Thyssen, Stinnes oder Hugenberg.

Trotzkis Position an der Seite Lenins wurde durch seine kapitalistischen Verbindungen beträchtlich verstärkt, von Stalin später aber unter vielem anderen zu seiner Diffamierung und Verfemung benutzt. Doch ist nicht sicher erwiesen, daß Trotzki in Mexiko einem Anschlag der russischen Seite erlag.

Er hatte zuletzt seinen Stalin-Attacken auch Hinweise auf die Wallstreet beigefügt; zum Beispiel erklärt, "daß die kommunistische Internationale geradezu als konservatives Unternehmen bezeichnet werden müsse, wenn ihr vergleichsweise die Börse von New York gegenübergestellt werde".

Als Jakob H. Schiff jedenfalls seine Verdienste am bolschewistischen Umsturz herausstrich, verfiel er zeitweise so etwas wie dem Boykott der US-Gesellschaft, und sein Schwager Paul M. Warburg mußte sich von ihm distanzieren.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die finanzielle Förderung der russischen Aufstände (x364/65-68): >>... **Die Finanzierung der russischen Revolution**

In dieselbe Zeit fiel ein weiteres historisch bedeutendes Ereignis. Nach seiner Ausweisung aus Frankreich und Spanien traf Trotzki mit seiner Familie an Bord des Dampfers "Monserrat" am 13. Januar 1917 in New York ein. Obwohl nichts davon bekannt ist, daß er eine feste Anstellung hatte, lebten die Trotzki in einer Luxuswohnung und fuhren in einer chauffierten Limousine herum. Die Quelle seines Wohlstandes blieb eine zeitlang unbekannt.

Trotzki verließ New York an Bord der SS. "Kristianafjord", um in Rußland die bolschewistische Phase der Revolution zu organisieren. Als das Schiff am 3. April 1917 in Halifax, Neu-

schottland, festmachte, wurde Trotzki Gruppe von kanadischen Beamten auf Anordnung der britischen Admiralität in London festgehalten.

Innerhalb weniger Stunden sahen sich die Kanadier beträchtlichem Druck von hohen Regierungsbeamten in Washington und in London ausgesetzt, die Trotzki Freilassung erwirken wollten. Offizielle Unterlagen über das Geschehnis, die unlängst von der kanadischen Regierung freigegeben wurden, bestätigen, daß die Beamten wußten, daß Trotzki Gruppe "Sozialisten waren, die Amerika verließen, um eine Revolution gegen die derzeitige russische Regierung zu entfesseln". Trotzki und seine Reisegefährten wurden rasch entlassen.

Antony A. Sutton vom Hoover Institut der Stanford Universität wirft in seinem Buch "Wall Street and the Bolshevik Revolution" ein helles Licht auf diese Geschichtsperiode. Über das Hoover Institut hatte er Zugang zu Regierungsunterlagen: "Präsident Wilson war die märchenhafte Patentante, die Trotzki mit einem Paß versorgte, damit er die Revolution in Rußland "vorantreiben" konnte.

Dieser amerikanische Paß war mit einem russischen Einreisevisum versehen. Jennings C. Wise kommentiert in "Woodrow Wilson: Schüler der Revolution entsprechend: "Die Geschichte darf nie vergessen werden, daß Woodrow Wilson es Leo Trotzki trotz der Bemühungen der britischen Polizei ermöglichte, Rußland mit einem amerikanischen Paß zu betreten.

Im April 1917 reisten Lenin und eine Gruppe von 32 russischen Revolutionären per Bahn von der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Petrograd in Rußland. Sie wollten sich mit Trotzki treffen, um "die Revolution zu Ende zu führen". Ihre Reise durch Deutschland war vom deutschen Generalstab gebilligt, ermöglicht und finanziert worden."

Der Kaiser wußte davon nichts. Zu dieser Zeit bekleidete Max Warburg, der Bruder von Paul und Felix Warburg, die bei der Gründung des amerikanischen Federal Reserve System eine führende Rolle gespielt hatten, einen hohen Posten im deutschen Geheimdienst. Außerdem war er der Vorstand der Rothschild-Warburg-Bank in Frankfurt. Kann man bei diesen Tatsachen bezweifeln, daß die internationalen Bankiers das Ganze heimlich steuerten?

20 Millionen Dollar für den Sieg der Revolution

Lenin und Trotzki vereinigten ihre Kräfte und waren innerhalb von sieben Monaten durch List, Korruption und Betrug soweit, daß sie zusätzliche Kriminelle in ausreichender Menge anheuerten und dem Staat das Prinzip aufzwingen konnten, das Lenin "alle Macht den Räten" nannte. Die Bolschewiken übernahmen die Kontrolle in einigen Städten, deren wichtigste Petrograd war. Das war Jahre vor der endgültigen Machtübernahme in Rußland durch Lenin und seine Horde.

In seinem Buch "Czarism and the Revolution" schreibt der russische General Arsene De Gulewitsch:

"Die Hauptgeldgeber der Revolution waren aber weder verrückte russische Millionäre noch Lenins bewaffnete Banditen. Das "wirkliche" Geld kam hauptsächlich aus gewissen britischen und amerikanischen Kreisen, die schon seit langem die revolutionäre Sache in Rußland unterstützt hatten. Die wichtige Rolle, die der begüterte amerikanische Bankier Jacob Schiff bei den russischen Emigranten spielte, ist kein Geheimnis mehr."

Das wurde vom "New York Journal American" vom 3. Februar 1949 bestätigt: "Jacobs Enkel John Schiff schätzt heute, daß sein Großvater ungefähr 20 Millionen Dollar für den endgültigen Triumph des Bolschewismus in Rußland aufwandte."

De Gulewitsch erwähnt einen anderen russischen General, der behauptet, die Revolution sei "von den Engländern, genauer gesagt von Sir George Buchanan und Lord Alfred Milner in die Wege geleitet worden. In Privatgesprächen wurde mir mitgeteilt, daß Lord Milner mehr als 21 Millionen Rubel für die Finanzierung der russischen Revolution auf gewandt hat."

Milner, ein Strohmann der Rothschilds, war ein führendes Mitglied der geheimen "Round Table-Organisation", deren "Einfluß kaum überschätzt werden kann", schreibt Quigley. Es ist

keine Frage, daß die wirklichen Mächte hinter den Kulissen die russische Revolution ins Leben riefen und finanzierten.

Bei Quigley heißt es weiter: "1919 war es dieselbe Gruppe, die für die Gründung des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten in England und den Rat für Auswärtige Beziehungen in den Vereinigten Staaten verantwortlich zeichnete". Beide Organisationen sind seit ihrer Gründung nie müde geworden, das Konzept einer "neuen Weltordnung" zu verkünden. Sofort nach Beginn der bolschewistischen Revolution wurden in der amerikanischen Presse zahlreiche kritische Stimmen zu Ursache und Auswirkungen der Revolution laut.

Am 28. November 1917 - zwei Wochen nach Beginn der russischen Revolution - kabelte "Colonel" House, "der kein offizielles Regierungsamt bekleidete und nie in irgendeine Position gewählt worden war, an Präsident Wilson: "Es ist von allerhöchster Wichtigkeit, daß solche Kritik unterdrückt wird"."

Profite der Revolution

Winston Churchill erkannte die wahre Kraft hinter der bolschewistischen Revolution - die Illuminaten! In einem Artikel des "Illustrated Sunday Herald" vom 8. Februar 1920 schrieb er: "Seit den Tagen Spartacus Weishaupts über Karl Marx, Trotzki, Bela-Kuhn, Rosa Luxemburg und Emma Goldman ist diese weltweite Verschwörung stetig angewachsen. Sie spielte in der Tragödie der französischen Revolution eine klare erkennbare Rolle.

Sie war die Triebfeder jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts; und jetzt hat diese Gruppe außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas das russische Volk beim Schopf gepackt und ist praktisch der unbeschränkte Herrscher dieses Riesenreichs geworden."

Die Auswirkungen des Krieges und der Revolution auf die russische Nation waren verheerend. Als die Feindseligkeiten aufhörten, war Rußland in jeder Beziehung ein Schlachtfeld. Die toten Theorien von Marx und seinen Jüngern erwiesen sich als völlig unbrauchbar bei dem Versuch, den Wiederaufbau zu leisten. Der Zusammenbruch des gesamten Systems schien unabwendbar.

In den auf die Revolution folgenden Jahren pumpten amerikanische Industrielle, Bankiers und ihre Geschäftspartner aus anderen Ländern Kapital nach Rußland. Nach Dokumenten, die in einem Senat-Hearing über den Export strategischer Güter in die UdSSR am 23. Oktober 1961 vorgelegt wurden, sandten die großen amerikanischen Gesellschaften Techniker und Maschinen in die UdSSR, um die dortigen Ölfelder zu erschließen. Außerdem wurden zahlreiche amerikanische Experten hinüberschickt, um den Bolschewiken zu helfen, durch den Bau von Eisenbahnen, Stahl- und anderer Industrie ihre Position zu festigen. ...<<

Die "Iswestija" (Zeitung des russischen Sowjetkongresses) berichtete am 7. November 1917 (x191/18-19): >>Die Bolschewisten machen sich die weitverbreitete Unzufriedenheit und die große Unwissenheit der Massen von Soldaten und Arbeitern zunutze. ... Ist es möglich, daß die Leute nicht begreifen, daß Diktatur und Terror nicht die Mittel sind, mit denen man ein Land organisieren sollte? ...<<

Die nordamerikanische Historikerin Merle Fainsod (1907-1972) schrieb später über die russische "Oktoberrevolution von 1917" (x245/126-127): >>... Die stärkste Hilfstruppe der Bolschewiki (Mehrheitler) waren die Fabrikarbeiter. Lenin gewann ihre Unterstützung, indem er ihnen eine Regierung versprach, die "den Schmarotzern die überflüssigen Lebensmittel wegnimmt und sie den Hungernden gibt, ... die Obdachlosen in Wohnungen der Reichen einquartiert, ... die Reichen zwingt, die Milch zu bezahlen, ihnen jedoch keinen Tropfen Milch gibt, solange nicht die Kinder aller armen Familien in genügendem Maße damit versorgt sind".

Mit zwei Parolen – "Brot" und "Arbeiterkontrolle" – zog Lenin beträchtliche Teile der Industriearbeiterschaft von den Menschewiki (Minderheitler) weg auf die Seite der Bolschewiki.

Die bolschewistische Revolution war nicht von einer Mehrheit getragen. Die letzten freien

Wahlen, die in Rußland stattfanden, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung Ende 1917, zeigten klar, daß die Bolschewiki im gesamten Land über nicht mehr als 25 % der Stimmen verfügten.

Aber die Bolschewiki besaßen, wie Lenin später bemerkte, "zum entscheidenden Zeitpunkt an der entscheidenden Stelle das ausschlaggebende Übergewicht an Kräften". In den Gebieten und Truppenteilen, die für den Erfolg des Aufstands strategisch wichtig waren – Petrograd, Moskau, die Baltische Flotte und die Garnisonen rund um Petrograd –, neigte sich die Waagschale tief zugunsten der Bolschewiki.

Die Feinde des Bolschewismus waren zahlreich; aber sie waren schwach, schlecht organisiert, gespalten und apathisch. Lenins Strategie war darauf gerichtet, die Spaltungen unter seinen Gegnern zu vertiefen, ihren Widerstand zu neutralisieren und aus ihrer Apathie Kapital zu schlagen.

1902 hatte Lenin in "Was tun?" geschrieben: "Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!"

Am 7. November 1917 war der Wunsch erfüllt und die Tat vollbracht. ...<<

Der deutsche Historiker Oskar Anweiler schrieb später über die Folgen der russischen "Oktoberrevolution von 1917" (x245/125): >>... Die Oktoberrevolution wurde von den Bolschewiki unter der Losung "Alle Macht den Räten" vorbereitet und durchgeführt. Eine Überprüfung des geschichtlichen Tatbestandes ergibt aber, daß die Machtübernahme nur von einem Teil der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte selbst gewünscht und praktisch durchgeführt wurde.

Die große Mehrheit der Sowjets und der in ihnen vertretenen Massen begrüßte zwar den Sturz der Provisorischen Regierung, lehnte aber eine bolschewistische Alleinherrschaft ab. Trotzdem gelang es Lenin und Trotzki durch gewaltsame Aktionen und eine geschickte Demagogie, diese Widerstände auszuschalten und hinter der Sowjetfassade den Grund für ihre Parteidiktatur zu legen.

Schon sechs Wochen nach dem bolschewistischen Oktoberaufstand schrieb Maxim Gorkis Blatt "Novaja Zizn" in einer herben Kritik der neuen Machthaber: "Die Macht ist auf die Räte nur auf dem Papier, in der Fiktion, und nicht in Wirklichkeit übergegangen. Der 2. Altrussische Sowjetkongreß wurde von den Bolschewiki vor die vollendete Tatsache der Machteroberung durch die Bolschewiki und nicht durch die Sowjets gestellt. Die Sitzungen des Kongresses gingen in einer Atmosphäre des Aufstandes vor sich, die Bolschewiki stützten sich auf die Gewalt der Bajonette und Gewehre. ...

In den Provinzen, wo die Sowjets schwankten, wo keine bolschewistische Mehrheit gesichert war, suchten die Bolschewiki den Sowjets Angst einzujagen und sie vor die Alternative zu stellen, entweder sich zu unterwerfen oder den Bürgerkrieg in den Reihen der Demokratie hervorzurufen. So wurde die Losung 'Alle Macht den Räten' verwirklicht, die sich in Wirklichkeit in die Losung 'Macht einigen Bolschewiki' verwandelt hatte. ...

Die Räte verlieren schon ihre Bedeutung, die Rolle der Räte sinkt zu einem Nichts herab. ...

Eine Sowjetrepublik? Leere Worte! In Wahrheit ist es eine oligarchische Republik, eine Republik einiger Volkskommissare.

Worin haben sich die lokalen Sowjets verwandelt? In unfreie, untätige Anhängsel der bolschewistischen 'Kriegsrevolutionskomitees' oder von oben ernannter Kommissare. Und diejenigen Räte, die ihre Unabhängigkeit noch bewahren, die hartnäckig den 'Rat der Volkskommissare' nicht anerkennen, kommen auf eine schwarze Liste der verdächtigen, opportunistischen, beinahe konterrevolutionären Einrichtungen. ...

Die Sowjets zerfallen, werden kraftlos und verlieren von Tag zu Tag mehr ihr Ansehen in den Reihen der Demokratie. ...<<

Der Sowjetkongreß erließ am 8. November 1917 ein Dekret über die Verstaatlichung von Grund und Boden (x058/304):

>>1. Das Besitzrecht der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich aufgehoben. Eine Entschädigung wird nicht geleistet.

2. Die den Gutsbesitzern, Domänenverwaltungen, Klöstern, Kirchen gehörenden Ländereien gehen mit allem lebenden und toten Inventar, allen Baulichkeiten und allem Zubehör bis zur Entscheidung in der Bodenfrage durch die Konstituante (verfassunggebende Versammlung) in die Verwaltung der Dorfgarkomitees und der Kreisbauernräte über.

3. Jeder dem konfiszierten Eigentum, das nun dem ganzen Volke gehört, zugefügte Schaden wird als schweres Verbrechen betrachtet und von den Revolutionsgerichten bestraft. Die Kreisbauernräte ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung einer strengen Ordnung bei der Konfiskation des Gutsbesitzes, zur Bestimmung der der Konfiskation unterliegenden Ländereien und ihrer Grenzen, zur Aufstellung genauer Verzeichnisse des konfiszierten Eigentums und zum strengsten revolutionären Schutz des ganzen in den Besitz des Volkes übergehenden Grundbesitzes mit allen Baulichkeiten, Geräten und Viehbeständen, Vorräten usw. ...<<

Lenin hielt nach der siegreichen "Oktober-Revolution" eine Rede vor dem Sowjetkongreß (x191/18): >>Genossen, die Arbeiter- und Bauernrevolution, deren Notwendigkeit die Bolschewiki mit Nachdruck vertreten haben, ist Tatsache geworden.

Was bedeutet diese Revolution? Zunächst bedeutet sie, daß wir eine Sowjet-Regierung haben werden ohne die geringste Beteiligung der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst eine Regierung bilden.

Der alte Staatsapparat wird zerschlagen werden, und an seiner Stelle wird ein neuer, von Sowjetorganisationen geschaffener Regierungsapparat entstehen.

Heute beginnt ein neues Blatt in der Geschichte Rußlands und die gegenwärtige Dritte Russische Revolution wird schließlich zum Sieg des Sozialismus führen.

Eine unserer unmittelbarsten Aufgaben ist es, sofort den Krieg zu beenden. Aber um den Krieg, der mit dem jetzigen kapitalistischen System eng verknüpft ist, zu beenden, wird es notwendig sein, den Kapitalismus selbst zu stürzen. In diesem Beginnen werden wir den Beistand der revolutionären Bewegung der Welt haben, deren Entwicklung in Italien, England und Deutschland schon eingesetzt hat ...

Wir müssen nur daran gehen, in Rußland einen proletarischen sozialistischen Staat aufzubauen.

Hoch lebe die weltumspannende sozialistische Revolution!<<

Lenin schrieb damals über die Diktatur des Proletariats (x128/33): >>Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft ... zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine "politische Übergangsperiode", und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein. ...

Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisation der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben.

Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der zum erstenmal ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten.

Diese müssen wir niederhalten, um die Menschen von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden – es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt. ...

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d.h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den

gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann "hört der Staat auf zu bestehen" und "kann von Freiheit die Rede sein". ...<<

Der russische Schriftsteller Maxim Gorki warnte damals bereits frühzeitig vor einem verlustreichen russischen Bürgerkrieg (x122/431): >>... Die Menschen werden einander töten, weil sie es nicht verstehen, ihre tierische Dummheit zu überwinden. ... Kurz, es wird sich das blutige, sinnlose Gemetzel wiederholen, das wir schon gesehen haben und das im ganzen Land die moralische Bedeutung der Revolution bereits angegriffen aber auch ihren kulturellen Sinn erschüttert hat.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Ereignisse diesmal einen noch blutigeren und pogromistischeren Charakter annehmen werden. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die russischen Revolutionen im Jahre 1917 (x364/114-119): >>...

Bühne frei für die Revolution

Im Jahr 1915 konnten aufgrund der Verstärkung an der Ostfront die Deutschen eine massive Offensive einleiten. Bis zum September hatten sie ganz Polen und Litauen eingenommen und rückten weiter nach Osten vor. Die russische Armee hatte in den Schlachten um Polen und Litauen weitere Millionenverluste erlitten.

In der Gegenoffensive von 1916 unter General Brussilow in Galizien und Wolhynien, die bis zu den Karpaten gelangt war, ehe sie durch das Eintreffen von Nachschubtruppen der Deutschen gestoppt wurde, verlor Rußland eine weitere Million Männer. Nach dieser neuen nationalen Katastrophe befand sich Rußland vor dem physischen und finanziellen Ruin. Die Nation war von Verzweiflung gepackt.

Die durch dieses nationale Trauma geschaffenen Zustände wurden von speziell ausgebildeten Illuminaten-Agenten in übersteigerten Tönen ausgemalt, die eifrig die Flammen der Unzufriedenheit schürten, vor allem in den dichter besiedelten Gebieten.

Da die Philosophie der Illuminaten von Elend und Unsicherheit lebt, hatten ihre Bemühungen Erfolg, die Bühne für eine Revolution freizumachen, die sich an die durch die Deutschen erlittene Niederlage anschließen sollte.

Die Revolution brach im Februar 1917 aus. Der Zar dankte ab und eine provisorische Regierung übernahm die Regierungsgeschäfte, zunächst unter Leitung von Prinz Georgi Luwow, dann Alexander Kerenski. Es gelang dieser jedoch nicht, das Blatt des nationalen Zerfalls zu wenden.

Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten

Da sich die Situation weiter verschlimmerte, wurden von der Kabale der Illuminaten und den internationalen Banken sorgfältige Vorbereitungen zum endgültigen Überfall auf die russische Nation unternommen, die, wie die Vergangenheit gezeigt hatte, das Haar in der Suppe war, jedenfalls bezüglich der Pläne für die Welteroberung.

In New York bemühte sich Leo Trotzki, der am 13. Januar auf verschlungenen Wegen in die USA gekommen war, um der Inhaftierung durch europäische Behörden zu entgehen, mit diabolischem Eifer, das zu sammeln, was Winston Churchill später einmal als eine "Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten" bezeichnet hat. Diese bildete den Kern, um den sich die politische Führungsmannschaft der geplanten Revolution aufbaute.

Obwohl er nach außen hin keine Mittel besaß, lebte Trotzki in einem modischen Apartment und ließ sich in einem Straßenkreuzer herumchauffieren. Häufig sah man ihn den palastähnlichen Wohnort von Jacob Schiff betreten, dem Rothschildagenten, der vor rund 40 Jahren die Kontrolle der Firma Kühn, Loeb and Co. übernommen hatte, einem internationalen Bankhaus, und zwar auf Geheiß seiner europäischen Meister.

Schiff hatte sich in den amerikanischen Finanzkreisen einige Jahre zuvor selbständig gemacht,

als er in seiner Eigenschaft als der amerikanische Rothschildagent Nr. 1 die Finanzierung für die John D. Rockefeller gehörende Standard Oil, das Eisenbahnimperium von Edward Harri- man und das Stahlreich von Andrew Carnegie besorgt hatte.

Als Trotzki's private Armee aus skrupellosen Taugenichtsen, die ihr "Hammellager" auf dem Standard Oil-Gelände in New Jersey hatten, ausreichend für seinen Feldzug der Subversion und des Terrors ausgebildet war, verließen sie New York auf der SS "Kristianiafjord" in Rich- tung Rußland. Mit ihnen befanden sich an Bord 20 Millionen Dollar in Gold, die der interna- tionale Banker Jacob Schiff geliefert hatte. Diese Riesensumme sollte die unzähligen, ver- schiedenen Auslagen decken, die für ein solches Herkulesunternehmen benötigt würden.

Diese Tatsache ist später von Jacob Schiffs Enkelsohn, John, bestätigt worden (Knickerbocker Column, "New York Journal American", 3. Februar 1949).

Als ihr Schiff, das von Jacob Schiff gechartert war, am 3. April von kanadischen Behörden in Halifax, Neuschottland, festgehalten wurde, sah es für einen flüchtigen Moment so aus, als ob die Illuminaten-Verschwörung scheitern würde.

An dieser Stelle wurde die furchtbare, unsichtbare Macht des Jacob Schiff und seiner Big- Money-Freunde der kanadischen Regierung deutlich gemacht. Sie befahlen ihren Marionetten in Washington und London, sofort zu intervenieren.

Daraufhin befand sich die Trotzki-Bande innerhalb weniger Stunden wieder auf hoher See. In Europa angekommen, machte sich Trotzki auf den Weg in die Schweiz, wo er mit Lenin, Sta- lin, Kaganowitsch und Litwinow zusammenstieß, um die letzten Einzelheiten der Strategie zu klären, bevor man sich nach Rußland begab.

Die ehrenwerten Warburgs

Aber noch sahen sich die bolschewistischen Verschwörer vor ein scheinbar unüberwindliches Hindernis gestellt: wie sollten sie ihre "Armee" und Ausrüstung quer durch halb Europa und nach Rußland bringen? Die Antwort auf dieses Dilemma kam, als Max Warburg, der Roth- schildagent, der Leiter der deutschen Geheimpolizei war, sie alle in einen versiegelten Eisen- bahnwagon packte und für ihre sichere Durchfahrt bis an die russische Grenze sorgte. Max Warburg war der Bruder von Paul Warburg, dem Erbauer, Gründer und ersten Vorsitzenden der amerikanischen Federal Reserve Corporation.

Nachdem sie einmal in Rußland waren, wendeten Lenin, Trotzki und ihre erbarmungslose Bande von Raubmördern die teuflischen Lehren mit unermüdlichem Eifer an, die Sergei Ne- chayev in seinem "Revolutionären Katechismus" niedergelegt hatte. In Lenins eigenen Worten mußten die ergebenen Anhänger "zu jedem und allen Opfern bereit sein und zu allen nur denkbaren Mitteln, Manövern und illegalen Methoden, zu Lügen und Verleumdungen", um die Zielsetzung zu verwirklichen.

Die Rote Armee der Banker

Im Juli 1917 erlitt das von den internationalen Banken unterstützte Komplott einen anfängli- chen Rückschlag, und Lenin und einige seiner Mitarbeiter mußten nach Finnland fliehen. Ei- nige Monate danach kehrten sie wieder nach Rußland zurück, wo sie eine stattliche Zahl von Einzelpersonen in den Griff bekamen, die, bestürzt von den entsetzlichen Zuständen in Ruß- land infolge des drei Jahre währenden Krieges, leichtgläubig ihren Versprechungen Glauben schenkten, man werde die großen Landgüter untereinander aufteilen und sie mit vielen An- nehmlichkeiten des Lebens versehen.

Die Bolschewiken taten sich auch mit Tausenden von böswilligen, anarchistischen Atheisten zusammen, denen von der provisorischen Regierung unter Alexander Kerenski nach Abdan- kung des Zaren eine Amnestie gewährt worden war.

Im November 1917 ließen die Bolschewisten ihre Revolution steigen und diesmal mit Erfolg. Zunächst ergriffen sie die Kontrolle über Petrograd und dann im Verlauf der nächsten zwei- einhalb Jahre über ganz Rußland, wobei sie sich einer Terrorkampagne bedienten, die in der

Geschichte der Menschheit ohne Beispiel war.

Während des blutigen Bürgerkrieges, der auf die bolschewistische Revolution folgte, war Lenin der unangefochtene Führer der politischen Aktivitäten und Trotzki organisierte den militärischen Zweig der Organisation die Rote Armee. Der Name "Rote Armee" war keine falsche Benennung oder ein zufällig gesuchter Name.

Die bolschewistische Rote Armee unter der Führung von Trotzki war das tödliche Werkzeug der von Rothschilds (Rotes Schild) beherrschten internationalen Banken. Es war nur allzu passend, daß sie das "Rote" Etikett oder Schild trug.

Zwischen 1917 und 1921 durchlebte Rußland eine Zeit des unvorstellbaren politischen und wirtschaftlichen Chaos. Wirtschaftlich und sozial war der äußerste Ruin erreicht. Die industrielle Produktion brach durch die Unterbrechung der Transportlinien zusammen, die Versorgung mit Rohstoffen und Krediten war unzulänglich, so daß es fast überhaupt keine Waren wie Kleidung, Schuhe oder landwirtschaftliche Gerätschaften gab.

Im Jahr 1920 belief sich die Industrieproduktion auf 13 Prozent des Wertes von 1913. Gleichzeitig wurde Papiergeld so großzügig gedruckt, daß der Rubel so gut wie wertlos war.

Der Plan der Illuminaten erfüllte sich

Die Kommunisten haben die immer tiefer greifende nationale Tragödie ausgebeutet sowie die Uneinigkeit und Unentschlossenheit ihrer Gegner. Sie führten ihren diabolischen Plan mit fanatischer Grausamkeit aus. Terror a la "Revolutionärer Katechismus" hieß die Losung des Tages - jeden Tag, jede Woche und jeden Monat. Die Werkzeuge, die diese gnadenlosen Terroristen einsetzten, war die Rote Armee unter Leitung von Leo Trotzki sowie die Geheimpolizei, die systematisch alle tatsächlichen, potentiellen oder eingebildeten Gegner ermordete.

Diese Terroristen wurden für ihre blutbesudelten Dienste reich belohnt. Sie erhielten guten Lohn und eine umfangreiche Lebensmittelration. Sie waren "das Gesetz", wo immer sie hingingen.

Wahrlich, die Situation in Rußland "schrie laut" nach Maßnahmen seitens der westlichen "Nationen, die sich selbstgefällig soviel auf ihre "Menschlichkeit" zugute hielten. Aber keine einzige Nation rührte sich, um die Vernichtung der unschuldigen Massen in Rußland zu verhindern.

Ihre Regierungen wurden allesamt von derselben Kraft kontrolliert, die geschäftig dabei war, Rußland gemäß dem Plan zu erdrosseln, den der Illuminaten "Alleiniger Oberbefehlshaber" Albert Pike in seinem berühmten Brief an Mazzini im Jahre 1871 beschrieben hatte.

Trotzki, der der Hauptanstifter dieses Gemetzels war, rechtfertigte seine Taten damit, daß sie "eine Demonstration des Willens und der Stärke des Proletariats" seien.

Winston Churchill bemerkte in seinem Artikel in der "Illustrated Sunday Herald" am 8. Februar

1920, daß die "weltweite und stetig wachsende "Illuminaten-Verschwörung" eine klar erkennbare Rolle in der Tragödie der Französischen Revolution gespielt hat. Sie ist die Antriebsfeder einer jeden subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts gewesen; und nun, zuletzt, hat diese Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der Großstädte Europas und Amerikas das russische Volk bei den Haaren gepackt und sind praktisch die unangefochtenen Herren dieses riesigen Reiches."

Die Französische Revolution, von Winston Churchill als die "klar erkennbare" Arbeit der Illuminatenverschwörung gekennzeichnet, war eine Zeit voller Blutvergießen und Gewalttaten, eine Terrorherrschaft, die den Tod von Hunderttausenden von Menschen gefordert hatte.

Mit der von den Illuminaten geplanten und finanzierten Russischen Revolution von 1917 wird das frühere Ereignis an Intensität und Dauer völlig in den Schatten gestellt. In Frankreich hatte sich das rot-hitze Fieber des mordenden Pöbel in wenigen Monaten von selbst ausgebrannt.

In Rußland wurde das kalt berechnete Abschachten des Volkes und die systematische Ver-

nichtung der alten Ordnung mit einem religiösen Eifer weitergeführt, der all die sadistischen, vom Teufel inspirierten Anweisungen in sich vereinigte, die in dem "Revolutionären Katechismus" niedergelegt sind, einem verwunderlichen Dokument.

Bevor das Blutvergießen ein Ende nahm, waren mehr als 30 Millionen Menschen unter dem gnadenlosen Schwert des von den internationalen Banken erschaffenen roten Ungeheuers umgekommen.

Mehreren Millionen gelang es, den Krallen der kommunistischen Schlächter zu entgehen und in Nachbarländer zu fliehen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 1. November 2017): >>**Die Ausbreitung der Barbarei**

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland war der "bis dahin gewaltigste Vorstoß der 'Ewigen Linken', ... das heißt einer Empfindungs- und Denktendenz, die an den vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen Anstoß nimmt, weil sie sie für 'ungerecht' hält".

Für ungerecht gehalten wurde die ungleichmäßige Verteilung von Gütern und Lebensmöglichkeiten, die gegen den Gedanken der Brüderlichkeit aller Menschen verstieß. Diese Empfindung ist beispielhaft festgehalten in dem Vers des Priesters John Ball, der im 14. Jahrhundert in England predigte und als Rebell hingerichtet wurde: "Als Adam grub und Eva spann, wer war da der Edelmann?"

In Rußland gab es 1917 riesige soziale Unterschiede und eine furchtbare Massenarmut, die sämtliche Mißstände in Westeuropa übertraf. Das erklärt die Wut der Massen, die sich in Grausamkeiten gegen den Adel und das Bürgertum entlud. Neben dem spontanen gab es den planvollen Terror.

Die Revolutionsführer ließen keinen Zweifel daran, daß sie es wörtlich meinten, wenn sie von der Vernichtung der parasitären Ausbeuterklassen und anderer sogenannter Volksfeinde sprachen. Das historische Recht dazu entnahmen sie dem Marxismus-Leninismus, der die uralte Utopie von einer gerechten Welt in eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung übersetzte.

Doch bald zeigte sich, daß die soziale, ökonomische, kulturelle Wirklichkeit einer Gesellschaft nicht in der Theorie vom Klassenkampf aufging. Also mußte die Realität zurechtgestutzt werden, um der Weltanschauung zu entsprechen. Das Mittel dazu war der stalinistische Massenterror, von dem viele Linke im Westen lange Zeit nichts wissen wollten oder den sie sogar rechtfertigten.

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums seit 1989 markierte das Ende des linken Traums, die Utopie von der gerechten Welt in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die orientierungslose Linke ist seither zum Claqueur der globalisierten Wirtschaft und Finanzindustrie herabgesunken.

Deren Wunsch nach freier Verfügbarkeit über die Ressourcen, nach ungehindertem Warenfluß und grenzenlos kompatiblen Arbeitsnomaden und Konsumenten liefert sie ideologischen Flankenschutz, indem sie namens der globalen Gerechtigkeit offene Grenzen für alle fordert und diese, wo sie kann, auch durchsetzt.

Die Folgen sind die Zerstörung von Heimat und die sukzessive Ausbreitung der Barbarei. Diese strukturelle Gewalt von links wirkt schlimmer und nachhaltiger als der punktuelle Terror, der von linksideologisch aufmunitionierten Schlägertrupps gegen jene Minderheit verübt wird, die Widerstand leistet. Hundert Jahre nach der Oktoberrevolution ist die "Ewige Linke" nur noch ein bössartiges und destruktives Phänomen.<<

Die Zeitung "Prawda" berichtete am 20. November 1917 (x191/20): >>Die Armee der russischen Revolution stützt sich auf unerschöpfliche Reserven. Die unterdrückten Nationen Asiens (China, Indien, Persien) warten ebenso leidenschaftlich auf den Sturz des kapitalistischen Regimes der Gewalt wie die unterdrückten proletarischen Massen ganz Europas.

Diese Kräfte zu einer Weltrevolution zu verschmelzen, ist die historische Aufgabe der Arbeiter und Bauern in Rußland.<<

Maxim Gorki veröffentlichte am 21. November 1917 in der Zeitung "Neues Leben" einen kritischen Artikel über die "Oktober-Revolution" (x191/18): >>Das Proletariat hat nicht gesiegt; im ganzen Land tobt der Bürgerkrieg; Hunderte und Tausende von Menschen morden einander hin. ...

Das Menschenleben wird ebenso niedrig eingeschätzt wie vorher. Die Gewohnheiten des alten Regimes verschwinden nicht. Die "neue Obrigkeit" ist ebenso grob wie die alte und hat sogar noch schlechtere Manieren als diese. In den neuen Polizeirevieren schreit man und stampft man mit den Füßen genauso wie früher. Die neuen Beamten lassen sich auch ebenso gerne bestechen und schicken die Leute herdenweise ins Gefängnis. Alles Alte und Häßliche ist noch lange nicht überwunden. ...<<

Während und nach der "Oktoberrevolution" begann die größte Christenverfolgung der russischen Geschichte. Von 1917 bis 1940 wurden ungezählte Priester, Mönche, Nonnen und andere Geistliche verhaftet, verschleppt oder ermordet.

Der Volkskommissar für das Kriegswesen, Leo Trotzki, verkündete am 1. Dezember 1917 vor den Delegierten des zentralen Exekutivkomitees der Sowjets (x046/189): >>In weniger als einem Monat wird der Terror extrem gewaltsame Formen annehmen, so wie es auch bei der Großen Französischen Revolution gekommen ist. ...<<

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schlug dem Kaiser am 3. Dezember 1917 vor, Friedensverhandlungen mit Rußland einzuleiten (x191/19-20): >>Die Bolschewiki sind nun zur Herrschaft gelangt; wie lange sie sich an der Macht werden halten können, ist noch nicht zu übersehen. Sie brauchen zur Befestigung ihrer eigenen Stellung den Frieden; auf der anderen Seite haben wir alles Interesse daran, ihre vielleicht nur kurze Regierungszeit auszunutzen, um zunächst zu einem Waffenstillstand, und dann, wenn möglich, auch zum Frieden zu gelangen.

Der Abschluß eines Separatfriedens würde die Verwirklichung des erstrebten Kriegszieles, den Bruch Rußlands mit seinen Verbündeten, bedeuten. ...<<

Nach der bolschewistischen Machtübernahme in Rußland erklärte sich Finnland am 4. Dezember 1917 von Rußland unabhängig.

Am 11. Dezember 1917 gelang es den Litauern, die Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Republik Litauen (Hauptstadt = Kowno) zu gründen.

US-Präsident Wilson gab am 8. Januar 1918 in einer Rede vor dem US-Kongreß vierzehn Punkte bekannt, die als zukünftige Richtlinien für die Erhaltung des Weltfriedens dienen sollten.

Wilson forderte zur friedlichen Regelung aller Streitfragen (wie z.B. Sicherung der territorialen Unverletzlichkeit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten) die Gründung eines Völkerbundes (x058/293-294): >>Wir traten in den Krieg ein, da Rechtsverletzungen vorgekommen waren, die uns aufs tiefste kränkten und unserem Volk das Leben zu einer Unmöglichkeit gestalteten, bevor sie nicht wieder gutgemacht waren und die Welt ein für allemal gegen deren Wiederholung gesichert war.

Wir beanspruchen daher in diesem Kriege nichts Besonderes für uns selbst. Die Welt muß tauglich und sicher gemacht werden, um in ihr leben zu können; und besonders muß sie für jede friedliebende Nation gleich der unseren sicher gemacht werden, die ihr eigenes Leben zu leben, ihre eigenen Einrichtungen zu bestimmen wünscht.

Gerechtigkeit und faires Handeln der anderen Völker der Welt müssen gegen Gewalt und Angriffsgeist gesichert werden. Sämtliche Völker sind in Wahrheit Genossen in diesem Interesse, und wir unsererseits erkennen mit äußerster Klarheit, daß, wenn anderen keine Gerechtigkeit gewährt wird, sie auch uns nicht gewährt werden kann.

Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses Programm, das einzig mögliche Programm wie wir es sehen, lautet:

I. Öffentliche Friedensverträge, öffentlich beschlossen, nach denen es keine privaten internationalen Abmachungen irgendwelcher Art geben darf. Vielmehr soll die Diplomatie stets frei und vor aller Öffentlichkeit sich abspielen.

II. Absolute Freiheit der Schifffahrt auf der See außerhalb der territorialen Gewässer ...

III. Soweit als möglich die Aufhebung sämtlicher wirtschaftlicher Schranken und die Fortsetzung gleichmäßiger Handelsbeziehungen zwischen sämtlichen Nationen, die dem Frieden zustimmen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

IV. Angemessene Garantien, ... daß die nationalen Rüstungen ... herabgesetzt werden.

V. Eine freie, offenherzige und absolut unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche, gegründet auf strenge Beachtung des Prinzips, daß bei Bestimmung aller derartigen Fragen der Souveränität das Interesse der betreffenden Bevölkerung gleiches Gewicht haben muß wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel festgesetzt werden soll ...

VI. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und eine derartige Erledigung aller Rußland berührenden Fragen, um die beste und freieste Zusammenarbeit der übrigen Nationen der Welt zu sichern ...

VII. Belgien, dem wird die ganze Welt zustimmen, muß, ohne jeden Versuch, die Souveränität, deren es sich gleich allen anderen Nationen erfreut, zu beschränken, geräumt und wiederhergestellt werden ...

VIII. Das gesamte französische Gebiet muß befreit und die verwüsteten Teile wieder hergestellt werden. Ebenso müßte das Frankreich durch Preußen 1871 in Sachen Elsaß-Lothringen angetane Unrecht, das den Weltfrieden nahezu 50 Jahre bedroht hat, berichtigt werden, um den Frieden im Interesse aller wieder Sicherheit zu verleihen.

IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens sollte gemäß den klar erkennbaren Nationalitätenslinien bewirkt werden.

X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gefestigt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden (nicht identisch mit Zerschlagung der Donaumonarchie) ...

XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt werden, besetzte Gebiete wieder hergestellt, Serbien freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährt und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander auf Grund freundschaftlicher Verabredung gemäß den historisch festgesetzten Grenzen der Untertanenpflicht und der Nationalität festgelegt werden. ...

XII. Dem türkischen Teil des gegenwärtigen ottomanischen Reiches sollte eine gesicherte Souveränität gewährleistet werden ...

XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollen.

XIV. Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß auf Grund eines besonderen Bundesvertrages gebildet werden zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für die großen und kleinen Staaten. In bezug auf diese notwendige Berichtigung von Unrecht und Sicherung des Rechtes betrachten wir uns als intime Genossen sämtlicher Regierungen und Völker, die sich gegen die Imperialisten zusammengeschlossen haben. Es gibt für uns keine Sonderinteressen oder andersartige Ziele. Bis zum Ende stehen wir zusammen.<<

Wilson dachte bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstrebten

(x041/71, x064/125).

Später warf man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606):

>>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:

Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;

Freiheit der Meere;

Freiheit des internationalen Handels;

Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;

"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;

Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;

Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;

Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;

Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;

Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;

Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;

Unabhängigkeit des türkischen Staates,

Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;

Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;

Gründung eines Völkerbundes.

Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.

Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.

Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.

Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zugunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.

Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestim-

mungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.

Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.

Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<

Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete später in seinem Buch "Als Deutschland Großmacht war" über ein gemeinsames Gebet der Abgeordneten des US-Kongresses während der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode am 10. Januar 1918 (x847/...): >>Du weißt, O Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, mit einer der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und tückischsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichte entehrt haben.

Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage zurück das große Pack hungriger, wölfischer Hunnen, von deren Fängen Blut und Geronnenes tropfen.

Und Dir sei Lob immerdar durch Jesus Christus, Amen.<<

US-Präsident Wilson erklärte am 4. Juli 1918, daß die neuen Grenzen auch die Interessen von ethnischen Gruppen und die Volkszugehörigkeit berücksichtigen müssen (x028/41).

US-Präsident Wilson lehnte separate Friedensverhandlungen mit Österreich-Ungarn am 14. September 1918 ab (x041/72).

Der bolschewistische Parteiführer Grigorij Sinowjew (1883-1936, eigentlicher Name: Hirsch Apfelbaum, hingerichtet) forderte am 19. September 1918 in der Zeitung "Servernaja Komuna", daß von den 100 Millionen Einwohnern Rußlands etwa 10 Millionen durch den eigenen sozialistischen Terror vernichtet werden müßten (x046/189, x087/125).

US-Präsident Wilson warb am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

US-Präsident Wilson lehnte am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... (Kein) Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf (fremdem) Boden stehen. ...<<

Wilson forderte am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>...Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<

US-Präsident Wilson beantwortete am 20. Oktober 1918 das österreichisch-ungarische Waffenstillstandsangebot vom 4. Oktober 1918. Er forderte, daß die Selbständigkeitswünsche der Völker der Monarchie anerkannt werden müssen (x041/72).

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>(Der) Waffenstillstand (muß) ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten (werden nur) ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Die deutsche Waffenstillstandskommission verhandelte vom 8. bis zum 11. November 1918 ... über die Waffenstillstandsbedingungen. Der französische Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, Marschall Foch lehnte während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) telegraphierte am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild.

Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Élysées entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß,

ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging.

Dabei war der Schottenabkömmling, der Mann mit dem grobknochigen Kleppergesicht, dem angriffigen Kinn, der Mensch, von dem ein Freund meinte, Gott habe ihn häßlich geschaffen, aber er selbst sich ein gutes Aussehen gegeben, dabei war dieser Präsident doch sonst so selbstsicher, so von sich eingenommen, daß er in seinem intellektuellen Hochmut kaum zugänglich für andere Ansichten war, daß er keinen Widerspruch duldete und gern bemerkte: "Ein Yankee glaubt immer, daß er Recht hat, ein Schotte weiß, daß er Recht hat".

Ja, dieser Präsident hielt sich für so messiasgleich, daß Journalisten höhnten, er sei inmitten des Atlantiks vom Schiff in die Tiefe gesprungen, Begleitern, die ihn hindern wollten, zureufend: "Er ist doch auch auf dem Meere gewandelt!" (Indes war Wilson nicht verrückt, wie ... Pius XL, der Verkünder der Päpstlichen Unfehlbarkeit, der nicht nur das Christuswort "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" auf sich angewandt, sondern 1870 durch den Zuruf an einen Krüppel "Stehe auf und gehe!", auch eine mißglückte Wunderheilung zu verzeichnen hatte). ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungs-großkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Pariser Friedenskonferenz

Die Siegermächte verstärkten am 3. März 1919 ihre Seeblockade im Ostsee-Raum, um das

Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

Erst nachdem sich der US-Politiker Herbert Hoover (1874-1964, von 1929-33 nordamerikanischer Präsident) verstärkt für Deutschland einsetzte, durften Ende März 1919 wenigstens einige Schiffe der deutschen Fischfangflotte auslaufen.

General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515):
>>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

Als US-Präsident Wilson, der vermeintliche "Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Menschenrechte, seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes. Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampflös und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa

Der britische Politiker Philip Snowden (1864-1937) schrieb am 22. Mai 1919 im "Labour Leader" (x063/491-492): >>Mehr als alle anderen Staatsmänner, die für den Friedensvertrag verantwortlich sind, ist Präsident Wilson aufs äußerste diskreditiert. Er hat nicht darauf bestanden, daß auch nur eine einzige der Friedensbedingungen, die er aufstellte, gehalten wurde

...

Sein Eingreifen in den europäischen Krieg war von jedem Standpunkt aus verhängnisvoll. Hätte er Amerika nicht in den Krieg gebracht, so wäre wahrscheinlich ein anständiger Frieden zustande gekommen. Sein Eingreifen hat die europäische Lage außerordentlich verschärft und brodelnde Eifersucht, Haß, bösen Willen und die Gewißheit zurückgelassen, daß ein Menschenalter von Krieg und Blutvergießen vor uns liegt.

Je eher er nach Amerika zurückkehrt und aufhört, sich in die internationale Politik einzumischen, für die er offensichtlich weder den Mut noch das Wissen besitzt, desto besser für den Frieden der Welt.<<

Aufgrund der Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag". Angesichts der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung (wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648) der Gewalt beugen. Der deutsche Staat mußte in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.

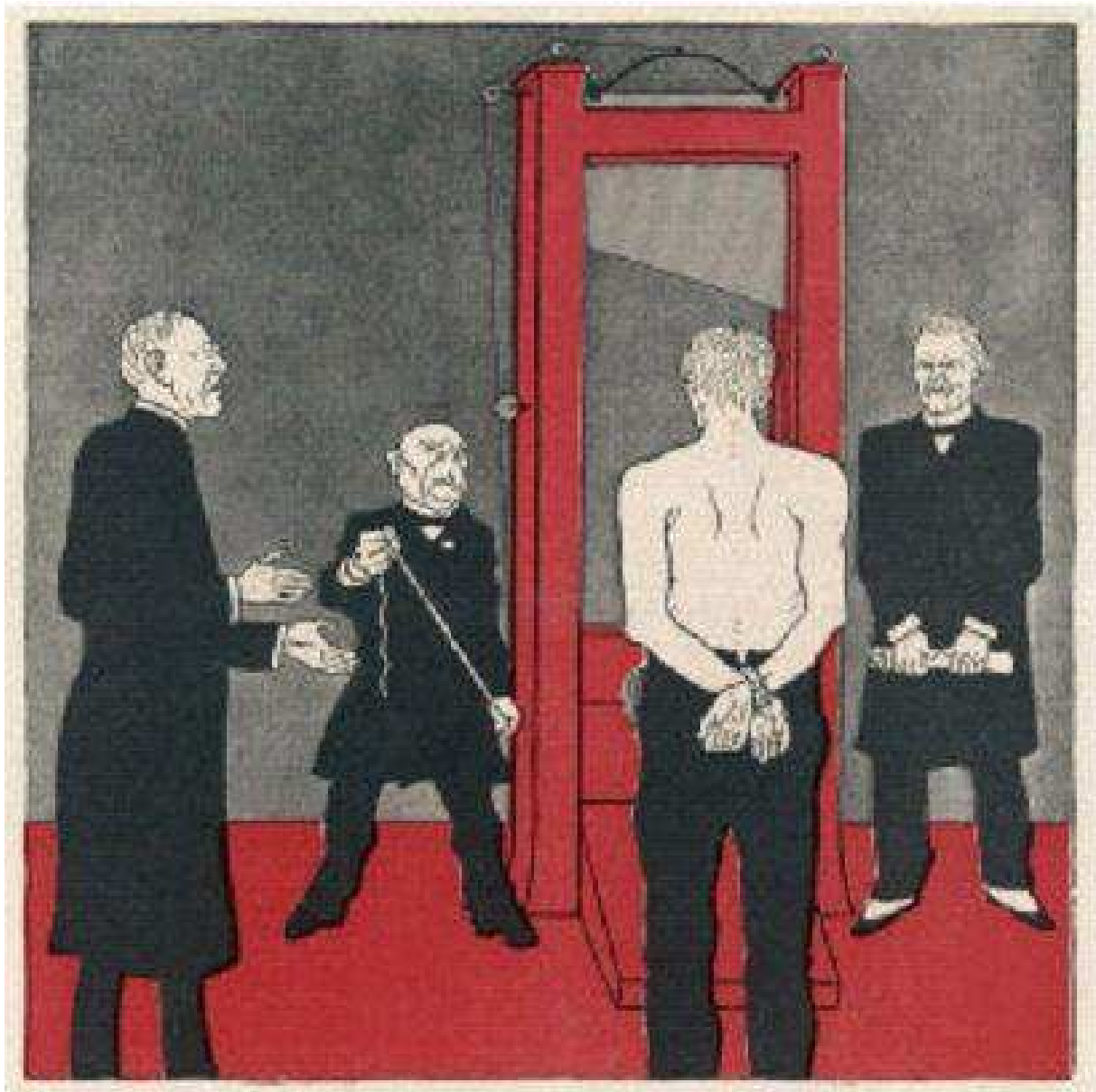


Abb. 55 (x149/38): Karikatur aus dem "Simplicissimus" 1919. Die Überschrift lautet: "Versailles", sie ist unterschrieben: Auch Sie haben noch ein Selbstbestimmungsrecht: Wünschen Sie, daß Ihnen die Taschen vor oder nach dem Tode ausgeleert werden?"

Dargestellt sind Lloyd George, George Clemenceau und Woodrow Wilson.

Die erzwungene Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" und die erpreßte Anerkennung der deutschen Kriegsschuld erfolgte am 28. Juni 1919, dem 5. Jahrestag des Mordes von Sarajevo, im Schloß von Versailles (zusätzliche Demütigung für die deutsche Kaiserproklamation im Jahre 1871).

Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war eigentlich ein Racheakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA. Ohne die heimtückischen Maßnahmen und katastrophalen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es sicherlich keinen Zweiten Weltkrieg gegeben.

Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc. unwirksam, so daß die Grenzen des Deutschen Reiches völkerrechtlich unverändert blieben.

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unter-

zeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>Ich hatte ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<

Alle Siegermächte (außer Nordamerika) unterzeichneten den Versailler Vertrag. Der Vertrag von Versailles trat jedoch trotzdem am 10. Januar 1920 in Kraft.

Dieser unsägliche Vertrag wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur "Wiege" der europäischen Diktaturen und war zweifellos die eigentliche "Geburtsstunde des NS-Regimes". Die unheilvollen Friedensverhandlungen, bei denen man die Besiegten kurzerhand für "schuldig" erklärte, als politische Gesprächspartner ablehnte und von allen Verhandlungen ausschloß, wurden später wesentliche Bestandteile der radikalen NS-Propaganda.

Der Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen, die unmenschliche Hungerblockade, die ungerechte Verurteilung, die monatelange Erpressung und die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages säten nicht nur grimmigen Haß und tiefe Verbitterung, sondern dieser ungerechte Frieden erschütterte außerdem nachhaltig die Moralvorstellungen und Ideale des gesamten Volkes.

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x191/32): >>Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. ... Dieser Krieg wurde von den Vereinigten Staaten geführt, um für immer Zustände zu vernichten, die ihn hervorbrachten. Diese Zustände sind nicht zerstört worden. Andere Zustände, andere Bedingungen haben sie verdrängt, die nicht minder als jene den Haß, die Eifersucht, den Argwohn erwecken.<<

In einem "Spiegel-Interview" ("Spiegel" vom 25. Januar 1971, S. 97) berichtete der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace über die Folgen des Versailler Vertrages (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Versailler Friedenskonferenz (x364/127-131): >>**VI.**

Verrat in Versailles

Als sich der Erste Weltkrieg, der "Krieg zur Beendigung aller Kriege", zähflüssig einem Stillstand näherte und "Frieden" sich unbehaglich über die dezimierten und ausgelaugten Völker Europas legte, blieb eine Frage von übergeordneter Dringlichkeit in den Köpfen der monopolistischen Weltverteiler offen: wie sollten sie das Geschehen zwischen den führenden Mächten so manipulieren, daß ein weiteres universales Blutbad, mit all seinen möglichen Gewinnen und Fortschritten auf dem Weg zu ihrem Endziel in der nahen Zukunft mit tödlicher Wut ausbrechen würde?

Sofort nach dem Krieg belegte die englische Regierung auf Geheiß ihrer heimlichen Meister aus der City, Deutschland mit einer Blockade. Am 14. März 1919 erklärte Winston Churchill vor dem englischen Unterhaus, daß England "die Blockade mit Nachdruck durchsetze. Diese Waffe des Aushungerns ist vornehmlich auf die Frauen und Kinder gerichtet, die Alten, die Kranken und die Armen."

Der Mann, der die Würfel rollen ließ

Während die London "Daily News" Augenzeugenberichten aus Deutschland über "viele entsetzliche Dinge ... Babies zu Hauf, vom Fieber aus Mangel an Nahrung geschüttelt, von Hunger derart verzehrt, daß ihre kleinen Glieder wie dünne Stöckchen aussehen, ihre Gesichter hoffnungslos und ihre Augen voller Qual" brachte, berichtete, die "Associated Press" aus Paris am 24. Juli, daß "Deutschland 500 Hengste, 3.000 Fohlen, 90.000 Milchkühe, 100.000 Schafe

und 10 000 Ziegen an Frankreich abliefern muß. Des weiteren hat Deutschland 200 Hengste, 5.000 Stuten, 5.000 Fohlen, 50.000 Kühe und 40.000 Säue an Belgien abzuliefern."

Wie uns Professor Quigley in seinem Buch "Tragedy and Hope" mitteilt, war "der Ausgang der Blockade verheerend. In den neun Monaten nach dem Waffenstillstand hat sie den Tod von 800.000 Menschen bewirkt." In den vier Kriegsjahren hatte Deutschland 1,6 Millionen Menschen verloren. Die Sterblichkeitsrate in Deutschland während der Blockade war fünfeinhalbmal so groß wie im Krieg.

Als sich die Führer der "siegreichen" Nationen in Versailles, Frankreich, versammelten, um über das Schicksal Europas zu beschließen, waren auch die Rothschilds und ihre Agenten mit von der Partie, um sicherzustellen, daß die Dinge in die Bahn gelenkt wurden, die ihren Interessen nützlich sein würde.

Die Delegation der Vereinigten Staaten wurde nach außen hin von Woodrow Wilson angeführt, aber es bestanden bei den anderen führenden Teilnehmern keinerlei gedankliche Zweifel daran, daß House der Mann war, der die Würfel rollen ließ. Er war der Mann, der die Entscheidungen traf. Ohne seine Billigung ging nichts.

Berater waren die Banker

Der dritte im Führungsbunde der amerikanischen Delegation, der die Rolle eines "Beraters" spielte, war Bernard Baruch. In seiner Zeit als despotischer Leiter des Amtes für Kriegsindustrie im Ersten Weltkriege hatte Baruch es verstanden, sich ein Vermögen von rund 200 Millionen US-Dollar zu erwerben, indem er lukrative Regierungsaufträge an die "richtigen" Stellen vergab. Baruch hatte für Wilsons Wahlkampagne 1912 und 1916 sein privates Vermögen investiert. Es hatte sich nett bezahlt gemacht!

England wurde durch seinen Premier David Lloyd George vertreten. An seiner Seite befand sich Sir Philip Sassoon, ein direkter Nachfahre von Amschel Rothschild und ein Mitglied des englischen Privy Council (geheimer Staatsrat). Auf der Friedenskonferenz agierte Sassoon als Lloyd Georges Privatsekretär und konnte damit an allen supergeheimen Sitzungen teilnehmen. Bei den Franzosen wurde Premierminister Clemenceau von einem Mann "beraten", der den Namen "Georges Mandel" trug. Es war kein neuer Job, den dieser spitznasige, untersetzte kleine Chemiker ausführte, der während des Krieges das französische Innenministerium geleitet und die Zivilbevölkerung zum Mut ermahnt hatte. Mandel, geborener Louis Georges Rothschild, ist oft als der Disraeli Frankreichs bezeichnet worden. Er war ein Superpolitiker in einem Land der Politiker.

"Colonel" House war auf der europäischen Politzene kein Fremdling. Seit 1912 - insbesondere während der Kriegsjahre - hatte er regelmäßig die Kanzlerämter Europas besucht. "House fühlte sich immer ganz zu Hause, ob er mit König Georg im Buckingham Palast dinierte, mit dem Kaiser in Potsdam plauderte oder im Elysée Palast zu Mittag aß, genauso wie in den Zeiten, als seine Bibliothek in Austin der Treffpunkt der Männer war, die Texas regierten".

Zur Zeit der Versailler Friedenskonferenz befand sich House auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er war dort der gefragteste Mann. Premiers, Botschafter und Delegierte belagerten ihn in seinem Hotel Carlton. An einem einzigen Tag gewährte er an solch einflußreichen Männern 49 Audienzen. Einmal traf der französische Regierungschef, Clemenceau, ein, als der Präsident Wilson bei House weilte.

Der Präsident mußte das Zimmer verlassen, während House und der französische Premier sich unter vier Augen unterhielten. Wilson war nur ein Bauer in dem Spiel - ein austauschbarer Bauer in dem tödlichen Spiel der internationalen Macht.

Wilson ein gebrochener Mann

Es liegen erhebliche Beweise vor, daß Woodrow Wilson bereits 1914 zu der furchterregenden Einsicht gelangt war, er habe, seine "Seele dem Teufel verkauft" im Austausch für einen flüchtigen Moment des "Ruhmes" auf der nationalen und internationalen Bühne.

Diese Tatsache hat offensichtlich das Gewissen des Präsidenten in den späteren Jahren mehr und mehr belastet. House vertraute seinem Tagebuch später an, daß er "damals (1914) und auch mehrmals danach dachte, der Präsident habe den Wunsch zu sterben; zweifellos war an seiner Haltung und seiner Gemütsverfassung abzulesen, daß er dem Leben keine Freude abgewann."

Einige Monate nach Wilsons zweiter Amtseinführung schrieb der englische Botschafter, Sir Horace Plunkett, an House: "Ich habe dem Präsidenten meine Aufwartung gemacht und war über sein abgehärmttes Aussehen erschrocken; die seit Januar eingetretene Veränderung ist entsetzlich deutlich."

Zur Zeit der Versailler Konferenz, 1919, äußerte ein englischer Regierungsbeamter, Sir William Wiseman zu House, daß er erschrocken sei "über sein Aussehen. Sein Gesicht war angespannt und hatte eine graue Farbe ...

Offenbar hatte der Marionettenpräsident eine längere Zeit der geistigen Tortur durchgemacht, die ihm seine Einsicht verursacht hatte, daß die verborgenen Mächte ihn als ihr Instrument bei ihrem Komplott zur Zerstörung der Vereinigten Staaten benutzten.

In Versailles wurde Woodrow Wilson von dem Betrug und den Schikanen der internationalen Machtpolitik vernichtet. Schwindel befiel ihn, als er herausfand, daß Amerika für den Erfolg eines Geheimabkommens gekämpft hatte, von dem die Vereinigten Staaten nichts gewußt hatten und welches gegen die ersten Interessen dieser Nation verstieß.

In Versailles verhandelten die Großmächte hinter verschlossenen Türen, die kleinen Nationen hatten in den Entscheidungen nichts mitzureden. Nachdem er seinem von House inspirierten Vorschlag über die Liga der Nationen durchgebracht hatte, brach Wilson unwiderruflich mit seinem "alter ego" und fuhr heim. Bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten wurde Wilson vom amerikanischen Volk verstoßen. Innerhalb von zwei Wochen erlitt er zwei Schlaganfälle und war halb gelähmt. Nur wenige Menschen sahen ihn in den nächsten Monaten. Er starb 1924 in Washington.

Die Erklärung eines weiteren Krieges

- Großbritannien - oder richtig die Krone - war mehr noch als Frankreich der eigentliche Nutznießer des Versailler Vertrages. -

"Dem sogenannten gesättigten Imperium gelang es, in Form von Mandaten, die Mehrzahl der deutschen Kolonien zusätzlich zu einem fetten Stück von den Ottomanischen Besitzungen zu verschlingen. Die Kapitulation der deutschen Flotte beseitigte eine schwere Drohung und ließ England unangefochten als Seemacht vom Nordkap bis Gibraltar und von Gibraltar bis zu den Dardanellen zurück" (Nicholas Spykman "America's Strategy in World Politics").

Der endgültige "Vertrag", den man mit stillschweigendem Einverständnis der internationalen Banker geschlossen hatte, ist von vielen Beobachtern als eine grausame Farce erkannt worden. Philip Snowden, der später ein Mitglied des englischen Parlaments war, hat eine zutreffende Bewertung geliefert: "Der Vertrag dürfte Briganten, Imperialisten und Militaristen zufriedenstellen. Er ist ein Todesstoß für alle diejenigen, die gehofft hatten, das Ende des Krieges werde den Frieden bringen. Es ist kein Friedensvertrag, sondern eine Erklärung für einen weiteren Krieg. Es ist der Verrat an der Demokratie und an den Gefallenen des Krieges. Der Vertrag bringt die wahren Ziele der Verbündeten an den Tag".

Lord Curzon erklärte, der in Versailles erreichte Vertrag sei "kein Friedensvertrag, er ist einfach eine Unterbrechung der Feindhandlungen."

Später hat Lloyd George dazu bemerkt: "Wir haben ein schriftliches Dokument, das uns Krieg in zwanzig Jahren garantiert. Wenn Sie einem Volk (Deutschland) Bedingungen auferlegen, die es unmöglich erfüllen kann, dann zwingen Sie es dazu, entweder den Vertrag zu brechen oder Krieg zu führen. Entweder wir modifizieren diesen Vertrag und machen ihn für das deutsche Volk erträglich oder es wird, wenn die neue Generation herangewachsen ist, es wieder

versuchen."

Noel F. Busch, Wirtschaftsberater im englischen Finanzministerium, deckt in einem in "Life" veröffentlichten Artikel am 17. September 1945 auf, daß John Maynard Keynes (später Lord Keynes), der neben Lord Rotschild in Cambridge wohnte und ein Direktor der Rotschild-kontrollierten Bank of England war, der Chefberater der englischen Regierung zu der Zeit war, als die finanziellen Klauseln des Versailler Vertrages entworfen wurden. So ist es nur natürlich, daß die Ergebnisse der wie auch immer gearteten "Vereinbarungen", die in Versailles getroffen wurden, sich in den folgenden Jahren als höchst gewinnbringend für die Banker und ihre Freunde erweisen würden. ...<<

Der US-Historiker Gordon A. Craig (1913-2005) berichtete später über die Folgen des Versailler Friedensdiktats (x024/35): >>... Diese Ereignisse von außen waren sehr wichtig. Wenn die westlichen Mächte nach 1918 klüger gewesen wären, wenn sie ein bißchen mehr Verständnis für die inneren Umstände Deutschlands nach einem langen Kriege gehabt hätten, wenn die USA nicht in den Isolationismus zurückgefallen wären, wenn die Engländer und die Franzosen eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland betrieben hätten, dann wäre die Sache gewiß ein bißchen besser ausgegangen, dann hätte die Weimarer Republik eine bessere Chance zum Leben gehabt.<<

Der US-Senat weigerte sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.

US-Senator William E. Borah (1865-1940) analysierte während dieser Senatsdebatte realistisch und schonungslos (x065/372-373): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtete später über die Weigerung des US-Senats, den Versailler Vertrag zu ratifizieren (x291/64-65): >>... Damit fehlte die kriegsentscheidende Großmacht nicht nur im Völkerbund, auch der amerikanisch-französische Garantievertrag wurde hinfällig, und der britisch-französische Garantievertrag löste sich, weil sein Inkrafttreten von der Ratifizierung des amerikanischen Vertrags abhing, in Nichts auf.

Dabei hinaus zeigten die USA keine Bereitschaft, Frankreich mit Rücksicht auf die angestrebte Ordnungsfunktion in Europa entgegenzukommen. Weder wollten sie die enormen französischen Kriegsschulden stunden oder gar erlassen, noch sahen sie eine Notwendigkeit, den Franc zu stützen oder sich für die Einlösung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu verwenden; die neue Republikanische Administration in Washington war im Gegenteil daran interessiert, Deutschland nicht zu sehr zu belasten, um die amerikanischen Geschäfte auf dem nach wie vor einträglichen Markt des alten Kontinents nicht zu beeinträchtigen.

Die britischen Verbündeten blieben zwar Vertragspartner des allgemeinen Friedensvertrags, sie gewannen aber nun den Eindruck, dem Deutschen Reich schon zuviel zugemutet zu haben, und ließen die Franzosen daher insbesondere bei der Eintreibung der Reparationen (die sie selbst ursprünglich viel höher angesetzt hatten als die französischen Experten) ziemlich allein. ...<<

Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg

Während der Konferenz von Paris (24.-29.01.1921) forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Nebensumme von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85).

Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über die nach dem Ersten

Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze (Gold war im Krieg draufgegangen) genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.

Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz (importierte also mehr als es exportieren konnte). Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?

Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.

Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...

1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche:

Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.

Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:

1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<

Die US-Regierung schlug am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz (mit Beteiligung der USA) zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.

Nach zähen Verhandlungen senkte die Konferenz der Alliierten in London am 5. Mai 1921 die Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark (zahlbar in 37 Jahren). Diese Forderung überstieg jedoch weiterhin die deutsche Zahlungskraft, so daß die deutsche Regierung trotz des Londoner Ultimatums (Besetzung des gesamten Ruhrgebietes, falls die Forderungen nicht anerkannt würden) zunächst ihre Zustimmung verweigert.

Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte (Reparationsrückstände = ca. 24,0 Millionen Mark), marschieren am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein (später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf).

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach danach ein Sturm der Entrüstung los.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Inflation im Deutschen Reich und die Besetzung des Ruhrgebietes (x364/131-134): >>... **Der Vertrag zinkte die Karten**

In "Empire of The City" schreibt E. C. Knuth: "Die finanziellen Bestimmungen des Vertrages sind vielleicht der überhaupt unglaublichste Teil dieses absolut perfiden Papierwerkes, das jemals zustandegebracht wurde und das im Sinne praktischer Durchführbarkeit den reinsten Blödsinn enthielt."

Der in dem "Vertrag" enthaltene "Blödsinn" zinkte die Karten zugunsten der internationalen Banker und ebnete ihnen den Weg, um ihre weltweiten Ambitionen ein gutes Stück voranzutreiben.

Im Anschluß an die von der City bei Einstellung des Feuers kaltblütig verhängte, mörderische

Blockade Deutschlands - 800.000 Deutsche starben vor Hunger und Krankheit in nur neun Monaten - wurden dem deutschen Volk untragbare Reparationsleistungen als Ergebnis des Versailler Vertrages auferlegt. Eine erste Zahlung in Höhe von 20.000 Millionen Mark sollte bis Mai 1921 erfolgen. Als zu diesem Zeitpunkt etwas weniger als die Hälfte davon tatsächlich bezahlt worden war, drohten die Franzosen mit der Besetzung des Ruhrgebietes, um dadurch die Bezahlung zu erzwingen.

Diese Krise ging vorüber, nachdem Deutschland, von einem weiteren Ultimatum unter Druck gesetzt, eine Reparationsrechnung von insgesamt 132.000 Millionen Mark annahm und den Siegern Schuldscheine in dieser Höhe ausstellte. Davon wurden 83 Milliarden beiseite gelassen und vergessen. Aber Deutschland sollte auf die restlichen 50 Milliarden jährliche Zinsen in Höhe von 2,5 Milliarden sowie 0,5 Milliarden pro Jahr zahlen, um die Gesamtschuld zu verringern.

"Deutschland konnte diesen Verpflichtungen nur unter zwei Voraussetzungen nachkommen:

1. wenn es einen Haushaltsüberschuß hätte und 2. wenn es mehr exportieren als importieren könnte - das heißt eine positive Handelsbilanz hätte."

Die "Mächte der Zukunft" sorgten dafür, daß diese Ziele nicht erreicht werden konnten, ohne daß dabei der Lebensstandard in Deutschland auf eine Stufe gedrückt werden mußte, auf der die deutschen Arbeiter kaum mehr als geknechtete Sklaven ausländischer Herren sein würden. Zum Beispiel belegte 1921 England sämtliche Importe aus Deutschland mit einer 26prozentigen Steuer. Außerdem weigerte sich England, deutsche Waren in ausreichenden Mengen einzuführen.

Daß Deutschland die Reparationszahlungen in Waren und Dienstleistungen hätte begleichen können, wenn seine Gläubiger den Willen gehabt hätten, diese Waren- und Dienstleistungen anzunehmen, wird durch die Tatsache veranschaulicht, daß das reale pro-Kopf-Einkommen des deutschen Durchschnittsarbeiters zu Beginn der 20er Jahre um 18 Prozent höher lag als in der Wirtschaftsblüte des Jahres 1913.

Chronische Inflation

Anstatt den Lebensstandard drastisch zu senken und gewaltige Steuererhöhungen vorzunehmen, ließ die deutsche Regierung mehrere Jahre lang einen unausgeglichene Haushalt zu. Die Riesendefizite werden in dem von der Zentralbank (Reichsbank) geliehenen Geld bezahlt, die den internationalen Banken unterstand. Das Ende war leicht vorherzusehen: chronische Inflation! Im Jahre 1920 erhielt man für 20 Mark ein englisches Pfund. Zum August 1921 brauchte man bereits 300 Mark, um ein Pfund zu kaufen.

Drei Monate später war der Wechselkurs 1.000 : 1. Danach verschlechterte sich die Lage rasant. Zum Januar 1923 mußten 80.000 Mark für ein englisches Pfund bezahlt werden. Sieben Monate später lag der Kurs bei 20 Millionen für ein Pfund. Und am Jahresende brauchte man 20 Milliarden Mark, um ein englisches Pfund zu kaufen.

Der Wert des deutschen Papiergeldes verflüchtigte sich mit so alarmierendem Tempo, daß am Schluß die Bank nur noch eine Seite des Scheins bedruckte. Damit das Papier, auf das die Banknoten gedruckt wurden, nicht am Ende mehr wert war als der darauf genannte Betrag, gab die Reichsbank nur Scheine in astronomischen Beträgen heraus.

Viele Arbeiter wurden zweimal am Tag bezahlt, zu Mittag und bei Feierabend. Die Ehefrauen kamen zu ihren Männern vor die Fabrikore, holten die Bündel Geld und rannten zum nächsten Laden, um Lebensmittel und sonst Notwendiges noch vor der nächsten Preiserhöhung einzukaufen. Furcht und Verzweiflung bemächtigte sich des Landes.

Die Mittelklasse war praktisch ausgeradiert. Wer Immobilien besaß - Gebäude, Land, Fabriken - profitierte von der Panik: er konnte seine Schulden mit Inflationsmark abbezahlen.

In diesem Chaos stellte Deutschland den Antrag auf ein Moratorium für sämtliche Bargeldzahlungen für die Reparationen, und zwar für die nächsten zwei Jahre. Die siegreichen Mäch-

te lehnten den Antrag ab und am 9. Januar 1923 stimmte die Reparationskommission mit drei zu eins dafür (auf Geheiß der City stimmte England mit "Nein". Man wollte lieber die Ausländer die schmutzige Arbeit für einen machen lassen), daß Deutschland mit seinen Zahlungen in Verzug sei.

Zwei Tage später marschierten die Streitkräfte Frankreichs, Belgiens und Italiens in das Ruhrgebiet ein und besetzten Fabriken, Bergwerke, Wälder und sonstige wertvolle Plätze, aus denen sich Geld zwecks Reparationszahlungen herausholen ließ. Die deutschen Arbeiter an der Ruhr riefen zu einem Generalstreik auf, weigerten sich, die Wiedergutmachungszahlungen vorzunehmen und begannen ein Programm des passiven Widerstandes. Die Regierung stellte sich hinter die Streikenden.

Das besetzte Gebiet war relativ klein (rund 100 mal 50 km), enthielt aber 10 Prozent der Bevölkerung und erzeugte 80 Prozent der deutschen Kohle, Eisen und Stahl und stellte 70 Prozent des Gütertransportes. Die Besetzung erwies sich als ein Mißerfolg. Die Besatzer, (12.500 Mann stark und 2.000 Kollaborateure) versuchten vergebens, die Funktionsfähigkeit des Gebietes aufrecht zu erhalten.



"So, jetzt haben wir den Völkerbund". Alle gegen Einen, gegen den nackt auf dem Boden liegenden deutschen Michel.

Die Ereignisse an der Ruhr stellten eine ungeheure Belastung für die ... deutsche Wirtschaft dar. Nicht nur, daß dadurch die Mark kaputt gemacht wurde, sondern auch die Besatzungsmächte erhielten nicht die von ihnen gewünschten Reparationen.<<

Der Reichsrat nahm gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung am 29. August 1924 die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen.

Das Deutsche Reich sollte bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88). Als Starthilfe erhielt das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800 Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten.

Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die

Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren seien. Mit Hilfe des Dawes-Planes sollten die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden.

Das Deutsche Reich mußte die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/44). Die deutsche Reichsbank wurde außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

Charles G. Dawes (1865-1951, nordamerikanischer Bankier und Politiker, "Business, not politics") erhielt für die Leitung des internationalen Ausschusses im folgenden Jahr den Friedensnobelpreis.

Im "Dawes-Plan" von 1924 hieß es z.B. (x128/120-121): >>... Je mehr es gelingt, die Zahlungen automatisch, geregelt und unabhängig von den Schwankungen gegenüber der Reparationsfrage zu gestalten, um so weniger Reibungen werden entstehen und um so größer wird die tatsächliche Stabilität des deutschen Staatshaushalts sein.

Letzten Endes ist die beste Sicherheit für die Zahlung das Interesse der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, ehrlich eine Last auf sich zu nehmen, von der die Welt überzeugt ist, daß sie die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit nicht übersteigt, und so rasch als möglich eine Last abzutragen, die schwer ist und schwer sein soll.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Dawes-Plan" (x051/109): >>Dawes-Plan, Maßnahmenkatalog der Reparationskommission nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ziel, die dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen (Festlegung 19.3.23 auf 226 Milliarden Goldmark) auf die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands abzustimmen.

Der Dawesplan beruhte auf einem Gutachten des amerikanischen Bankiers C. G. Dawes (1865-1951; Friedensnobelpreis 1925) vom 9.4.24, der als Voraussetzung weiterer deutscher Leistungen die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft und unter Anspielung auf Frankreich die Einstellung der "Faustpfandpolitik" (Ruhrkampf) forderte.

Er sah jährliche deutsche Zahlungen von 1-1,75 Milliarden für eine Übergangszeit von vier Jahren und später von 2,5 Milliarden Goldmark vor; das Reich erhielt einen Stützungskredit von 800 Millionen Goldmark und verpfändete dafür seine Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern; Frankreich verpflichtete sich zur Räumung des Ruhrgebietes binnen zwölf Monaten.

Der am 16.8.24 in London geschlossene Vertrag passierte am 29.8.24 den Reichstag und trat zwei Tage später in Kraft. Die Folge war eine politisch-psychologische Entspannung in Deutschland und Europa, eine zunehmende Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit amerikanischem Kapital und eine stetig wachsende Auslandsverschuldung.

1930 wurde der Dawesplan durch den von der NSDAP heftig bekämpften Youngplan ersetzt, der die Gesamthöhe der Reparationen auf 34,5 Milliarden Mark (zahlbar bis 1988) herabschraubte.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Dawes Plan (x364/135-136): >>**Der Dawes-Plan**

Diese Sackgasse wurde also verlassen und die Ruhr frei gemacht, als sich Deutschland mit einer Kompromißlösung einverstanden erklärte, die als der Dawes-Plan bekannt ist. Diesen "Plan" hatte J. P. Morgan entworfen, und zwar mit Hilfe eines Komitees internationaler Finanzexperten. Charles Dawes, J. P. Morgan, ein Rothschild-Genosse, gehörte zu den führenden Finanziers Amerikas zu Beginn dieses Jahrhunderts. Nebenbei ist zu sagen, daß Morgan eine wesentliche Rolle bei der Gründung des "Council of Foreign Relations" (Rat für Auswärtige Beziehungen) - der "unsichtbaren Regierung" - im Jahre 1921 gespielt hat. Der CFR lenkt seitdem die Geschicke Amerikas.

Nach dem Dawes-Plan wurden in den ersten vier Jahren Deutschland Kredite in Höhe von 800 Millionen Dollar eingeräumt. Diese sollten für den Wiederaufbau benutzt werden, der seinerseits die Finanzen bringen sollte, mit denen die Reparationszahlungen an Deutschlands Gläubiger zu leisten waren. Ein Großteil des Geldes stammte aus den Vereinigten Staaten.

Dazu berichtet Professor Quigley:

"Es ist zu beachten, daß dieses System von den internationalen Banken eingerichtet wurde, und daß das Ausleihen des Geldes anderer an Deutschland für diese Banker höchst gewinnbringend war."

Er schreibt weiter: "Mit Hilfe dieser amerikanischen Kredite wurde die deutsche Industrie weitgehend mit den neuesten technischen Einrichtungen ausgerüstet. Mit diesen amerikanischen Krediten konnte Deutschland seine Industrie wieder aufbauen und sie mit Abstand zur zweitbesten der Welt entwickeln.

Damit konnten Wohlstand und Lebensstandard beibehalten werden, trotz Niederlage und Reparationen, und die Reparationen bezahlt werden, ohne die Übel eines defizitären Haushaltes und einer negativen Handelsbilanz.

Mit Hilfe dieser Kredite konnten die deutschen Schuldner ihre Kriegsschuld an England und die USA zurückzahlen, ohne Waren und Dienstleistungen zu exportieren. Devisen, die in Form von Krediten an Deutschland gingen, flossen an Italien, Belgien, Frankreich und England in Form von Reparationen zurück sowie schließlich an die Vereinigten Staaten in Form von Rückzahlung der Kriegsschulden.

Was allein an diesem System schlecht war, war, daß es einfallen würde, sobald die Vereinigten Staaten kein Geld mehr liehen, und zweitens, daß in der Zwischenzeit die Schulden lediglich von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden und niemand der Zahlungsfähigkeit auch nur einen Schritt näher kam. In der Zeit von 1924 bis 1931 bezahlte Deutschland 10,5 Milliarden Mark an Reparationen, borgte sich aber insgesamt 18,6 Milliarden Mark. Somit war rein gar nichts gelöst, aber die internationalen Banker saßen im Himmel, wo es von Gebühren und Provisionen nur so regnete." ...<<

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Dawes-Plan" (x286/42-43): >>... Nach der großen Inflation von 1920/23 und einem Moratorium wurde 1924 ein neuer Plan ausgeheckt. Diesmal unter Federführung eines Profis, des amerikanischen Bankiers Charles Dawes (1865-1951).

Der argumentierte wie ein Bankier: Erst die Sau mästen, bevor sie abgestochen wird. So bekam Deutschland gleich einen "Stabilisierungs-Kredit" über 800 Millionen, der zog weitere Gelder ins Land. Aus diesen Geldern konnten auch zunächst die Zahlungen geleistet werden: jährlich bloß noch 2,4 Milliarden Goldmark. Dawes bekam für sein Kunststück den Friedensnobelpreis.

Deutschland war Zahlmeister geworden, aber einer, der den Leuten nur jenes Geld wiedergab, das man dem Zahlmeister geliehen hatte.

Das ging schief ... Die deutsche Handelsbilanz war passiv wie eh und je. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die Exporte von 10 auf 12,3 Milliarden Mark. Die Importe aber stiegen von 9 auf 14 Milliarden. 1929 sah es wieder mal nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz aus – aber die Freude war kurz. Die Weltwirtschaftskrise startete, die deutsche Wirtschaft, basierend auf kurzfristigen Krediten, schrumpfte wie ein alter Apfel. Die bangen Fragen der Kreditgeber wurden drängender, die Kredite schließlich abgezogen. Das Ende war die Pleite.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputtschießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig so-

gar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.

... Im ... Jahr (1924) ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der (in dem seinen Namen tragenden Plan) für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.

Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.

Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.

Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<

1930 wurde der Dawesplan durch den von der NSDAP bekämpften Youngplan ersetzt.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Young-Plan (x364/136): >>Der Young-Plan

Der Dawes-Plan schlug fehl, als nämlich Deutschlands Reparationsverpflichtungen trotz der Milliardenbeträge, die bezahlt wurden, zunahmen.

Er wurde von dem Young-Plan abgelöst, der nach Owen Young - einem Morgan-Agenten - benannt wurde und der der Vorsitzende des Komitees war, das dieses neue Arrangement aufstellte. Zwecks besserer Plünderung gründeten die internationalen Banker in der Schweiz die Bank für Internationalen Zahlungsverkehr.

Damit konnte die Wiedergutmachungszahlungen einfach dadurch erfolgen, daß Guthaben von einem Konto eines Landes bei dieser Bank auf das eines anderen Landes gebucht wurden, das ebenfalls bei der Bank geführt wurde. Auch hier machten die "Big Banker" den großen Reibach mit Gebühren und Provisionen.

Beachten Sie eine Anzahl entscheidender Faktoren: die internationalen Banker und ihre Agenten riefen die Zustände hervor, die zum Ersten Weltkrieg führten; sie schlugen finanzielle Beute aus dem Krieg; sie finanzierten die russische Revolution und ergriffen die Kontrolle über dieses weite Land; sie manipulierten die Geschehnisse in Europa nach dem Krieg in einer Weise, die "einen Zustand schafft" (nach Worten von Edward Stanton), infolgedessen sie finanziell "im Himmel saßen"; sie benutzten amerikanische Gelder, für die sie riesige Provisionen einstrichen, um Deutschlands Industrie "mit den neuesten technischen Einrichtungen auszurüsten" und "sie mit Abstand zur zweitbesten der Welt zu entwickeln"; bei ihren Manipulationen haben diese skrupellosen Monopolgeier die Deutschen benutzt und dermaßen ausgenutzt, daß sie sich deren unvergänglichen Haß verdient haben, und während sie die deutsche Industrie aufbauten, gleichzeitig aber die deutsche Bevölkerung bekämpften, haben sie den Weg vorbereitet, auf dem ein starker Mann die politische Bühne betreten konnte, der die Massen für seine "Sache" gewinnen würde, indem er ihnen Freiheit von den internationalen Finanzräubern verspricht. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzelite formiert sich

Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinen des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.

Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, "von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten." Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.

Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

Die Reparationszahlungen

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld (nämlich amerikanischer Investoren) an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel.*

Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre (eigenen) Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.

Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.

"Was an dem System nicht stimmte, war nur,

a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. *"Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinelbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.

Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. *"Drei Häuser - Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co und National City Company - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."*

Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.

"Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."

So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.

"Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der

deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht.

Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.

"Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab." 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.

Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter *"saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."*

Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.

Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35 Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.

Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.

"Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."

Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. *"Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer (späteren) kriegerischen Konfrontation ... wieder niederzuwerfen."*

Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"böserartiger Fran-*

kenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb." ... <<

Am 24. Februar 1928 machte Parker Gilbert (1892-1938, nordamerikanischer Finanzpolitiker und US-Reparationsagent) in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfahl eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).

Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) wurden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich sollte danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor) schrieb später (am 27.08.2005) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Befreiung, Niederlage oder was?

Deutschlands Reparationsleistungen nach dem Ersten Weltkrieg und deren Folgen

Der Erste Weltkrieg war für fast alle kämpfenden Parteien auch ein finanzieller Opfergang gewesen. Die Deutschen hatten ihre Kriegsausgaben mit Steuern und mit Staatsanleihen selber finanziert. Briten und Franzosen hatten sich die nötigen Gelder größtenteils bei Banken in Amerika geliehen.

Die Kriegskosten der USA dagegen waren durch den späten Eintritt in den Krieg relativ gering geblieben. So versuchten die Regierungen Englands und Frankreichs, ihre Kriegsschulden und Kriegslasten nach 1919 aus dem besiegten Deutschland einzutreiben. ...

Im Januar 1921 legten die Siegermächte dann die Gesamthöhe der Reparationen Deutschlands für die nächsten 42 Jahre fest: etwa 331 Milliarden Goldmark. Auch hier zwei Zahlen zum Vergleich. Die Kosten Deutschlands für den gesamten Ersten Weltkrieg hatten mit 163 Milliarden Goldmark nur halb soviel betragen. Und das besiegte Rußland hatte 1918 im Frieden von Brest-Litowsk überhaupt keine Reparationen an die Sieger Deutschland und Österreich-Ungarn zahlen müssen. Man sah im Ausland schon damals, wie völlig maßlos die eigenen Forderungen in Versailles waren.

Dazu drei Siegerstimmen: Der damalige italienische Ministerpräsident Nitti: "Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden."

Der US-amerikanische Außenamts-Staatssekretär Lansing noch während der Versailler Sitzungen: "Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen."

Und Churchill in seinen Erinnerungen: "Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so böseartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten." ...

So kam es, daß das Deutsche Reich schon die zweite Monatsrate nicht mehr voll bezahlen konnte. ...

Auch 1922 konnte die Weimarer Republik die Schulden nicht bezahlen. ...

1924 folgte der nächste Zahlungsplan der Sieger, der Dawes-Plan, der wieder keine Obergrenzen für die deutschen Zahlungspflichten nannte, aber geringere Jahresraten ansetzte. Deutschland - nach wie vor nicht zahlungsfähig - lieh sich das verlangte Geld bei US-Banken und zahlte seine Reparationen nun fünf Jahre lang mit immer neuen Schulden.

1930 wurde der Dawes-Plan vom Young-Plan abgelöst, der die "endgültige" Höhe der Reparationen festlegte und die Zahlungsdauer 1988 enden ließ. Auch die Young-Raten mußte sich die Weimarer Republik bei Banken in den USA besorgen. Die Reste der Dawes- und der Young-Anleihen zahlt die Bundesrepublik Deutschland noch bis zum Jahr 2010 bei Banken in den USA ab.

1930 begann die Weltwirtschaftskrise in Nordamerika. Die US-Banken - nun selbst in

Schwierigkeiten - verlangten von den deutschen Schuldner-Banken, alle kurzfristigen Kredite der letzten Jahre sofort zurückzuzahlen, worauf im Sommer 1931 fast alle deutschen Banken Konkurs anmelden mußten. Es folgte die Zeit der Depression in Deutschland, die Zeit der sechs Millionen Arbeitslosen und der Versuch der Reichsregierung Brüning, die Weimarer Republik am Parlament vorbei mit Notverordnungen wirtschaftlich zu retten. Dies war der Tod der Republik von Weimar. ...

Wer hinter die Kulissen blickte, bemerkte auch, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die eigentlichen finanziellen Gewinner des Ersten Weltkriegs waren, und daß die deutsche Depression von 1931 ein Kind der amerikanischen Wirtschaftskrise von 1930 war. So nimmt es nicht Wunder, daß die deutsche Bevölkerung nur acht Jahre nach diesen bitteren Notjahren ab 1939 der Überzeugung war, Krieg gegen ihre Peiniger zu führen.

Die Kritik am Unrecht, das die Nationalsozialisten und Hitler bis dahin schon begangen hatten, trat gegen das, was die Sieger des Ersten Weltkriegs den Deutschen bis 1932 zugemutet hatten, kraß zurück. Manche Deutsche wären sicher gerne Adolf Hitler und die Nationalsozialisten losgeworden, aber dann politisch und aus eigener Kraft. Eine Befreiung durch die Peiniger von einst wäre ihnen damals unvorstellbar gewesen.<<

Die Weltwirtschaftskrise

Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verloren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar). Am folgenden Tag mußten viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig waren. Danach begann die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.

Ein Zeitzeuge berichtete am 25. Oktober 1929 über die Zustände an der Börse in New York (x191/48-49): >>Ständig waren die Kursmakler von Menschen umgeben, die darum kämpften, ihre Aktien zu verkaufen – und keiner dachte auch nur daran, welche zu kaufen. ... Ein chaotischer Anblick bot sich! Trotz Überlastung des Nachrichtenapparates kamen die Aufträge, Aktien zu verkaufen, ... schneller herein, als sie mit menschlichen Kräften erledigt werden konnten.<<

Aufgrund der neuartigen Massenfertigung produzierte die US-Wirtschaft damals in immer kürzerer Zeit immer größere Warenmengen. Infolge der nordamerikanischen Überproduktion war das Warenangebot wesentlich höher, als die Nachfrage, so daß vor allem die führende Industriemacht USA regelrecht am eigenen "Überfluß" erstickte. Alle US-Lagerhallen waren mit unverkäuflichen Maschinen, Lebensmitteln und anderen Produkten restlos überfüllt. Die Nachfrage fiel immer mehr und die Preise sowie Löhne stürzten unaufhörlich tiefer.

In Ostasien gewann gleichzeitig vor allem die japanische Industrie große Absatzgebiete für ihre billigen Waren, denn die japanischen Arbeitslöhne lagen weit unter den Löhnen der europäischen und nordamerikanischen Industrie.

Viele Länder schützten sich danach durch hohe Einfuhrzölle gegen fremde Erzeugnisse und importierten nur noch von Staaten, die Produkte im gleichen Wert abnahmen. Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung

des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Volker Brennecke berichtete später über den Schwarzen Freitag in Nordamerika (x051/531): >>Schwarzer Freitag, Bezeichnung für den New Yorker Börsenkrach vom 25.10.29. Der Schwarze Freitag gilt als der Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 1929-32; er beendete eine jahrelange Wertpapier-Hausse in den USA, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung seit 1925 begründet und von einer hektischen Spekulation angeheizt worden war. Ein ungebremster Optimismus sowie günstige Zinsen auf dem amerikanischen Geldmarkt hatten den Kauf von Aktien auf Kreditbasis ermöglicht.

Im Oktober 29 führten schon geringe Kursrückgänge zu panischen Verkäufen, deren Erlös zur Bezahlung von Kreditschulden unbedingt benötigt wurde. Die schlagartigen Kursverluste wirkten sich nicht nur verheerend auf die USA, sondern auch auf Europa und insbesondere Deutschland aus.<<

In einem nordamerikanischen Schulbuch erklärte man später die Gründe für den Ausbruch der US-Wirtschafts- und Finanzkrise folgendermaßen (x243/83): >> Erstens, die amerikanischen Farmer waren am Wirtschaftsaufschwung nicht beteiligt. Während des Krieges erhielten sie hohe Preise für Getreide und Vieh, weil für die Streitkräfte so viele Lebensmittel benötigt wurden. Die Farmer nahmen mehr Land unter den Pflug. Sie liehen Geld, um neue Maschinen zu kaufen.

Nach dem Kriege erzeugten sie mehr Weizen, Baumwolle und Fleisch, als sie verkaufen konnten. Ausländische Staaten, die amerikanischen Weizen gekauft hatten, waren jetzt nicht mehr in der Lage, amerikanische Produkte zu bezahlen. Die Erzeugerpreise sanken, und viele Farmer machten Bankrott. Banken, die den Farmern Geld geliehen hatten, gingen ebenfalls bankrott. ...

Zweitens, die Wirtschaft dehnte sich in den zwanziger Jahren außerordentlich rasch aus. Die Warenmenge, die die amerikanische Bevölkerung kaufen konnte, war aber begrenzt. Vor den zwanziger Jahren hatten die meisten Leute die Waren bar bezahlt, die sie kauften. Als nun das Bargeld knapp wurde, fingen die Kaufleute an, ihre Waren auf Kredit zu verkaufen. Sie vereinbarten monatliche Ratenzahlungen mit ihren Kunden.

Aber die Fabrikbesitzer konnten nicht abschätzen, wieviele Autos, Kühlschränke und Radios die Leute in der Lage sein würden zu kaufen. Die Geschäftsleute meinten, die Produkte der amerikanischen Industrie würden wie bisher immer so weiter gekauft werden. Die Fabriken liehen sich Geld und bauten neue Anlagen. Schon 1928 wurde es schwieriger, die Waren an den Mann zu bringen. Die Käufer hatten weniger Geld.

Drittens, die Kurse an der Aktienbörse stiegen zu stark, Leute mit wenig Geschäftserfahrung begannen, Aktien zu kaufen. ... Sie erwarteten, daß die Aktienkurse immer weiter steigen würden. Diese Leute waren zu optimistisch. Viele Firmen produzierten mehr, als sie verkaufen konnten. ...

Im Sommer 1929 begannen einige erfahrene Anleger, ihr Geld aus dem Aktienmarkt zurück-zuziehen. Gegen Ende Oktober versuchten alle, ihre Aktien zu verkaufen. Die Kurse fielen so rasch, daß diejenigen, die ihre Aktien mit geliehenem Geld gekauft hatten, sie nicht schnell genug verkaufen konnten. ...

Die Leute hörten auf, Dinge zu kaufen, die sie sich nicht leisten konnten. Die Fabriken mußten Arbeiter entlassen, einige mußten ganz schließen. Banken, die ihre Guthaben nicht eintreiben konnten, mußten ihre Schalter schließen. ...<<

Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schrieb später über die "Weltwirtschaftskrise" (x051/636): >>Weltwirtschaftskrise, bis dahin größte Krise des kapitalistischen Weltsystems (1929-33).

Kumulativ wirkende strukturelle und konjunkturelle Defekte in den verschiedenen Teilberei-

chen der Wirtschaft (Produktion, Kreditsystem, Welthandel) trafen bei Entstehung und Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise zusammen. Von ihr betroffen waren Agrar- wie Industrieländer. Das Ausmaß war unterschiedlich. Außer den USA litt Deutschland besonders stark unter der Krise (sechs Millionen Arbeitslose 1932).

In Anbetracht der politischen Labilität Deutschlands und des durch den verlorenen Krieg und die Inflation geringen allgemeinen Wohlstandsniveaus (wichtige Unterschiede zu den USA!) weitete sich die wirtschaftliche Krise schnell zu einer Gesamtkrise aus. Dies führte auf politischer Ebene zu den Präsidialkabinetten und schließlich zur Machtübernahme Hitlers.

Ausgelöst wurde die Weltwirtschaftskrise durch eine amerikanische Finanz- und Spekulationskrise (Schwarzer Freitag). Die in den folgenden Monaten einsetzenden massiven Kreditabzüge aus Deutschland (nicht zuletzt aufgrund der hohen Stimmengewinne der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen von 1930) führten schließlich auch zum Zusammenbruch deutscher Banken (Juli 31).

Gleichzeitig kam es zu einer großen Krise des Welthandels (Index der Welthandelswerte in laufenden Preisen: 1926 = 100, 1932 = 39,2). Eine Agrarüberproduktion führte zu einem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt.

Viele Agrarländer gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten und fielen als Abnehmer von Erzeugnissen aus den Industrieländern aus. Die deutsche Wirtschaft war jedoch in besonders hohem Ausmaße vom Export abhängig (Exportquote 1928: 21,0 %). Die zwischen 1926 und 28 vorgenommenen Rationalisierungsinvestitionen der deutschen Industrie waren auf Exportsteigerung und Wirtschaftswachstum angelegt. Die Produktionskapazitäten waren jedoch schneller als die einkommensabhängigen Nachfrageströme angewachsen.

Der deutsche Export ging trotz der Versuche der Regierung Brüning, mittels Notverordnungen die Produktionskosten (v.a. die Löhne) zu senken, rapide zurück und lag 1932 unter der Hälfte des Wertes von 1928. Die deutsche Industrieproduktion sank – in Indexwerten ausgedrückt – von 100 (1928) auf 61,2 (1932).

Auch der Versuch der Regierung Brüning, die notleidende deutsche Landwirtschaft durch ein Hochschutzzollsystem sowie durch Subventionen (Osthilfe) vor den Folgen der Weltagrarüberproduktion zu schützen, schlug fehl. So erhielten jene Kräfte in Wirtschaft und Politik Auftrieb, die eine relative Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft (Autarkie) bzw. eine Verlagerung des deutschen Außenhandels v.a. nach Südosteuropa erstrebten.

Nach dem Scheitern der Deflationspolitik Brünings (Sturz der Regierung: Mai 32) schlugen die Regierung Papen und Schleicher den damals sehr umstrittenen Weg einer aktiven Konjunkturpolitik (deficit spending) ein (allerdings mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung). Doch erst durch die massive Aufrüstungspolitik, für die Hitler schon bei seinem Regierungsantritt grünes Licht gab (ungeachtet der zunächst verstärkt anlaufenden Programme zur Arbeitsbeschaffung), gelang es, auf zeit- und systemspezifische Weise die Krise und ihre Folgen zu "bewältigen".<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA.

Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.

Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...

Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohne gleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache.

Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!

Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ... "In 18 Monaten ist Montgomery Ward von 132 auf 466 gestiegen; General Electric von 128 auf 396 ..."

Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast singulären (einzigartigen) Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.

Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober (in die Geschichte als Black Thursday eingegangen; in Europa wird der nächste Tag zum Schwarzen Freitag) stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef in den Hotels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...

Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.

Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft in der Beletage (Hauptgeschoß) und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf.

Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.

Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Ab-

schottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie ein erkaltetes Soufflé (leichte Eierspeise bzw. ein Auflauf).

Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.

Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten versorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.

Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 (x192/431, 433): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandskredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.

Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Industrieproduktion (ohne Berücksichtigung der Sowjetunion) um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<

>>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In beinahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. Hier setzte sich die charismatische Anziehungskraft starker Persönlichkeiten durch, die reaktionäre Gesinnung propagierten und politische Ideologien formulierten: Mussolini in Italien, Franco in Spanien und Hitler in Deutschland. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 (x364/68-71):

>>... **Die Weltwirtschaftskrise und Roosevelt**

Während die Bankiers und Industriellen eifrig daran arbeiteten, das Sowjetregime aufzubauen, planten sie heimlich die Schröpfung des amerikanischen Volkes. Nach einem Probelauf im Jahr 1920 waren sie für den Zusammenbruch von 1929 und die "große Depression" der folgenden Jahre gut gerüstet.

Am 6. Februar traf Montagu Norman, Vorstand der Bank von England, in Washington ein, um mit dem amerikanischen Finanzminister Andrew Mellon zu konferieren. Kurz darauf änderte das Federal Reserve System seine Politik des leicht erhältlichen Geldes, die mehr als sechs Jahre lang in Kraft gewesen war, und begann, den Diskontsatz anzuheben.

An die "Aufgeklärten" erging am 9. März 1929 eine rechtzeitige Warnung. Paul Warburg wurde in der "Financial Chronical" wie folgt zitiert: "Wenn Orgien ungezügelter Spekulationen zu weit ausgedehnt werden dürfen, ist der endgültige Zusammenbruch sicher." In den nächsten sechs Monaten hatten die Eingeweihten Zeit, ihre Aktien zu hohen Preisen zu ver-

kaufen und ihr Geld in Silber und Gold anzulegen.

"Als alles vorbereitet war, begannen die New Yorker Geldgeber, den Brokern die Tagesdarlehen zu kündigen. Das hatte zur Folge, daß die Börsenbroker ihre Aktien auf den Markt werfen mußten, um die Kredite zahlen zu können. Dadurch brach natürlich der Aktienmarkt zusammen, was wiederum den Kollaps vieler Banken im ganzen Land nach sich zog, da die nicht der Oligarchie gehörenden Banken fast nur mit Tagesdarlehen arbeiteten und schließen mußten, als der Run auf die Banken ihren Bargeldvorrat sehr bald erschöpft hatte. Das Federal Reserve System kam ihnen nicht zu Hilfe, obwohl es laut Gesetz genötigt war, eine elastische Währung aufrechtzuerhalten."

Es war kein Zufall, es war ein geplantes Ereignis

Der freimütige Vorsitzende des Banken- und Währungsausschusses im Kongreß, Louis T. McFadden, erkannte die Ursache für die große Depression: "Das war kein Zufall. Es war ein sorgfältig geplantes Ereignis. Die internationalen Bankiers legten es darauf an, hier eine allgemeine Verzweiflung zu wecken, aus der sie als die absoluten Herrscher hervorgehen wollten."

Nach dem Zusammenbruch war das Geschäftsleben ein einziges Chaos. Zehntausende Unternehmen mußten schließen. Millionen Menschen verloren ihren Job und mußten sich in die Essenausgabeschlangen einreihen. Einige Millionäre verloren alles, was sie hatten, und begingen verzweifelt Selbstmord.

1932 gab es eindeutige Anzeichen für eine wesentliche Verbesserung der Lage. Eine Brise der Hoffnung und des Vertrauens zog durch das Land. Obwohl die wirtschaftlichen Aussichten rosig waren, hatten die Insider andere Pläne mit dem amerikanischen Volk. Während des Präsidentenwahlkampfes von 1932 präsentierte sich Franklin D. Roosevelt den Wählern als außerordentlich konservativ. Aber bald hörte man überall im Land Gerüchte, daß seine Wahlplattform nicht seinen wirklichen Ansichten entsprach, und daß mit radikalen Änderungen der gesamten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Regierungsstruktur zu rechnen sei.

Als Roosevelt im November gewählt war, nahmen diese Gerüchte immer mehr zu. Der gewählte Präsident nahm zu ihnen keine Stellung. Die 1932er Wahl war die letzte, nach der die eigentliche Amtseinführung des Präsidenten erst im folgenden März - statt im Januar - stattfand. Die lange Wartezeit und die wachsende öffentliche Unsicherheit führte zu einer - politisch herbeigeführten - "zweiten Depression", die stark lähmende Wirkung hatte. Die daraus entstehende öffentliche Panik führte zu einem nationalweiten Run auf die Banken, von denen viele schließen mußten, als Roosevelt sein Amt antrat.

Roosevelt kam also in einer ausgeprägten Krisenatmosphäre zur Macht, die er und die hinter ihm stehenden Kräfte vorsätzlich geschaffen hatten. Sofort setzte er die lang erwarteten Veränderungen des gesamten amerikanischen Regierungssystems und des Lebensstils ins Werk. Bundeskommissionen und Ausführungsbehörden wurde die Macht verliehen, fast jede geschäftliche Transaktion in Amerika nach Belieben zu kontrollieren und ihren Willen mit Zivil- und Strafprozessen durchzudrücken. Verfassungsmäßige Einschränkungen derartiger Autoritätsübungen wurden weggewischt.

Der Kongreß wurde mehr als je zuvor in der amerikanischen Geschichte ein Werkzeug der Unterwürfigkeit und tat genau, was ihm der Präsident vorschrieb, weil die Krisenatmosphäre, die der Präsident selbst erzeugt hatte, ihn dazu zwang und weil die Fabier und die von ihnen geschulten Politiker, die der Präsident in so vielen Bundesministerien eingesetzt hatte, einen wohl dosierten Druck ausübten.

Der Sieg der schmeichlerischen Brüder

Kurz, die Franklin D. Roosevelt-Administration versuchte, der amerikanischen Nation die letzte Phase von Clinton Roosevelts illuministischen Plan der Zerstörung von Verfassung und Regierung aufzubürden - unter dem Vorwand, eine "neue Gesellschaftsordnung" oder, wie sie

es ironisch nannten, einen "New Deal" zu errichten.

Sie prägten sofort das Zeichen der Illuminaten auf die amerikanische Währung (die Ein-Dollar-Noten), womit sie offen erklärten, das Ziel ihrer Verschwörung - ihren "Novus Ordo Seclorum" oder New Deal - erreicht zu haben.

Dieses Zeichen wurde von Weishaupt übernommen, als er den Illuminatenorden am 1. Mai 1776 gründete. Auf dieses Ereignis wird durch die römischen Ziffern MDCCLXXVI am Fuß der Pyramide hingewiesen, nicht auf das Jahr der Unabhängigkeitserklärung, wie Uneingeweihte angenommen haben. Weiterhin muß man wissen, daß das Zeichen erst nach der Vereinigung der Illuminaten mit den Freimaurern auf dem Wilhelmsbader Kongreß von 1782 für die letzteren Bedeutung erlangte.

Von Bedeutung ist die Inschrift des Zeichens: "Annuit coeptis" bedeutet "unsere Unternehmung (Verschwörung) ist vom Erfolg gekrönt". Unter der Pyramide stehen die Worte "Novus Ordo Seclorum". Sie erklären die Natur der Unternehmung, die Schaffung einer "neuen Weltordnung" oder des New Deal. Es ist von Bedeutung, daß der "Grundeckstein", die Spitze der Pyramide fehlt. An ihrer Stelle erscheint das "allsehende Auge", das die terroristische Spionageagentur symbolisiert, die Weishaupt unter dem Namen der "Schmeichlerischen Brüder" einrichtete.

In der Bibel wird Jesus Christus als "Grundeckstein" bezeichnet. Er ist das Haupt der Kirche, die ebenfalls in pyramidischer Form organisiert ist.

Christus wird in Markus und Lukas der "Stein, den die Bauleute verworfen haben" genannt. Die Illuminatenführer, die Bauleute der neuen Weltordnung, verwarfen Jesus Christus und wählten Satan, den Teufel, als ihr Oberhaupt, ihren Chef. Kein Wunder, daß sie den "Grundeckstein" aus dem Zeichen entfernten und ihn durch das satanische allsehende Auge ersetzten.<<

US-Unterstützung der NS-Bewegung

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert würden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb z.B. später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226):

>>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist.

Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O. M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüstete. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der herauf-

ziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob

Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hänge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage".

Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.

Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.

Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische"

Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?

Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gespreken met Hitler door Sidney Warburg".

Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.

Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Hitlers finanzielle Unterstützung durch US-Banken (x364/136-148): >>... **Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges**

Im Herbst 1929 war es an der Zeit, daß die internationalen Banker auf den Knopf drücken sollten, mit dem die Maschinerie in Bewegung gesetzt wurde, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Nachdem sie selbst, ihre Agenten und Freunde auf der Welle eines künstlich aufgeblasenen Aktienbooms ausverkauft hatten, zogen die internationalen Banker dem ganzen System den Boden unter den Füßen weg und stürzten die Vereinigten Staaten in die große Depression. In den folgenden Jahren verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung überall in der Welt, bis praktisch nichts mehr lief.

Der Börsenkrach von 1929 beendete Amerikas Kreditvergabe an Deutschland. Dadurch wurde eine empfindliche "Flucht aus der Mark" ausgelöst, da die Leute übereinander herfielen, um die Mark gegen günstigere Währungen einzutauschen, denen sie ein größeres Vertrauen schenkten. Daraus ergab sich eine empfindliche Belastung für Deutschlands Goldreserven. Da diese abnahmen, mußte die Höhe der Kredite und des Bargeldumlaufes gesenkt werden, und zwar über höhere Zinsen.

Deutschland wandte sich auch weiterhin in einem Meer von Schulden, Furcht und Schwierigkeiten, und jedermann versuchte, den Kopf über den immer weiter steigenden Fluten des Unheils zu halten. An dieser Stelle nun trat Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei in das Rampenlicht der deutschen Politbühne.

Die internationalen Banker halfen Hitler bis zur Machtübernahme 1933 mit Geldspritzen von rund 130 Millionen Mark.

VII. Hitler und die Drahtzieher des Zweiten Weltkrieges

Im Herbst 1929 war es an der Zeit, daß die internationalen Banker auf den Knopf drücken sollten, mit dem die Maschinerie in Bewegung gesetzt wurde, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Nachdem sie selbst, ihre Agenten und Freunde auf der Welle eines künstlich aufgeblasenen Aktienbooms ausverkauft hatten, zogen die internationalen Banker dem ganzen System den Boden unter den Füßen weg und stürzten die Vereinigten Staaten in die große Depression. In den folgenden Jahren verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung überall in der Welt, bis praktisch nichts mehr lief.

Der Börsenkrach von 1929 beendete Amerikas Kreditvergabe an Deutschland. Dadurch wurde eine empfindliche "Flucht aus der Mark" ausgelöst, da die Leute übereinander herfielen, um

die Mark gegen günstigere Währungen einzutauschen, denen sie ein größeres Vertrauen schenkten. Daraus ergab sich eine empfindliche Belastung für Deutschlands Goldreserven. Da diese abnahmen, mußte die Höhe der Kredite und des Bargeldumlaufes gesenkt werden, und zwar über höhere Zinsen.

Bis zum Ende 1931 wurde in Deutschland der Diskontsatz Schritt für Schritt angehoben, bis er schließlich die schwindelerregende Höhe von 15 Prozent erreichte, ohne daß dadurch der Abfluß der Goldreserven aufgehalten worden wäre. Als Deutschlands Appell, die Reparationszahlungen zu verringern, von seinen Gläubigern aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurde, verschlimmerte sich das Dilemma noch weiter. Während "mehrere Komitees internationaler Bankiers das Problem diskutierten, spitzte sich die Krise zu". Die Darmstädter Bank und die Schröder-Bank brachen zusammen.

Hitler bietet Abhilfe

Deutschland befand sich auch weiterhin in einem Meer von Schulden, Furcht und Schwierigkeiten, und jedermann versuchte, den Kopf über den immer weiter steigenden Fluten des Unheils zu behalten. An dieser Stelle nun traten Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in das Rampenlicht der deutschen Politbühne. Seine Botschaft fand in den Herzen von Millionen Deutschen ein tiefes Echo.

Seine mit Kraft vorgetragenen Versprechungen, Deutschland aus den Fesseln des Versailler Vertrages, dem fremden Finanzmoloch, zu befreien und der erheblich eingeeengten und krisenmüden Bevölkerung "Lebensraum" zu geben, fanden zu Beginn der 30er Jahre Aufmerksamkeit im Volk. Er bot den Menschen etwas an, wonach sie sich sehnten. Seine Reden erweckten Hoffnung zu neuem Leben.

Das Deutschland der frühen 30er Jahre war eine von den internationalen Banken gebaute Zeitbombe, die auf eine Person vom Schlage Hitler gewartet hatte, der die Szene betreten und die Kontrolle ergreifen würde.

Hitler als lukratives Geschäft

Aus detaillierten Aussagen vor dem Kilgore Committee of the US Senat, 1945, Hearing über "Elimination of German Resources for War" (Beseitigung von Kriegsführungsquellen in Deutschland) geht hervor, daß "als die Nazis 1933 an die Macht kamen, sie feststellen konnten, daß man seit 1918 enorme Fortschritte in der Vorbereitung Deutschlands für den Krieg in wirtschaftlicher und industrieller Hinsicht gemacht hatte".

Die gewaltigen Beträge amerikanischen Kapitals, die unter dem Dawes-Plan ab 1924 nach Deutschland geflossen waren, hatten die Grundlage gebildet, auf der Hitlers Kriegsmaschinerie aufgebaut worden war. Wie Dr. Anthony C. Sutton in "Wall Street and the Rise of Hitler" aufführt, "läßt sich der vom amerikanischen Kapitalismus an Deutschland geleistete Beitrag zur Vorbereitung des Krieges vor 1940 nur als phänomenal beschreiben. Er war zweifellos entscheidend für die militärische Vorbereitung in Deutschland.

Beweise legen es nahe, daß nicht nur ein einflußreicher Sektor der amerikanischen Wirtschaft sich über die Natur des Nazitums bewußt war, sondern ihm auch wo immer möglich - und lukrativ aus Eigennutz Vorschub leistete - in dem vollen Wissen, daß am Ende Krieg stehen würde, in den Europa und die USA gezogen würden. Auf Unwissenheit zu plädieren, ist mit den Fakten unvereinbar."

Die sehr sorgfältig dokumentierten Beweise darüber, daß amerikanische Banken- und Industriekreise an dem Aufstieg von Hitlers Dritten Reich höchst maßgeblich beteiligt waren, sind öffentlich zugänglich. Sie sind in den Protokollen und Berichten über Regierungshearings zu finden, die von verschiedenen Senats- und Kongreßausschüssen in den Jahren von 1928 bis 1946 veröffentlicht wurden.

Zu den wichtigsten zählen: "House Subcommittee to Investigate Nazi Propaganda" im Jahre 1934 (Kongreß-Unterausschuß zur Untersuchung der Nazi-Propaganda), der Bericht über Kar-

telle, herausgegeben vom House Temporary National Economic Committee, 1941 (Vorläufiger Nationaler Wirtschaftsausschuß des Kongresses) sowie vom Senate Subcommittee on War Mobilization in 1946 (Senats-Unterausschuß für Mobilmachung im Jahre 1946).

Öl aus Kohle

Ein Teil dieser faszinierenden Geschichte ist mit der Entstehung eines internationalen Kartells, mit Schwerpunkt in Deutschland, verbunden, das die Chemie- und Pharmaindustrie in der ganzen Welt kontrollierte. Beteiligungen bestanden in 93 Ländern, und es war eine mächtige wirtschaftliche und politische Macht in allen Erdteilen. Es hieß I. G. Farben.

"I. G. steht für Interessengemeinschaft beziehungsweise gemeinschaftliche Interessen oder einfacher, Kartell. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte sich die I. G. Farben zum größten Chemieunternehmen der Welt entwickelt und war Teil eines Kartells von einer gigantischen Größe und Macht, wie es in der ganzen Geschichte einmalig war" ("World Without Cancer").

"Eine der Hauptursachen für Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg ist ein Mangel an Treibstoff gewesen. Deutschlands Führung beschloß, seine Abhängigkeit vom Ausland in bezug auf Benzin ein für allemal zu beenden. Zwar besaß Deutschland im Inland keine nennenswerten Ölvorkommen, aber es verfügte über mehr als genug Kohle. Daher gehörte es zu den ersten Zielen der deutschen Chemie nach dem Krieg, ein Verfahren zur Umwandlung von Kohle in Benzin zu finden.

1920 hatte Dr. Bergius ein Verfahren entdeckt, um große Mengen Wasserstoff herzustellen und sie unter hohem Druck bei hohen Temperaturen und mit Hilfe von bestimmten Katalysatoren in flüssige Kohleprodukte zu verwandeln. Damit waren die letzten Schritte zur Benzineredelung vorgezeichnet. Es war nur noch eine Frage der Verfeinerung dieses Hydrierprozesses. Schlagartig war I. G. Farben im Ölgeschäft" ("World Without Cancer").

I. G. Farben benutzte seine Neuentdeckung von lebenswichtiger Bedeutung, um die Türen zu öffnen, die zur Gründung eines weltweiten Kartells führten. Frank Howard von der Standard Oil wurde zu einem Besuch der großen badischen Werke in Ludwigshafen im März 1926 eingeladen. Was er sah, ließ ihn staunen - Benzin aus Kohle! Völlig konsterniert schrieb er an Walter Teagle, Präsident der Standard Oil:

"Aufgrund meiner heutigen Beobachtungen und Diskussionen glaube ich, daß diese Sache das wichtigste ist, was unser Unternehmen angeht. Die Badische kann aus Braunkohle und anderen minderen Kohlesorten hochwertiges Motorenbenzin herstellen, und zwar in Mengen, die fast der Hälfte der Kohle entspricht. Das bedeutet absolut die Unabhängigkeit Europas in Fragen der Benzinversorgung. Es bleibt nur der knallharte Preiswettbewerb."

Standard Oil heiratet I. G. Farben

In den nächsten drei Jahren fanden zwischen I. G. Farben und Standard Oil intensive Verhandlungen statt. Diese führten schließlich zur "Heirat" zwischen diesen beiden Industriegiganten am 9. November 1929.

Der Vertrag gab Standard Oil die eine Hälfte der Rechte an den Hydrierverfahren in allen Ländern der Welt mit Ausnahme Deutschlands. Standard gab I. G. Farben 546.000 seiner Stammaktien im Wert von mehr als 30 Millionen. Beide Seiten vereinbarten, niemals gegeneinander in den Bereichen der Chemie und der Ölgewinnung Wettbewerb zu betreiben.

Das Ziel war dabei, den Wettbewerb zu beseitigen und einen Aufschwung der Gewinne zu garantieren. Zwei Jahre später unterzeichnete I. G. Farben mit Alcoa das als "Alig" bekannte Abkommen, wodurch die beiden Unternehmen alle ihre Patente und Know-how in der Magnesiumherstellung zusammenlegten.

Als Henry Ford in Deutschland eine Autofabrik erbaute, beteiligte sich I. G. Farben mit 40 Prozent. In den USA trat Henry Fords Sohn Edsel in den Vorstand der I. G. Chemical Company ebenso wie Walter Teagle, Präsident der Standard Oil, Charles E. Mitchell, Präsident der

Rockefeller Bank "National City Bank of New York" sowie Paul Warburg, Chefbauer der amerikanischen "Federal Reserve Bank".

Hitler kommt an die Macht

Bereits 1925 brachte Dr. Karl Duisburg, der erste Vorsitzende der I. G. Farben und Gründer der American Bayer Company, seinen Wunsch nach einem "starken Mann" zum Ausdruck, der Deutschland in der Stunde seiner Bewährung anführen würde:

"Seit einig, einig. Dies sollte der beständige Aufruf an alle Parteien im Reichstag sein. Wir hoffen, daß unsere Worte von heute wirken und wir den starken Mann finden werden, der schließlich alle unter einem Schirm zusammenbringt, denn der starke Mann ist für uns Deutsche immer notwendig, wie wir es im Falle Bismarck gesehen haben."

Im Herbst 1932, als die Weimarer Republik am zerbröckeln war, wurde es offensichtlich, daß Hitler am besten für die Rolle des "starken Mannes" geeignet war. Folglich "erhielt Hitler eine weit stärkere Unterstützung als er sich jemals zu hoffen gewagt hätte. Die industrielle und finanzielle Führung Deutschlands, an der Spitze I. G. Farben, schlossen die Reihen und gaben Hitler ihre volle Unterstützung." Zwei Kartelle, die I. G. Farben und die Vereinigte Stahlwerke, stellten in den Jahren 1937 bis 1939, also am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. 95 Prozent der deutschen Explosivstoffe her. Diese Produktion kam aus Anlagen, die amerikanische Kredite, und begrenzt, auch amerikanische Technologie gebaut hatten.

Im Buch "Wall Street and the Rise of Hitler" heißt es: "Die Zusammenarbeit von I. G. Farben - Standard Oil zur Herstellung von synthetischem Öl aus Kohle sicherte dem I. G. Farben-Kartell ein Monopol auf die Benzinherstellung während des Zweiten Weltkrieges. 1945 wurde knapp die Hälfte des deutschen hoch-klopffesten Benzins direkt von I. G. Farben hergestellt und der Rest fast gänzlich von ihren verbundenen Gesellschaften."

Die internationalen Banker pumpeten weiter Geldströme in die deutsche Wirtschaft. Die von den Geldmonopolisten vergebenen drei größten Kredite waren für die Entwicklung der drei deutschen Kartelle bestimmt, die Hitler und seine Nationalsozialisten bei ihrem Aufstieg zur Macht unterstützten.

Dazu führte James Martin aus (er war Chef des Referates für Wirtschaftskrieg im Justizministerium, das die Struktur der Nazi-Industrie untersuchte): "Diese Kredite für den Wiederaufbau wurden zu einem Träger für Arrangements, die den Zweiten Weltkrieg mehr gefördert haben als die Schaffung des Friedens nach dem Ersten Weltkrieg."

Das Hauptverbindungsmitglied zwischen Hitler und den Wallstreet Geldbaronen war Hjalmar Horace Greely Schacht, Präsident der Deutschen Reichsbank, dessen Familie schon viele Jahre lang mit der internationalen Finanzelite verflochten war. Schacht war der kluge Kopf hinter dem Wiederaufbauplan für Deutschland, dem Young-Plan, und auch der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr. Anfang des Jahrhunderts hatte sein Vater in der Berliner Filiale der von Morgan kontrollierten Equitable Trust Company of New York gearbeitet.

Der von Schacht konzipierte Plan funktionierte perfekt und half, die Ereignisse in der Weimarer Republik auf die explodierende Spitze zu treiben. Dr. Fritz Thyssen, der deutsche Industrielle, erklärte, er habe "sich an die Nationalsozialistische Partei erst dann gewandt, als ich zu der Überzeugung gelangt war, daß der Kampf gegen den Young-Plan unausweichlich war, wenn der vollständige Zusammenbruch Deutschlands verhindert werden sollte.

Die Annahme des Young-Plans und seine finanziellen Grundsätze erhöhte die Arbeitslosigkeit mehr und mehr, bis es rund eine Million Arbeitslose gab. Die Menschen waren verzweifelt. Hitler sagte, er werde die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die damalige Regierung war sehr schlecht und die Lage der Leute verschlimmerte sich. Das war wirklich der Grund für den enormen Erfolg Hitlers bei den Wahlen."

1932 war Hitlers Nationalsozialistische Partei die größte im Reichstag. Da eine interne Krise die andere jagte, gewannen Hitlers kräftige Versprechungen unter der deutschen Bevölkerung

immer mehr Anklang und Beliebtheit. Für viele erschien er der einzige Ausweg für die deutsche Nation zu sein. Er war die einzige Figur auf der politischen Bühne Deutschlands, die einen bestimmten Weg des Handelns hatte, und denselben lautstark erklärte, um die Nation aus der immer entsetzlicher werdenden Notlage herauszuführen.

Hitler wurde am 30. Januar 1933 von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und löste ihn nach seinem Tode als "Führer" und Reichskanzler ab. Im folgenden Monat benutzte Hitler den vorsätzlich verübten Reichstagsbrand zum Vorwand, um die verfassungsmäßigen Rechte abzuschaffen und sich zum diktatorischen Führer der deutschen Nation zu ernennen.

Nachdem mögliche Rivalen in einer Reihe von Säuberungsaktionen beseitigt waren, setzte Hitler zu einem massiven Feldzug an, um Deutschland wirtschaftlich, militärisch und psychologisch aufzubauen. Mit der Widerrufung der Bedingungen des Versailler Vertrages und den massiven Reparationszahlungen, die Deutschland in dem vorangegangenen Jahrzehnt in einem Zustand der finanziellen Leibeigenschaft gehalten hatte, erreichte Hitler eine bemerkenswerte Wende des Wirtschaftslebens in Deutschland.

Der Lebensstandard des Durchschnittsbürgers verbesserte sich ganz entschieden und man führte mit Erfolg eine Kampagne durch, die Lebensgeister der Menschen zu neuer Kraft zu entfalten. Da sie nunmehr eine Sache hatten, für die es zu arbeiten sich lohnte, machten die Deutschen sich mit der ihnen eigenen Gründlichkeit an die Arbeit. Die Arbeitslosigkeit verschwand praktisch, als die Produktion der Industrie auf Touren kam.

Zeitgenössischen Beobachtern wurde jedoch bald deutlich, daß Hitler und seine internationalen Beschützer einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz an Produktion vom Band rollten, die sich in der Kriegsführung verwenden ließen.

Aus dem Tagebuch des Botschafters Dodd

Der höchste diplomatische Vertreter Amerikas im Hitler-Deutschland war nach 1933 Botschafter Dodd. Am 15. August 1936, also mehr als dreieinhalb Jahre nach Hitlers Machtergreifung, berichtete Dodd an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, "zur Zeit haben hier mehr als 100 amerikanische Unternehmen Tochtergesellschaften oder Kooperationsabkommen. Du Pont hat drei Verbündete in Deutschland, die das Rüstungsgeschäft unterstützen. Ihr Hauptverbündeter ist die I. G. Farben Company.

Standard Oil Company (New Yorker Untergesellschaft) hat im Dezember 1933 zwei Millionen Dollar hierher geschickt und erhält jährlich 500.000 Dollar dafür, den Deutschen bei der Herstellung von Ersatzbenzin für Kriegszwecke zu helfen; aber Standard Oil kann seine Gewinne nicht repatriieren, es sei denn in Form von Waren. Davon machen sie wenig Gebrauch. Zwar berichten sie ihre Erträge an die Muttergesellschaft, aber sie berichten nicht die Tatsachen. Der Präsident der International Harvester Company sagte mir, ihr Umsatz hier sei um 33 Prozent pro Jahr gestiegen (Waffenherstellung, glaube ich), aber sie holen sich nichts davon zurück.

Selbst unsere Flugzeugleute haben ein Geheimabkommen mit Krupp. General Motors Company und Ford erzielen hier mit ihren Tochtergesellschaften Riesenumsätze, aber entnehmen keine Gewinne. Ich erwähne diese Fakten, weil sie die Dinge verkomplizieren und die Kriegsgefahren vergrößern."

Immer mehr Geld für die Kriegsvorbereitungen

In seinem Tagebuch notierte Botschafter Dodd, daß Dr. Engelbrecht, Leiter der Rockefeller-tochter Vacuum Oil Company in Hamburg, ihm erzählt hat:" Die Standard Oil Company of New York baue eine Großraffinerie in der Nähe des Hamburger Hafens."

Die amerikanischen Internationalisten gingen aber in ihren Bemühungen um den Aufbau der deutschen Kriegsführungskapazitäten noch sehr viel weiter. Bei seinen Recherchen deckte Professor Sutton die Tatsache auf, daß "die beiden größten Panzerhersteller im Hitlerdeutschland Opel, eine 100prozentige Tochter der General Motors - ihrerseits von J. P. Morgan kon-

trolliert - sowie die Ford AG, Tochter der Ford Motor Company in Detroit waren. 1936 wurde Opel von den Nazis Steuerfreiheit eingeräumt, damit General Motors seine Produktionsanlagen erweitern konnte. General Motors reinvestierte die anschließenden Gewinne in die deutsche Industrie."

Obwohl amerikanische Unternehmen verantwortlich für die Bereitstellung eines Großteils der Technologie und des Kapitals in Deutschland waren, das Hitler für den militärischen Aufbau benötigte, so gab es doch auch viele begüterte Europäer außerhalb Deutschlands, die mehr als genug das ihrige für dieselbe Sache taten. Aus europäischen Quellen flossen enorme Geldmengen in das Nazideutschland, und zwar über die Warburg-kontrollierte Mendelsohn Bank in Amsterdam, und später über die J. Henry Schröder Bank mit Filialen in Frankfurt am Main, London und New York. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzierung der NSDAP

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, *"wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."*

Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.

Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 %

US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. *"Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauffolgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank."* ... <<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später (im Jahre 2021) im COMPACT-Geschichte Nr. 9 über die Finanzierung Hitlers und das dunkle Geheimnis der Wall Street nach dem Ersten Weltkrieg (x361/12,16-19): >>Die Guten, die Bösen und die Unsichtbaren

Seit Jahrzehnten fetzt sich die Geschichtswissenschaft wegen der Finanzierung der NSDAP durch das Großkapital. Linke und bürgerliche Historiker stehen sich in erbitterter Feindschaft gegenüber - und keine der beiden Parteiungen will über den Elefanten sprechen, in dessen mächtigem Schatten die Kontroverse steht. ...



Bereits vor 1933 wurde die Schuldfrage plakativ instrumentalisiert. Hier erscheint nicht mehr Hitler selbst, sondern die Großindustrie als hauptverantwortlich. Foto: picture-alliance/akg-images

Es ist vor allem das Verdienst des US-Amerikaners Antony C. Sutton und des Russen Nikolay Starikow, hier mit bahnbrechenden - und dennoch (oder gerade deswegen?) im Mainstream kaum beachteten - Recherchen für die Klarheit gesorgt zu haben, die den kommunistischen

wie den westlichen Historikern fehlt. Ihre Bücher *Wall Street und der Aufstieg Hitlers* (Erstveröffentlichung 1976, auf Deutsch im Schweizer Verlag Perseus 2009, Auszug auf Seite 50 ff.) beziehungsweise *Wer hat Hitler gezwungen, Stalin zu überfallen?* (auf Deutsch 2017 in einem kleinen baltischen Verlag erschienen, Auszug auf Seite 38 ff.) werden in der Fachwissenschaft ignoriert. Dritter im Bunde der Aufdecker ist der US-Professor Guido Giacomo Preparata mit seinem Buch *Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten* (2010 ebenfalls bei Perseus erschienen).

Die unsichtbare Hand

Sutton erklärt die Hinwendung der Wall Street zu den Nazis vor allem mit deren korporatistischem Wirtschaftsmodell, das im Unterschied zur freien Marktwirtschaft stabile Gewinnraten garantierte - aus demselben Grund unterstützten die Banker laut Sutton auch den US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) und die Sowjetunion.

Im Unterschied zu ihm gehen Starikow und Preparata davon aus, daß nicht das korporatistische Wirtschaftsmodell, sondern die geostrategische Orientierung die angloamerikanischen Geldhaie zur Unterstützung Hitlers brachte: Washington und London zogen die NSDAP vor allem deswegen anderen nationalistischen Parteien und Strömungen vor, weil sich Hitler in *Mein Kampf* vehement für ein deutsch-britisches Bündnis gegen Rußland ausgesprochen hatte - das paßte zur Globalstrategie der angelsächsischen Seemächte.

Aus demselben Grund erfuhren Aktivisten im Umkreis der Konservativen Revolution keine Förderung: Sie waren zumeist anti-englisch eingestellt und damit trotz ihres Antikommunismus suspekt. Preparata nennt ein Beispiel: Als sich 1920 monarchistische Offiziere im sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie erhoben, schleuste London seinen Agenten Ignatz Trebitsch-Lincoln in den inneren Kreis der Verschwörer ein und brachte den Umsturz zum Scheitern.

Die Obristen träumten von einem deutsch-russischen Bündnis, am liebsten mit den verbliebenen Anhängern des Zaren, zur Not aber auch mit den Bolschewiken - das mußte London unbedingt verhindern. Außenminister Walther Rathenau, der 1922 im Vertrag von Rapallo ein solches Bündnis tatsächlich in Angriff nahm, wurde übrigens im selben Jahr von der NSDAP-nahen Organisation Consul ermordet.

"Ein fabelhafter Demagoge."

Truman Smith über Hitler

Starikow recherchierte penibel die Kontakte, die US-Regierungskreise bereits 1921/22 zu Hitler knüpften - vor allem über den Militärattaché Truman Smith und den von ihm instruierten NSDAP-Spendensammler und Führer-Intimus Ernst "Putzi" Hanfstaengl, der auch für Sutton eine Schlüsselrolle spielte (siehe Seite 60 ff.). Der Börsenexperte Thorsten Schulte ("Silberjunge") präsentiert - von Starikow ausgehend - in seinem aktuellen Buch *Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung* weitere Beweise für Hitlers frühe Förderer im US-Establishment, so etwa die Begeisterung von Truman Smith nach einem Treffen am 20. November 1922: "Ein fabelhafter Demagoge. Ich habe kaum zuvor einem so konsequenten und fanatischen Mann zugehört."

Das Zitat, entnommen dem englischen Original des Standardwerks *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* von William L. Shirer aus dem Jahr 1960, fehlt in der deutschen Ausgabe. ... Ein wichtiger Spendenvermittler war auch der Schriftsteller Dietrich Eckart, der den Kontakt zu Warren C. Anderson hielt, den Europa-Präsidenten des amerikanischen Autoproduzenten Henry Ford. 1924 fuhr der Nazi-Gigolo Kurt Lüdecke direkt zum Geldsammeln in die USA. Gerichtliche Untersuchungen ergaben, daß Ford bereits im Jahre 1923 drei Mal größere Geldbeträge für Hitler angewiesen hatte.

Ein erstes Fanal setzte die NSDAP am 9. November 1923 durch einen Putschversuch in München. "Das Verblüffendste und Rätselhafteste am Erfolg dieses Menschen (Hitlers) ist die Tat-

sache, daß er 1923, auf dem Höhepunkt des Inflationstaumels, über Devisen verfügte, über Dollars, Tschechenkronen, holländische Gulden, ja offenbar auch über französische Franken", schreibt Walter Görlitz in *Geldgeber der Macht* (Düsseldorf/Wien, 1976).

...

Der Durchbruch ab 1929

Hitler wurde im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, im Februar 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. Trotz innerer Konsolidierung hatte die Partei in den folgenden Jahren keinen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden enttäuschende 2,6 Prozent erzielt. Den folgenden steilen Aufstieg verdankte die Hitler-Partei dem Young-Plan, der die 1919 in Versailles diktierten Reparationen neu regelte.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien und der SPD, die den Plan als alternativlos darstellten, profilierte sich die NSDAP in scharfer Opposition gegen die "Young-Sklaverei" und fand dadurch zunehmend Unterstützung im Volk wie auch in jenen Teilen des Großkapitals, die sich vom Dollar-Imperialismus bedroht fühlten. Fritz Thyssen bekannte nach dem Zweiten Weltkrieg: "Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, als ich die Überzeugung gewann, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidlich war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands abgewendet werden sollte."

Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-1932) schrieb am 28. August 1937 aus seinem Exil in einem privaten Brief an Winston Churchill: "Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschütten, die bis dahin die ganze Arbeit für das deutsche Risorgimento (Wiederauferstehen) geleistet hatten."

Dazu muß man im Hinterkopf behalten, daß "deutsche Großindustrielle" zu diesem Zeitpunkt schon Überkreuzbeteiligungen mit amerikanischen Partnern hatten. Sutton nennt Einzelheiten (in dieser COMPACT-Ausgabe ab Seite 76) und resümiert: "Es ist bemerkenswert, daß die größten Spender ... mit Finanziers der Wall Street verbunden waren. Diese Wall-Street-Finanziers saßen im Herzen der Finanzelite und waren angesehen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik."

Der an der Wall Street - vor allem vom größten Bankhaus J. P. Morgan - ersonnene Young-Plan wirkte wie ein Förderprogramm für die NSDAP: Er legte für Deutschland 37 Jahresraten von jeweils 2,05 Milliarden Goldmark sowie weitere 22 Jahresraten von jeweils 1,65 Milliarden Goldmark fest. Erst nach 59 Jahren - also 1988 - sollte die Schuld getilgt sein. Erschwerend kam hinzu, daß im Vergleich zum vorhergehenden Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 die Modalitäten deutlich verschärft wurden: Statt Reparationszahlungen in Form von Gütern wie beim Dawes-Plan verlangte das neue Diktat explizit Geldzahlungen.

Das mußte, so Thyssen, "zwingend zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft des Reiches führen". Pikant: Für die Reichsbank verhandelte ihr Präsident Hjalmar Schacht den Dawes- sowie den Young-Plan mit - er sollte sich 1930 der NSDAP anschließen und dann von Hitler erneut an die Spitze der Notenbank gestellt werden. Und: Er bekannte sich zur Freimaurerei, auch nach deren Verbot durch die Nazis.

Entscheidend für den Durchbruch der NSDAP war das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das im Juli 1929 im Wesentlichen von der DNVP lanciert wurde, die aber die Nationalsozialisten als Partner akzeptierte. Zwar scheiterte das Plebiszit - lediglich 5,8 Millionen oder knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu -, aber der Schwung der Kampagne führte bei den folgenden Kommunal- und Regionalwahlen zu einer Vervielfachung der Stimmanteile der NSDAP. Die Reichstagswahlen im September 1930 führten zu einer erdrutschartigen Verschiebung: Die Nationalsozialisten gewannen 18,3 Prozent, hatten also ihr Ergebnis aus dem Jahr 1928 mehr als versiebenfacht - und die DNVP überrundet.

Noch höher hinaus ging es bei den Juli-Wahlen 1932: Mittlerweile hatte der Zusammenbruch

der Wall Street am Schwarzen Freitag 1929 auch deutsche Banken und Unternehmen in den Abgrund gerissen, über sechs Millionen Arbeitslose standen ohne jede staatliche Unterstützung da. Die Hitler-Partei gewann glatte 19 Prozent hinzu und wurde mit 37,3 Prozent mit weitem Abstand zur nächstplazierten SPD (21,2) stärkste Partei.

Wichtig: Ermittlungen des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing (1928-1930) ergaben, daß seit 1929 Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon stattfanden. "Auf amerikanischer Seite waren eingeweiht: Bankier Warburg, als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie., sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz", berichtete ein Mitarbeiter des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg.

Brünings Reichskanzlei kam zum Schluß, daß "in den letzten zwölf Monaten" vor dem April 1932 zwischen 62 und 68 Millionen Reichsmark in die Kassen der NSDAP geflossen seien. Davon entfielen nach dieser Aufstellung 40 bis 45 Millionen Reichsmark auf "ausländische Geldgeber". ...<<

Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

Während dieser Reparationskonferenz wurde der berüchtigte Kriegsschuldparagraph jedoch nicht gestrichen.

Der Forderungserlaß der Siegermächte war keine deutschfreundliche Geste, denn es handelte sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkannten die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen würde.

Die US-Amerikaner und das NS-Regime von 1933 bis 1939

Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

In Chicago und New York protestierten am 10. Mai 1933 erstmalig nordamerikanische Juden gegen die "Inquisition in Deutschland" und fordern den Wirtschaftsboykott Deutschlands (x032/54): >>... Nieder mit dem Hitlerismus, dem Zerstörer der deutschen Arbeiterbewegung und der Gefahr für den Weltfrieden. ... Öffnet den deutschen Juden die Tore der Vereinigten Staaten. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 15. Oktober 1933 über Hitlers "legale Machtübernah-

me" und würdigten die "Leistungen" des NS-Regimes (x025/130): >>Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums - all dieses ist gut. ...<<

Herbert Lehman (damaliger Gouverneur von New York) bat US-Präsident Roosevelt am 1. November 1935, die Einwanderungsquote für Juden zu erhöhen (x172/70): >>... Aus Deutschland kommen die besten Einwanderer. ... Vielen Neuankömmlingen der letzten Monate bin ich selbst begegnet, und sie machten auf mich den Eindruck, als seien sie vom gleichen Schlag wie Carl Schurz, mein Vater oder andere Deutsche, die um 1848 herkamen und später zu unseren angesehensten Bürgern zählten. ...<<

Alle Juden, die noch öffentliche Arbeitsplätze besaßen, wurden am 14. November 1935 aufgrund des "Reichsbürgergesetzes" entlassen.

Gemäß Reichsbürgergesetz-DVO vom 14. November 1935 galt jeder Deutsche als Jude, wenn er von mehr als 2 volljüdischen Großeltern abstammte. Die Juden wurden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, verloren alle Bürgerrechte, mußten sich aber den "Gesetzen" des NS-Staates unterordnen. Alle jüdischen Kinder, auch wenn nur ein Elternteil Jude war, mußten sofort die höheren Schulen verlassen. Eine Ehe zwischen "arischen" Deutschen und Juden oder Halbjuden stellte eine unentschuld bare "Rassenschande" dar.

Der US-Diplomat Joseph Kennedy (1888-1969) berichtete am 26. Juli 1936 in der "New York Times" (x335/9): >>50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung. ...<< Hitler eröffnete am 1. August 1936 in Berlin die XI. Olympischen Sommerspiele. An diesen Olympischen Spielen nahmen 49 Nationen teil. Deutschland und die USA stellten mit 427 bzw. 367 Sportlern die größten Mannschaften (x032/295).

Am 16. August 1936 wurden die XI. Olympischen Sommerspiele mit einer glänzend inszenierten Abschlußfeier im Berliner Stadion beendet. Deutschland stellte mit 33 Goldmedaillen, 26 Silbermedaillen und 30 Bronzemedaillen die erfolgreichste Mannschaft der Spiele. Die Vereinigten Staaten von Amerika belegten mit 24 Goldmedaillen, 20 Silbermedaillen und 12 Bronzemedaillen den 2. Platz der Nationenwertung (x175/328).

Der evangelische US-Pfarrer Frank Buchmann erklärte nach seiner Rückkehr von den Olympischen Sommerspielen (x032/299): >>... Ich danke dem Himmel für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Verteidigungslinie gegen die Antichristen des Kommunismus aufgebaut hat.<<

Joseph Tenenbaum (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) rief am 15. März 1937 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York zum Boykott deutscher Waren auf (x172/80): >>... Jedes deutsche Schiff, das an unseren Küsten anlegt, bringt eine frische Ladung Naziratten, die eine Beulenpest von Antisemitismus und Rassenhaß verbreitet und an den Fundamenten unseres großen Gemeinwesens nagt. ...

Niemand ist sicher vor dem Holocaust der Nazis.<<

Der Rabbiner Baruch Braunstein berichtete am 13. April 1937 während einer Veranstaltung des Nationalen Rates Jüdischer Frauen im US-Bundesstaat New York über die Folgen des Ersten Weltkrieges (x172/81): >>... Es hat drei Fünftel Europas ins Mittelalter zurückversetzt. ... Wir zogen in den Krieg, um die Demokratie zu retten, und mußten erleben, wie die Demokratie tausend Tode starb. ...<<

In der berühmten "Quarantänerede" kritisierte US-Präsident Roosevelt am 5. Oktober 1937 in Chicago erstmalig die aggressive Außenpolitik Japans, Italiens und Deutschlands (x069/168): >>... Ohne Kriegserklärung, ohne irgendwelche Warnung, ohne irgendwelche Berechtigung wird die Zivilbevölkerung, einschließlich der Frauen und Kinder, rücksichtslos durch Luftbombardements hingemordet. In sogenannten Friedenszeiten werden ohne Anlaß oder War-

nung Schiffe von U-Booten angegriffen. Völker schüren den Bürgerkrieg und ergreifen Partei in fremden Ländern, die ihnen nie etwas zuleide getan haben. Völker, die für sich selber die Freiheit fordern, verweigern sie anderen.

Wenn so etwas in anderen Gegenden der Welt passiert, dann soll sich niemand einbilden, daß (er) Amerika entrinnen werde, daß er Pardon erwarten dürfe, daß die westliche Hemisphäre keinen Angriff zu befürchten habe.

Es scheint leider zuzutreffen, daß die Epidemie der allgemeinen Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift. Wenn eine ansteckende Krankheit sich zu verbreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Quarantäne für die Kranken, um die Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident Roosevelt (x068/229-232): >>Franklin Delano Roosevelt (1933-1945), viel bewundert und viel verdammt, prägte und bestimmte ohne Zweifel die wichtigste Epoche der USA im 20. Jahrhundert.

Aus reichen Verhältnissen stammend, hatte Roosevelt ein Jurastudium an der Columbia Universität in New York absolviert. Seine Bildung aber blieb zeitlebens recht begrenzt. Eher amüslich, las er am liebsten Krimis und Seefahrerbücher, er segelte gern und sammelte Briefmarken. Doch seine Intelligenz, sein Humor, sein Charme, sein (falls dies ein Vorzug ist) Optimismus waren beträchtlich, ebenso sein stupend (verblüffend) kaschierter Ehrgeiz und seine Energie - obwohl oder vielleicht gerade weil ihn eine spinale Kinderlähmung seit 1921 an den Rollstuhl gefesselt hat.

Es gehörte zum politischen Charisma des Präsidenten, daß er, von Natur aus wohl humanitär gesinnt, vielleicht sogar warmherzig, rasch Kontakt zu Menschen jeder Herkunft fand und geschickt mit ihnen umging, mochte sein berühmtes, jederzeit wie durch Knopfdruck erzeugbares Lächeln auch nicht selten etwas erzwungen wirken, überhaupt er selbst noch seiner nächsten Umgebung ein Rätsel sein. Henry Morgenthau jr., einem seiner Vertrauten, erschien es "außerordentlich schwierig", ihn zu beschreiben.

Er schildert Roosevelt als "rüstig und abgespannt, leichtfertig und ernst, scheu und offenherzig". Für Arbeitsministerin Frances Perkins, seine Mitarbeiterin schon während der Gouverneurszeit im Staat New York, war er der komplizierteste Mensch, den sie je gekannt. Und Robert Sherwood, der Dramatiker, der manchmal des Präsidenten Reden schrieb (viermal den Pulitzerpreis erhielt, dreimal während Roosevelts Amtszeit), konnte nie durchschauen, was dieser "sein von dichten Wäldern verborgenes Inneres" nannte.

Roosevelt, ein ziemlich untheoretischer, ideologiefreier Typ, aufgeschlossen für praktische Aufgaben, zupackend, wendig, war unter allen US-Präsidenten einer der besten Kenner des Parteiapparates; nicht frei von Opportunismus, noch weniger von - wenn auch verborgenem - Machthunger, eher kompromiß- als kampfbereit, eher intuitiv als kühl kalkulierend. Als Mann sowohl plötzlicher Entschlüsse wie sich hinschleppender Ausweichmanöver konnte er ebenso schnell entscheiden wie, schien ihm etwas nicht spruchreif, geduldig warten. Er konnte ebenso unerbittlich sein wie versiert taktieren. Und wenn er sich auch gewiß für fehlbar hielt, ließ er sich doch nicht lenken, liebte es vielmehr, Thesen und Temperamente, ganze Ressorts, gegeneinander auszuspielen.

Roosevelt wurde 1911 demokratischer Senator, 1913 Unterstaatssekretär im Marineministerium, 1928 Gouverneur des Staates New York. 1932 errang er mit eiserner Energie einen Wahlsieg über seinen Vorgänger, den Republikaner Hoover, um dann, beispiellos in der Geschichte der USA, noch weitere drei Male zum Präsidenten gewählt zu werden.

Roosevelt hatte die Regierung der Staaten in deren heruntergekommenstem Zustand übernommen. Es gab 14 Millionen Arbeitslose (jeder vierte US-Bürger). Auch die Farmer rebellierten. Hunderte von Provinzsparkassen waren geschlossen, die großen Wallstreet-Banken

durch Milliardenkredite ans Ausland, vor allem an Deutschland und Lateinamerika, unsicher geworden. "Wir sind am Ende unserer Kunst", lamentierte Hoover schließlich, "wir können nichts mehr machen".

Roosevelt aber verstand es, dem Volk die Angst auszureden, ihm wieder Mut zu machen, auch durch Versprechungen, die er zum Teil sogar hielt, eine ganz ungewöhnliche Haltung, weltweit. Sein unerschütterliches Vertrauen, sein Sendungsglaube, strahlte auf Millionen Amerikaner aus, steckte ein ganzes Volk an, für das er immerhin einige, freilich nur allzu nötige soziale Reformen in die Wege geleitet hat.

Der neue Präsident, der die Nation bald zu seinem jovialen "Kamingeplauder" ("Fireside Chat") sozusagen ins Weiße Haus einlud, wobei er viele für sich gewann, nannte sein Programm einen New Deal, eine Neuverteilung der Karten, der Chancen, Einkommen. - Dieser New Deal war alles andere als ein geschlossenes System, sondern eine Fülle von rasch begonnenen Reformen zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise. In der ersten Phase (1933/34) erstrebte er vor allem eine finanzielle Sanierung, in der zweiten Phase (1935) wandte er sich vorwiegend der Sozialreform zu, wobei die Hauptbegünstigten besonders Arbeiter und kleinere Farmer waren.

Roosevelt führte die erste umfassende Arbeitslosenunterstützung in den USA ein. Er suchte überhaupt weiten Kreisen eine gewisse materielle Verbesserung ihres Lebens zu bringen, suchte aber auch die ethnischen, rassischen und religiösen Minderheiten in die Gesellschaft zu integrieren. Nicht zuletzt mühte er sich, die ungeheuere Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungsprogramme einzudämmen. Er tat damit das gleiche wie Hitler in Deutschland. Und wie Hitler, so gelang auch Roosevelt die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit erst durch eine enorme Aufrüstung, die vor allem seit 1939 anlief. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme durch Straßenbau, Flußregulierungen, Wiederaufforstung, Nationalparkanlagen etc. reichten zur entscheidenden Reduzierung der Arbeitslosigkeit nicht aus.

Roosevelts Wirtschaftskurs freilich erschien vielen Betroffenen zu dirigistisch. Überhaupt war er bei der Geschäftswelt verhaßt, weil er, der vielfache Millionär, sofort die Macht der Privatwirtschaft zu beschränken suchte. Und wohl am unbeliebtesten bei ihr machte ihn seine Steuerpolitik, die sogenannte Reichtums-Steuer, obwohl sie dann, wen wundert's, recht glimpflich verlief, und die Finanzgesetze Mitte der dreißiger Jahre nicht die geringste Umgestaltung der Besitzverhältnisse brachten.

Gleichwohl trank man in der Wallstreet Champagner, als die Nachricht von seinem Tod eintraf, zumal ihm viele noch lange auch einen "Ruck nach links" ankreideten, vom "Roten im Weißen Haus" sprachen, einem "Verräter seiner Klasse". Doch war er nichts als ein fortschrittlicher Konservativer, ein Mann mit einer heillosen Sehnsucht "nach dem Zeitalter der Postkutsche, von dem er in der Öffentlichkeit mit Geringschätzung sprach".

Im Grunde paßte sich Roosevelt nur an das soziale Klima der dreißiger Jahre locker an - mit einer allerdings deutlich antimonopolistischen Tendenz. Immerhin nahm die übergewaltige Macht des Big Business leicht ab, wurden bereits in wenigen Jahren große Kartelle zerschlagen, auch verbesserten sich die Einkommensverhältnisse breiterer Kreise. Die Arbeitslosenziffer sank zunächst auf rund 6 Millionen, und die Gewerkschaften gewannen nach langem wieder an Bedeutung.

Schon im Sommer 1937 traten jedoch neue wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. Es kam plötzlich zu einer scharfen Rezession. Die Preise verfielen, die Kurse sackten wieder ab, die Umsätze stürzten bis zum Jahresende gar um 27 %, die Arbeitslosenziffer aber schnellte um rund zwei Millionen hoch und blieb auch bis zum Beginn des Weltkriegs bei acht bis zehn Millionen. Denn so lange steckten die USA noch immer in der Wirtschaftskrise. "Alle Anzeichen einer neuen Panik machten sich bemerkbar" (Angermann).

Erst der Krieg wurde Roosevelts Retter. Erst in der Mitte des Krieges, 1942, war das Arbeits-

losenproblem gelöst; in den USA herrschte Vollbeschäftigung.

Dennoch hatte man sich damit bewußt wieder in eben jenen Zustand hineinmanövriert, der schon in und nach dem Ersten Weltkrieg einer verschwindenden Clique gigantische Vermögen gebracht und Massen von Menschen Not und Tod.<<

Joseph C. Hyman (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) rief am 17. Oktober 1937 während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87):

>>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...

In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen, Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...

(In Rumänien) nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<

Die "New York Times" veröffentlichte am 21. Januar 1938 eine Stellungnahme des rumänischen Ministers Alexander Cuza (x172/92): >>... Es ist Sache der ganzen Welt, eine Bleibe für die Juden der Welt zu finden. Madagaskar scheint ein geeigneter Ort zu sein.<<

Die Juden mußten seit dem 26. April 1938 ihr Vermögen (Besitz über 5.000 Reichsmark) abgeben.

Die systematische Ausplünderung der deutschen Juden begann (x032/441): >>... Der Beauftragte für den Vierjahresplan (Göring) kann Maßnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldspflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Arisierung" (x051/39): >>Arisierung, nationalsozialistische Bezeichnung für die Überführung jüdischen Besitzes in "arische" (Arier) Hände zur "Entjudung der Wirtschaft".

Die Juden waren durch Arierparagraph und Nürnberger Gesetze aus dem öffentlichen Leben schon bald weitgehend ausgestoßen, im wirtschaftlichen Bereich waren ihnen aber Reserverate geblieben, die durch die Arisierung beseitigt werden sollten: Am 26.4.38 wurde die Anmeldepflicht für jüdische Vermögenswerte über 5.000 Mark verfügt und der Zugang der Juden zu ihren Bankkonten eingeschränkt, am 14.6.38 ordnete das Innenministerium die Registrierung aller jüdischen Unternehmen an. Der Staat setzte den Verkaufswert der jüdischen Betriebe auf einen Bruchteil des Verkehrswertes fest und sorgte mit abgestuften Druckmitteln für die Veräußerung nur an erwünschte Personen.

Zu den großen "Arisierungsgewinnlern" gehörten der I. G. Farben-Konzern, die Flick-Gruppe, Großbanken u.a. Der Erlös aus "arisierten" Unternehmen mußte auf Sperrkonten eingezahlt werden und war nur in beschränkter Höhe für die jüdischen Inhaber verfügbar, so daß die Arisierung letztlich einer fast entschädigungslosen Enteignung gleichkam.

Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 wurde der Arisierungsdruck drastisch verschärft. Schon am 12.11.38 erging ein generelles Verbot für Juden, als Geschäftsführer zu fungieren, was jüdische Firmeninhaber zur Hineinnahme "arischer" Unternehmensleiter zwang. Diese oft von der Partei lancierten Personen übernahmen erst die Macht, bald darauf meist auch das ganze Geschäft. "Gefälligkeitsarier" wurden nach der "Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe" (22.4.38) mit Strafe bedroht.

Da den deutschen Juden als "Buße" für die von der SA und dem antisemitischen Mob verursachten Schäden der Kristallnacht hohe Zahlungen aufgebürdet wurden, war der Ausverkauf jüdischen Besitzes nur eine Frage der Zeit. Am 3.12.38 wurde der Wert jüdischen Grundbesitzes auf niedrigstem Niveau eingefroren, Wertsachen und Juwelen durften nur noch an staatliche Stellen verkauft werden. Die durch die Arisierung erzeugte Verarmung der jüdischen Bevölkerung stand oft ihrem Ziel, nämlich die Juden zur Auswanderung zu schikanieren, im

Weg, weil den Betroffenen nun dazu die Mittel fehlten.

Sie wurden Opfer der Endlösung. In der Arisierung trafen sich rassistische Motive der Nationalsozialisten mit traditionellen antisemitischen Neidaffekten des Mittelstandes und Expansionsbestrebungen der Großindustrie. In der Angst, bei der Verteilung der Beute zu spät zu kommen, entstand eine verhängnisvolle Koalition der Habgier, so daß sich wenig Widerstand gegen die Arisierung regte. Für die materiellen Schäden leistete die Bundesrepublik nach dem Krieg Wiedergutmachung.<<

US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x342/10): >>... Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch (1870-1965) schlug im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" (britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien) anzusiedeln.

Der US-Jurist Felix Frankfurter (1882-1965, von 1939-62, Richter am Obersten US-Gerichtshof) kritisierte damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<

Der US-Journalist Oswald G. Villard (1872-1949) schrieb am 2. Juli 1938 in der Wochenzeitschrift "The Nation" über die Folgen der massiven Aufrüstung in Europa (x172/103): >>... Sie bringt einen zunehmenden Staatskult mit sich, mehr Nationalismus, mehr Militärdienst. Und spielt daher Leuten wie Hitler und Mussolini in die Hände, die behaupten, der Bürger sei für den Staat da und nicht der Staat für den Bürger.<<

Die Konferenz von Evian endete am 15. Juli 1938 lediglich mit unverbindlichen Empfehlungen und der Errichtung eines Internationalen Flüchtlingskomitees mit Sitz in London.

Das jüdische Flüchtlingsproblem wurde durch diese Konferenz nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert, weil sich die britische Regierung weigerte, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern. Seit 1933 waren etwa 40.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert (x032/459).

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichteten damals über die erfolglose "Evian-Konferenz" am Genfer See (x172/104): >>... Großmächte schlagen Juden Tür vor der Nase zu. Verhandlung im Stimmungstief. Selbst dünnbesiedelte südamerikanische Staaten verweigern Asyl. ...<<

>>... Trotz der wohlfeilen warmen und klugen Worte in Evian-les-Baines bleibt die Tatsache bestehen, daß keine Nation willens ist, mittellose Juden aufzunehmen.<<

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

Der Luxusdampfer "St. Louis" startete am 13. Mai 1939 in Hamburg mit fast tausend Juden an Bord zu einer Irrfahrt zwischen Europa und Nordamerika.

Irrfahrt der "St. Louis"

Die "St. Louis" erhielt später in Kuba und von den Nordamerikanern keine Landeerlaubnis und mußte mit den 937 jüdischen Passagieren nach Europa zurückkehren. Die Irrfahrt der "St.

Louis" endete schließlich am 18. Juni 1939 in Antwerpen. Später kamen etwa 600 ehemalige Passagiere der "Sankt Louis" während der sogenannten "Endlösung" um (x032/531).

Die jüdischen Auswanderungsschiffe erhielten damals fast nirgends eine Landeerlaubnis und wurden deshalb nicht selten "schwimmende Särge" genannt. Viele Juden sahen zwar im New Yorker Hafen die nordamerikanische Freiheitsstatue, aber die Ausgestoßenen durften ihre "schwimmenden Särge" meistens nicht verlassen, weil die nordamerikanische Regierung in jener Zeit nicht über die erforderliche Nächstenliebe verfügte.

In jener Zeit wurde der Leitspruch der US-Freiheitsstatue leider nicht verwirklicht (x043/434):
>>Gebt mir eure müden, eure armen, eure zusammengedrängten Massen, die sich nach Freiheit sehnen<<

Als das NS-Regime ab 1939 die Austreibung der Juden verstärkte, verweigerten die sogenannten "zivilisierten Völker" größtenteils ihre Hilfe und ließen die heimatlosen, gehetzten Juden schmachvoll im Stich. Tausende von ausgestoßenen Juden standen an den ausländischen Grenzen und vor den Konsulaten, aber sie bettelten fast immer vergeblich, denn kein Land wollte Ausgeplünderte und Bettler aufnehmen.

Die "New York Times" berichtete am 21. Oktober 1939 über den Transport von 2.000 Wiener Juden nach Lublin in Polen (x172/178): >>... Gestern Abend sind sie mit Sonderzügen zu ihrem neuen Wohnsitz abgereist, einem Gebiet, das der Beschreibung nach einem Indianerreservat ähnelt. Offenbar ist dies der Beginn einer Massenumsiedlung, von der im Laufe der Zeit alle österreichischen und eventuell sogar deutschen Juden betroffen sein könnten.<<

Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wurde (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), begann am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").

Am 6. Oktober 1939 wurden die letzten polnischen Kampfeinheiten durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulierten.

Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" gerieten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gingen in sowjetische Gefangenschaft (x041/101). Etwa 100.000 polnische Soldaten flohen nach Ungarn und wurden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.

Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermißte und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldete 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).

Nach polnischen Angaben fielen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).

Nach dem deutsch-polnischen Krieg (1.09.-6.10.1939) unterstützte Nordamerika frühzeitig die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wurde, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.

Die Briten schlugen im Jahre 1939 den langjährigen Aufstand der Araber in Palästina nieder, beugten sich aber danach den arabischen Forderungen und schränkten ab 1940 die jüdische Einwanderung nach Palästina drastisch ein (x175/360).

Einwanderungsbeschränkungen für Palästina

Von 1933 bis zum Kriegsausbruch im September 1939 flohen rund 218.100 Juden, überwiegend Deutsche und Österreicher, nach Palästina (x055/507). Angesichts des drohenden Krieges wurden die Araber ab 1938/39 zu wichtigen "Handelspartnern", denn sie besaßen die riesigen Ölvorräte. Im "Palästina-Weißbuch" vom Mai 1939 beschränkte die britische Regierung die Zahl der jüdischen Einwanderer für die folgenden 5 Jahre auf 75.000 Personen.

Nach dem Kriegsbeginn sperrten die Briten systematisch alle Palästina-Zugänge und hinderten

die jüdischen Auswandererschiffe oftmals gewaltsam an einer Landung. Spätestens jetzt be-reuten es die jüdischen Politiker bitterlich, daß sie 1937 den britischen Kompromißvorschlag ("Peel-Plan" = Aufteilung Palästinas) abgelehnt und damit ihre letzte Chance leichtfertig ver-spielt hatten.

Die verzweifelten Juden betrachteten diese dramatischen Einwanderungsbeschränkungen für Palästina zu Recht als Verrat am jüdischen Volk und waren damals bereit, auch gegen Groß-britannien zu kämpfen. Später kämpften jedoch etwa 30.000 jüdische Soldaten mit den Briten gegen deutsche Truppen im Nahen Osten und erlitten wegen ihrer fanatischen Pflichterfüllung äußerst hohe Verluste.

Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman schrieb später in seinem Buch "Das un-erwünschte Volk" über die Einwanderungsbeschränkungen für Palästina (x042/188-189): >>...

Die meisten Forderungen nach Rettungsmaßnahmen verlangten die Öffnung Palästinas. Die dortige jüdische Bevölkerung – sie zählte 50.000 Köpfe – war die einzige "Nation" der Erde, die bereit war, Massen jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen.

Doch Großbritannien, das in Palästina als Mandatsmacht fungierte, hatte 1939 die Grenzen des Landes für jüdische Einwanderer praktisch geschlossen. Vorausgegangen waren zahlrei-che Gewalttätigkeiten zwischen jüdischen Siedlern und arabischen Einwohnern, bei denen sich angesichts des Anwachsens der jüdischen Bevölkerung seit dem Ersten Weltkrieg Wut und Angst breitmachte.

Um die Unruhe unter den Arabern zu dämpfen – und nicht zuletzt um ihrer eigenen langfristi-gen Interessen im Nahen Osten willen – legte die britische Regierung im Mai 1939 ein soge-nanntes Palästinenser-Weißbuch vor. Es beschränkte die Zahl der jüdischen Einwanderer nach Palästina auf 75.000 innerhalb der folgenden 5 Jahre. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, daß die Juden in Palästina nicht über einen Bevölkerungsanteil von einem Drittel hi-nauskommen würden, so daß die Araber die Gewißheit hätten, daß dort kein jüdischer Staat entstehe.

Bald darauf brach in Europa der Krieg aus, und die Nazis verschärften ihren Druck auf die Juden. Für Großbritannien war dies jedoch kein Anlaß, jene Restriktionen wieder aufzuheben oder auch nur zu lockern. Der Krieg bestärkte die Briten vielmehr in ihrer Entschlossenheit, die jüdische Einwanderung so niedrig wie möglich zu halten. Unruhen in der islamischen Welt konnten militärische Operationen stören, Nachschublinien gefährden oder britische Truppen durch polizeiliche Einsätze binden.

Die Briten wußten, daß ihnen von seiten der Juden keine Gefahr drohte, wohl aber potentiell von seiten der Araber. So wurde es zur Grundregel der britischen Palästina-Politik, die Araber nicht zu verprellen, auch wenn dies bedeutete, daß man verfolgten Juden den Zugang zur "na-tionalen Heimstätte" verwehrte, die Großbritannien dem jüdischen Volk in der Balfour-Deklaration versprochen hatte.

Nachdem die Weißbuch-Richtlinien in Kraft getreten waren, wurden immer wieder Schiffe mit vertriebenen oder geflohenen Juden an Bord von den Küsten Palästinas verjagt. Wenn Flüchtlinge das Land erreichten, landeten sie auf unabsehbare Zeit in Internierungslagern. so erging es beispielsweise 800 Juden, die sich aus Rumänien gerettet hatten und im März 1941 auf der "Darien" in Palästina anlandeten.

Einige Monate zuvor waren 1.600 "illegal" an Land gegangene Flüchtlinge auf die Insel Mau-ritius im Indischen Ozean deportiert worden. Einige der altersschwachen Flüchtlingsschiffe verschwanden auf dem Weg nach Palästina; die "Salvator" beispielsweise sank im Marmara-meer und riß 200 Menschen mit in die Tiefe.

... Im Oktober 1943, ein halbes Jahr vor Ablauf der Fünfjahresfrist, waren von den 75.000 Plätzen noch 31.000, das heißt mehr als 40 Prozent vakant. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.01.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen.</u> Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges.</u> Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege".</u> Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg.</u> Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>DER GROSSE PLOETZ IM BILD.</u> Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.

x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I.</u> Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte.</u> Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche.</u> Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4.</u> Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x076	Andrae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE.</u> 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2.</u> 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x132	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenbergs Personenlexikon 20. Jahrhundert. 1. Auflage. Dortmund 1991.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x172	Baker, Nicholson: <u>Menschenrauch.</u> Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x177	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): <u>Illustrierte Weltgeschichte. Band 13.</u> Imperialismus und 1. Weltkrieg. Neuer Tesseloff Verlag, Hamburg 1969.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6.</u> In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4.</u> Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.

x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945.</u> Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x267	Johann, Ernst (Hg.): <u>Innenansicht eines Krieges.</u> Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand.</u> Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können.</u> Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x286	Martin, Paul C.: <u>Zahlmeister Deutschland. So verschleudern sie unser Geld.</u> 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x291	Loth, Wilfried: <u>Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert.</u> Frankfurt 1992.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte.</u> Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete.</u> 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: <u>1918 - Die Tore zur Hölle.</u> Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus.</u> COMPACT-Spezial Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT.</u> 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x361	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Wer finanzierte Hitler? Das dunkle Geheimnis der Wall Street.</u> COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2021.
x364	Griffin, Des: <u>Wer regiert die Welt?</u> Leonberg 1992.

Internet

x847	Bandulet, Bruno: http://www.kopp-verlag.de/Als-Deutschland-Grossmacht-war.-htm?websale8=kopp-verlag&pi=935400 - April 2014.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021
x1.041	https://dserver.bundestag.de/btd/19/268/1926898.pdf – Januar 2022